

SPUREN DER 80 Jahre nach dem Überfall auf die Sowjetunion VERNICHTUNG

Inhaltsverzeichnis

3 EDITORIAL

THEMA

4 Der präzise geplante Raub- und Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion

Von Ekaterina Makhotina

10 Die nationalsozialistische Vernichtungspolitik in Belarus

Von Aliaksandr Dalhouski und Adam Kerpel-Fronius

13 Der deutsche Angriffskrieg auf die Sowjetunion und die Diversifizierungsprozesse in der Erinnerungspolitik Von Jakob Stürmann

36 »... vor allem das Schweigen, das Verschweigen und Verdrängen, die Fälschung der Wirklichkeit« Ein Gespräch zwischen Natascha Wodin und Jutta Weduwen

20 »Ostarbeiter«

Von Ksenja Holzmann

- 26 Die Verfolgung sowjetischer Rom*nja 1941 bis 1944 Von Martin Holler
- 28 In Russland gibt es kaum Spielraum für individuelles Gedenken
 Von Ute Weinmann
- 32 Zurik oder es gibt eine Menge Zorres jiddisches Erbe in der Ukraine Von Tanja Maljartschuk
- Jüdische Zuwanderung aus dem postsowjetischen Raum: Ende gut, alles gut? Von Hans Misselwitz
- 36 Vom Helden zum Feind Von Jakob Stürmann
- 40 Mehr als eine Entschuldigung, weniger als eine Entschädigung Simon Muschick im Gespräch mit Ralf Possekel

42 Der Stukenbrocker Appell – eine entschädigungspolitische Initiative von ASF

Von Uta Gerlant

FREIWILLIGE BERICHTEN

46 »Die Geschichte eines Kriegsgefangenen hat mich besonders bewegt« – ein ASF-Freiwilligendienst in der Gedenkstätte Buchenwald Von Ekaterina Pototskaia

47 »Trying to finally put together a weave of my family history became the initial intention for doing my volunteering at Neuengamme Concentration Camp Memorial«

Von Solomiia Romanenko

48 »Meine Familie war vom Zweiten Weltkrieg stark betroffen« – ASF-Freiwilligendienst in der Gedenkstätte Sachsenhausen

Von Alexandra Krivlenko

49 »Mein Jahr mit Aktion Sühnezeichen hat mich für immer verändert«
Von Margo Wieseler

50 »Mein Freiwilligendienst in Kiew setzt mich in eine Beziehung zur Geschichte, die ich vorher nicht hatte« Von Charlotte Schwarz

ANDACHT

54 »Denn ihr seid selbst Fremde gewesen« Von Hans-Ulrich Probst

55 60 Jahre ASF in Großbritannien

55 Termine

WEGGEFÄHRT*INNEN

56 Verena von Hammerstein

56 Gertrud Gumlich

57 Ulrich Kreßin

57 Rudolf Maurer

GUTES TUN

58 Pate für eine Freiwillige: »Ich freue mich auf den Austausch« Interview mit Felix Breitling

59 Geschichte erleben, arbeiten und lernen in ASF-Sommerlagern

BILD-UND QUELLENHINWEISE

Titelbild: Ansgar Gilster, Bearbeitung: ultramarinrot

Das Titelbild von Ansgar Gilster zeigt einen Birkenwald von Rumbula bei Riga. Dort wurden 1941 etwa 27.500 Jüdinnen und Juden ermordet. Die Opfer waren lettische Jüdinnen und Juden aus dem Rigaer Ghetto sowie 1.053 deutsche Jüdinnen und Juden, die Ende November 1941 von Berlin nach Riga deportiert worden waren.

Bilder Innenteil: S. 3: ASF/Archiv, S. 5: Picture Alliance/AP, S. 6: Ivan Shagin, MBK Berlin, S. 11: Jack Kagan, S. 13: Olga Kapustina, S. 16, 17, 18: Rowohlt, Privatarchiv Natascha Wodin, S. 20: Bundesarchiv Bild 183-J10854, S. 22: picture alliance/akg-images, S. 27: Staatliches Archiv der Oblast Černigiv (Černigov), f. 3001, 0p. 1, d. 22, l. 28, S. 29: Ute Weinmann, S. 33: Wikipedia, gemeinfrei, S. 37: agefotostock/Sovfoto/UIG, S. 41: ASF/Privat, S. 43: Archiv Förderverein Gedenkstätte Stalag 326, Senne e. V. Schloß Holte-Stukenbrock, S. 46: Privat, S. 48: Privat, S. 49: Photothek/Auswärtiges Amt, S. 50: ASF/privat, S. 56: (o.) ASF/privat, (u.) Gundi Abramski, S. 57: (o.) ASF/Hartmut Greyer, (u.) ASF/Michael Maillard, S. 61: ASF/privat

Doppelseiten Seite 8/9, 24/25, 30/31, 38/39, 44/45, 52/53): Fotos und Texte: Lesya Kharchenko. Wissenschaftliche Redaktion: Tetiana Pastuschenko. Gefördert von der Stiftung EVZ.

IMPRESSUM

Ausgabe: Nr. 2, Sommer 2021, 49. Jahrgang

Auflage: 8.200 Exemplare

Herausgeberin: Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e. V.,

Auguststraße 80, 10117 Berlin

Redaktion: Jutta Weduwen (verantw.), Ute Brenner, Clara Brahms

Lektorat: Marina Schröder-Heidtmann Telefon: 030 28 395 184 | Fax: 030 28 395 135 E-Mail: asf@asf-ev.de | Internet: www.asf-ev.de

Gestaltung: ultramarinrot, Berlin

Druck: Westkreuz-Druckerei Ahrens KG Berlin/Bonn

ASF-Spendenkonto: Bank für Sozialwirtschaft Berlin IBAN: DE68 1002 0500 0003 1137 00 | BIC: BFSWDE33BER

Editorial

Liebe Leser*innen,

am 22. Juni jährte sich der nationalsozialistische Überfall auf die Sowjetunion zum 80. Mal. Dieser Überfall zog in den folgenden Jahren eine unermessliche Vernichtung nach sich, der fast 30 Millionen Menschen zum Opfer fielen: Zivilist*innen, Jüdinnen und Juden, Kriegsgefangene, Zwangsarbeiter*innen sowie Rom*nja und viele weitere Gruppen. Die Politik der verbrannten Dörfer löschte ganze Nachbarschaften aus. Noch immer ist die Dimension dieses Überfalls in Deutschland wenig bekannt und Debatten über aktuelle politische und kriegerische Auseinandersetzungen in den postsowjetischen Staaten überlagern häufig ein angemessenes Gedenken. Das Leid hält bei den Opfern und ihren Nachkommen bis heute an, da ihr Schicksal noch immer wenig Beachtung erfährt und Entschädigungen nicht ausreichend sind.

Der Gründungsaufruf von Aktion Sühnezeichen benennt eine besondere Verantwortung gegenüber den Staaten der Sowjetunion. Freiwillige und Sommerlagerteilnehmer*innen begleiten Überlebende der Verfolgung und engagieren sich an Orten, die auf die Vernichtung verweisen. Wir richten ein besonderes Augenmerk auf unsere Freiwilligen, die aus der Ukraine, Russland und Belarus kommen und in Deutschland einen Dienst machen. Sie erzählen von familiären Bezügen und Erinnerungen, die sie zu ihrem Engagement mit ASF führte.



Ekaterina Makhotina, Aliaksandr Dalhouski und Adam Kerpel-Fronius analysieren die Folgen des Vernichtungskrieges und auch die sich wandelnden Formen der Erinnerung in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion. Die Formen des Gedenkens zeigen die komplexen Transformationsprozesse, in denen sich die Länder bis heute befinden.

Mit den Beiträgen in diesem zeichen richten wir den Blick auch auf die Opfergruppen, die bislang wenig Beachtung gefunden haben: die Verfolgung der Rom*nja von 1941 bis 1944, die Vernichtung der jiddischen Sprache und Kultur und die noch immer mangelnde Anerkennung für ehemalige Zwangsarbeiter*innen und Kriegsgefangene.

Die Schriftstellerin Natascha Wodin wurde 1945 als Tochter ehemaliger Zwangsarbeiter*innen geboren und wuchs in West-Deutschland auf. In einem Interview beschreibt sie anschaulich und bedrückend, wie das Schweigen ihrer Eltern und der deutschen Nachkriegsgesellschaft ihr Leben bestimmten. Das Gespräch und viele weitere Beiträge schildern auch die Komplexität der Verfolgung und des Gedenkens: Besonders Zwangsarbeiter*innen und Kriegsgefangene waren häufig sowohl der nationalsozialistischen als auch der stalinistischen Verfolgung ausgesetzt.

Durch das Heft ziehen sich Porträts von Menschen aus der Ukraine, die den deutschen Vernichtungskrieg überlebt haben. Wir danken der Stiftung EVZ für die Bereitstellung dieser Porträts.

Wir sind dankbar, dass wir im September wieder die meisten unserer Freiwilligen entsenden konnten. Leider ist aber ein Einsatz in Belarus aufgrund der politischen Situation weiterhin nicht möglich. Wir bleiben mit unseren belarussischen Partner*innen im Austausch und hoffen, dass die Aufnahme von Freiwilligen aus Belarus in unserem Freiwilligenprogramm in Deutschland weiterhin möglich ist.

Ich danke Ihnen und Euch für die wichtige Verbundenheit, die uns durch diese Zeiten begleitet. Im Namen aller Mitarbeiter*innen in der Geschäftsstelle, in den Landesbüros und im Homeoffice grüße ich herzlich

Ihre und Eure

Jutta Weduwen Geschäftsführerin

Der präzise geplante Raubund Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion

Der 22. Juni 1941 teilte das Leben in ein Davor und Danach.

Ekaterina Makhotina

Der 22. Juni, der Tag, an dem der Krieg begann, hat sich tief ins Gedächtnis der Menschen der Sowjetunion eingeprägt. Liest man Erinnerungen der Kriegsteilnehmer*innen und spricht man mit den Zeitzeug*innen, so erinnern sich alle an diesen Tag – an den »sonnigen, warmen Sommertag«, an dem sie zur Mittagszeit vom Überfall »aus dem Radio« erfuhren.

Bis heute erinnern sich Menschen an den ersten Artilleriebeschuss und an die Bomben, die bereits am 22. Juni in Minsk, Kiew, Kaunas und anderen Städten einschlugen; sie erinnern sich an den Tag, weil es der Tag war, an dem sie ihren Vater, Mann, Sohn oder Bruder zum letzten Mal lebend sahen – zehn Millionen Männer wurden am nächsten Tag an die Front eingezogen. Dieser Tag bedeutete für die Bürger*innen der Sowjetunion einen tiefen Schnitt, der ihr Leben in ein Davor und in ein Danach teilte.

Diesen Krieg plante die NS-Führung Deutschlands als einen präzedenzlosen Raub- und Vernichtungskrieg, bei dem der Tod von Millionen Menschen im Voraus kalkuliert war. In den rassenideologischen Überlegungen wurde ganzen Bevölkerungsgruppen das Recht auf Leben abgesprochen. Für Hitler war der Raum im Osten »wüst und leer«, die Bevölkerung sollte kolonisiert und ausgebeutet werden. Die maximale Ausnutzung der besetzten Gebiete, Vertreibung und Vernichtung der Menschen war ein Teil dieser Lebensraumpolitik. Die radikalen Beutefantasien und der Kampf gegen die »Todfeinde« – die jüdische Bevölkerung und die Bolschewisten – kamen im »Unternehmen Barbarossa« zusammen. Das machte den Vernichtungskrieg zum integralen Teil des Nationalsozialismus.

Bereits beim Angriff auf die Sowjetunion zeigte sich eine enge Verbindung materieller und militärstrategischer Interessen mit Rassismus (Slawenhass), Antisemitismus und Antikommunismus. Im Krieg gegen Polen war die Schwelle zum Vernichtungskrieg schon überschritten, nun brachten die Befehle wie »Kriegsgerichtsbarkeitserlass« und der sogenannte »Kommissarbefehl« gegenüber den deut-

schen Soldaten unmissverständlich zum Ausdruck, dass sie mit einer bis dahin ungesehenen Härte im Osten durchgreifen sollten. Plünderung, Vergewaltigung und Mord an den Zivilist*innen wurden nicht geahndet, und durch den Kommissarbefehl wurde der Mord nicht nur an Politoffizieren, sondern generell an Kommunisten und jenen, die als solche galten – in der Praxis lief es auf die Erschießung jüdischer Männer im Spätsommer 1941 hinaus – zur Kriegstaktik.

Was bedeutete dieser Krieg für die Bürger*innen der Sowjetunion? Die Verbindung der Blitzkriegsführung mit extremer Ausbeutung spiegelt sich in der Spezifik der Besatzungsherrschaft wider. Etwa 65 Millionen Bürger*innen erlebten die deutsche Besatzung, das heißt jede*r dritte Bürger*in der Sowjetunion. Die besetzte Gesellschaft bestand mehrheitlich aus Frauen, Kindern und Alten – die meisten wehrfähigen Männer wurden entweder in die Armee eingezogen oder als Facharbeiter und Staatsamtsträger evakuiert. In diesen Menschen sah die deutsche Führung ausschließlich ein »Seuchen- und Ernährungsproblem« - wenn sie sich nicht als Arbeitssklaven ausbeuten ließen, waren sie von der Versorgung ausgenommen. Der Staatssekretär im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft, Herbert Backe, erarbeitete noch vor Kriegsbeginn einen »Backe- oder Hunger-Plan«. In der Notiz der Besprechung vom 2. Mai 1941 über das »Unternehmen Barbarossa« hieß es: »Der Krieg ist nur weiter zu führen, wenn die gesamte Wehrmacht im 3. Kriegsjahr aus Russland ernährt wird. Hierbei werden zweifellos zig Millionen Menschen verhungern, wenn von uns das für uns Notwendige aus dem Lande herausgeholt wird.«

Die Versorgung der Einheimischen war nicht vorgesehen. Sollten besetzte Gebiete »ohne Bedeutung für die großdeutsche Kriegswirtschaft« sein, waren sie von der Versorgung auszuschließen und ihre Bewohner*innen dem Hungertod auszuliefern. Man ließ Menschen vor allem in den Städten buchstäblich am Hunger sterben. Klar definierte Bevölkerungsgruppen wurden sofort vernichtet: jüdische Menschen, Parteiamtsträger, psychisch Kranke und Menschen mit



Suche nach Essbarem zwischen Kartoffelschalen im Juli 1941 in einem sowjetischen Dorf.

Etwa 65 Millionen Bürger*innen erlebten die deutsche Besatzung, das heißt jede*r dritte Bürger*in der Sowjetunion. Behinderungen, Sint*ezze und Rom*nja sowie »Partisanen«. Die Gewalt gegen letztere wurde legitimiert durch die Prävention des vermeintlichen Widerstands: Und als »Partisanenhelfer« wurden während der sogenannten »Sicherung« der Gebiete auch Frauen und Kinder zu Tausenden gequält und ermordet. Der flächendeckende hemmungslose Terror in den Partisanengebieten kostete etwa einer halben Million Menschen das Leben, vor allem in Belarus und im westlichen Teil Russlands.

Auch die Vernichtung sowjetischer Kriegsgefangener gehört zu diesem Verbrechenskonzept. Noch vor dem Krieg erließ die NS-Führung Rahmenerlässe, die völkerrechtliche Normen außer Kraft setzten. Von Beginn an erschossen viele Einheiten der »Heeresgruppe Mitte« sowjetische Soldaten, die sich ergeben oder überlaufen wollten. Ein deutscher Soldat hielt es in seinem Tagebuch fest: »Viele Erschossene, die ich liegen sah, lagen mit erhobenen Händen da und ohne Waffen und sogar ohne Koppel. Mindestens hundert sah ich so liegen. [...] Man hat auch Verwundete erschossen.« Vor allem jüdische Menschen und asiatisch aussehende Rotarmist*innen wurden sofort erschossen. »Frauen in Uniform sind zu erschießen«, diese Anweisung gab der Oberbefehlshaber der 4. Armee, von Kluge, am 29. Juni 1941. Die Rotarmistinnen zogen besonderen Hass auf sich – sie wurden als »Flintenweiber« stigmatisiert, die es zu vernichten galt.



Minsk im Juli 1944 nach der Befreiung und dem Rückzug der Wehrmacht.

Die Belagerung Leningrads gilt als »größte demographische Katastrophe, die eine Stadt in der Geschichte der Menschheit erleben musste«. Die Tatsache, dass die gefangen genommenen Soldaten nicht an die Wehrmachtsauskunftsstelle gemeldet wurden, verdeutlicht, dass die überdurchschnittliche Sterblichkeit der Gefangenen ein Teil der Rechnung war. In den Lagern des deutschen Operationsgebietes hatten die Angehörigen der Roten Armee zu verhungern. Von insgesamt 5,7 Millionen sowjetischen Kriegsgefangenen sind drei Millionen an Hunger und Krankheiten gestorben.

Die sowjetischen Großstädte wurden gezielt bombardiert, und man verschonte weder Zivilbevölkerung noch Bauten, die als Krankenhäuser ausgewiesen waren. Stalingrad, eine Großstadt an der Wolga, wurde vom 23. August 1942 bis zum 14. September 1942 ununterbrochen bombardiert. Allein am ersten Tag des Bombardements, dem 23. August, kamen circa 30.000 Menschen ums Leben. Als die Evakuierung der Zivilbevölkerung aus der Stadt begann, beschoss die deutsche Artillerie durchgängig die Wolgafähren, sodass Passagierdampfer beschädigt wurden und auf Grund liefen. Die Tatsache, dass die deutsche Luftflotte Evakuierungsschiffe und -Züge mit Zivilist*innen bombardierte, zeigt, dass es der Führung nicht um das Erobern, sondern um die Vernichtung ging.

Als zum Beispiel die Bahnhaltestelle Tichvin bei Leningrad am 14. Oktober 1941 bombardiert wurde, wurden drei Züge mit evakuierten Kindern und verletzten Rotarmist*innen zerstört. Die genaue Zahl der Opfer ist unbekannt. Ein Güterzug transportierte in der Regel etwa 1.500 bis 2.500 Menschen. Die Blockadeüberlebende Raissa Messer erinnerte sich: »Die schwerste Zeit der Evakuierung über den Ladogasee war die Winterzeit 1941-42. Mehrere Male begannen die Deutschen starken Artilleriebeschuss, als das Einsteigen in die Züge oder in die Autos in vollem Gang war. Auf ein kleines Stück Boden, wo die Züge standen, fielen auch mal bis zu zwanzig Splitterbomben.«

Die Belagerung Leningrads gilt laut John Barber als »größte demographische Katastrophe, die eine Stadt in der Geschichte der Menschheit erleben musste«. An Artilleriebeschüssen und Bombardierungen und vor allem an Hunger sollte die Millionenstadt an der Newa, das heutige St. Petersburg, vernichtet werden. Von Anfang an spielte Leningrad eine zentrale Rolle in den Kriegsplänen Hitlers, die Wiege des Bolschewismus sollte als erste russische Großstadt dem Erdboden gleich gemacht werden. Die Weisung, dass die Stadt nicht erobert, sondern abgeschlossen und durch Hunger und Artilleriebeschuss aus der Luft vernichtet werden muss, fiel im September 1941. Eben dies macht das Leningrader Schicksal zum Sonderfall der Geschichte: Die Belagerung der Stadt war nicht auf ihre Einnahme ausgerichtet. Sollte ein Kapitulationsangebot Leningrads erfolgen, so sollte es abgewiesen werden. Die städtische Bevölkerung musste verhungern, die entvölkerte Stadt Finnland übergeben werden. So spielte sich in Leningrad eine der größten humanitären Katastrophen des Zweiten Weltkriegs ab – etwa 1,2 Millionen Leningrader*innen fielen der genozidalen Hunger-Politik der deutschen Kriegsführung zum Opfer.

Eine weitere Struktur des Vernichtungskrieges war die genozidale Gewalt an jüdischen Bürger*innen der Sowjetunion. Die Erschießung der jüdischen Bevölkerung – holocaust by bullets – begann in den ersten Tagen nach dem Überfall auf die Sowjetunion: In der verbrecherischen Ideologie galt es, mit Juden abzurechnen. Dem Mord an jüdischen Menschen in der Sowjetunion - auf dem Gebiet der baltischen Republiken, von Belarus und der Ukraine – fielen über drei Millionen Menschen zum Opfer. Terror und Ermordung der jüdischen Bevölkerung stellten einen zentralen Bestandteil der Blitzkriegsführung dar. Bereits im Herbst 1941 wurde die Schwelle zum systematischen Mord überschritten: Man begann mit der Massenerschießung von Frauen und Kindern, die als »unnütze Esser« galten. In ländlichen Gebieten wurden Exekutionen zur alltäglichen Erscheinung. Vor allem das litauische Judentum war in den ersten Kriegsmonaten vom radikalen Massenmord betroffen: Bis Dezember 1941 wurden 136.000 Menschen vernichtet, es blieben nur jene am Leben, die als Zwangsarbeiter*innen für die deutschen Betriebe ausgenutzt wurden. Ein Teil ihrer Arbeit war auch die »Spurenbeseitigung« deutscher Verbrechen. Ab Herbst 1943 mussten sie aus den Massengräbern Leichen ausheben und verbrennen. Jene von ihnen, denen eine Flucht gelang, haben uns erschütternde Zeugnisse von diesem »Todesbetrieb« hinterlassen. Alex Fajtelson, ein 19-jähriger Gefangener, schrieb über seine Arbeit im Neunten Fort von Kaunas (Litauen): »Ich wurde in die Gruppe eingeteilt, wo man die Leichen zur Feuerstelle brachte. Mit bloßen Händen musste ich die toten Körper von den »Untersuchern« entgegennehmen, jeweils zwei auf die Tragbahren legen und sie zum Scheiterhaufen transportieren. [...] Als ich mich mit der Tragbahre der beinahe ausgeräumten Grube näherte, blieb ich wie versteinert stehen. Die Toten waren angezogen und sahen aus wie Lebende, die vor Erschöpfung eingeschlafen waren. Es gibt keine Worte, um zu schildern und zu beschreiben, was ich hier erlebte. Ich wußte, dass sich unter den Ermordeten meine Eltern befanden. [...]«

Menschen aus den besetzten Gebieten waren für die deutsche Führung auch »Exportartikel«, die einer »gewinnbringenden Tätigkeit« zugeführt werden sollten. Insgesamt wurden drei Millionen Zivilist*innen – meistens Frauen und Jugendliche – ins Deutsche Reich verschleppt. Seit Sommer 1942 kann man von regelrechten Menschenjagden sprechen. Ins Reich deportiert, wurden sie für die deutsche Kriegsindustrie, bei der Eisenbahn, in den Betrieben und in der Landwirtschaft eingesetzt. Diese Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter wurden schließlich zu den letzten Opfern der NS-Gewalt: Sie starben kurz vor der Befreiung bei den Todesmärschen oder bei Bombardements, weil ihnen der Zugang zu Luftschutzkellern verwehrt wurde.

Die Vernichtung wurde als Handlungskonzept abermals leitend, als die Besatzer ihren »Lebensraum« wieder verließen. Bereits bei den ersten Rückzügen hinterließ die Wehrmacht tote Zonen. 1943 wurde die »Verbrannte Erde« zur Strategie. Laut Hitlers Befehl war ein unbrauchbares, unbewohnbares, wüstes Land zu hinterlassen. Dörfer wurden niedergebrannt, Industrieanlagen zerstört, Brücken gesprengt, Brunnen vergiftet, zivile Infrastruktur zerstört, Böden vermint. Ressourcen, Produkte und Menschen nahmen die Besatzer mit – noch in den letzten Kriegsmonaten mussten die verschleppten Menschen Zwangsarbeit für die deutsche Kriegsindustrie leisten.

Dieser Krieg hat 27 Millionen Menschen in der Sowjetunion das Leben gekostet. In den betroffenen Gesellschaften wirkt der Schmerz, den der Krieg verursachte, bis heute nach.

Dr. Ekaterina Makhotina ist promovierte Osteuropahistorikerin. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Erinnerungskulturen in Russland und in Ostmitteleuropa, Geschichte Litauens im 20. Jahrhundert sowie Sozialgeschichte und Geschichte der Strafpraxis im frühneuzeitlichen Russland. Sie leitete mehrere Projekte zu den unbekannten Orten der NS-Gewalt in Deutschland, vor allem zu den Schicksalen der Zwangsarbeiter*innen und sowjetischer Kriegsgefangenen. Für ihre wissenschaftliche und zivilgesellschaftliche Arbeit wurde sie 2017 mit dem Preis der Peregrinus-Stiftung der Bayerischen Akademie der Wissenschaften ausgezeichnet.

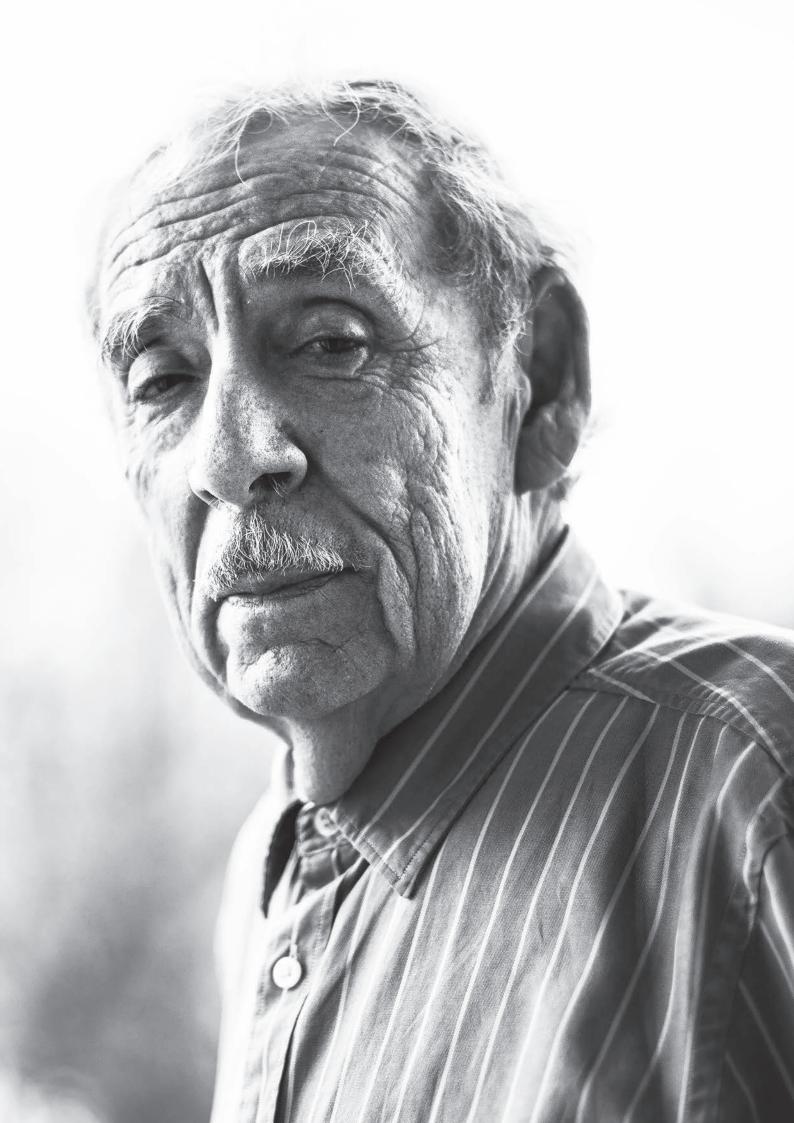
»Mama hat jemanden bestochen und so kamen wir aus dem Ghetto heraus. Wir versteckten uns im Haus meines Großvaters. Das ist meine erste Erinnerung an meine Kindheit: ein sehr kalter, nasser, regnerischer Tag. Rattern, Explosionen überall. Pfeifende Bomben, Geschosse. Der Putz bröckelte von den Wänden. Für mich klang es wie Musik: Die Bomben erzeugten so einen musikalischen Klang. Am Morgen wurde es sehr ruhig und die Sonne ging auf.

Es war der 10. April 1944, der Tag der Befreiung von Odessa. Unvergesslich.

Wenn es den Krieg nicht gegeben hätte, wäre ich vielleicht ein noch freundlicherer Mensch geworden. Wahrscheinlich wäre ich Maler geworden.«

Viktor Sabulis

geboren 1940, Odessa, ehemaliger Zwangsarbeiter



Die nationalsozialistische Vernichtungspolitik in Belarus

Das Schicksal des belarussischen Judentums und die Politik der verbrannten Dörfer

Im Ort der Information des Denkmals für die ermordeten Juden Europas ist ein Raum dem Schicksal von 15 jüdischen Familien in ganz Europa gewidmet. Gleich zwei dieser Familien lebten auf dem Gebiet der heutigen Republik Belarus. Sie lebten keine 120 Kilometer voneinander entfernt, doch unterschiedlicher hätten ihre Lebenswelten kaum sein können.

Aliaksandr Dalhouski und Adam Kerpel-Fronius

Die Familie Kagan lebte in Navahrudak (russisch: Nowogrudok), das zwischen den beiden Weltkriegen Nowogródek hieß und zu Polen gehörte. Navahrudak war ein Shtetl, und in der Erinnerung des Überlebenden Jack (Idel) Kagan (1929–2017) war die Stadt durch und durch jüdisch – obwohl der Anteil der jüdischen Bevölkerung in Wirklichkeit eher nur die Hälfte der Stadtbevölkerung ausmachte. Die jüdische Gemeinschaft sprach und schrieb jiddisch, lebte größtenteils unter sich, und sie unterhielt ihr eigenes Geflecht an autonomen Institutionen von Schulen bis zu Handelsvereinen. Die plötzliche sowjetische Besatzung im Herbst 1939 war für diese jüdische Welt verheerend. Vielen Familien wurde ihre Existenzgrundlage entzogen, nicht wenige wurden nach Sibirien verschleppt.

Nicht weit entfernt, in Minsk, lebte die Familie Aig. Ihre Lebenswelt war eine gänzlich andere. Minsk war mittlerweile eine durch und durch sowjetische Stadt. Die jüdische Minderheit wurde nicht als religiöse, sondern als ethnische Gruppe behandelt. Das hatte zur Folge, dass die jiddische Sprache und Kultur bis etwa Mitte der 1930er-Jahre zwar aktiv gefördert, die jüdische Religion jedoch unterdrückt wurde. Viele Angehörige der jüdischen Minderheit passten sich an das neue System an und genossen die Aufstiegsmöglichkeiten. Nach dem deutschen Überfall im Sommer 1941 dienten viele jüdische Frauen und Männer aus Minsk in der Roten Armee, manch eine Familie wurde noch rechtzeitig ins Landesinnere der Sowjetunion evakuiert, die Mehrheit blieb jedoch in der Stadt gefangen.

Die ersten Gebiete, die nach dem Überfall auf die Sowjetunion unter deutsche Besatzung kamen, waren die früheren polnischen Territorien. Bereits in den ersten Tagen des Krieges erschossen deutsche Einheiten vielerorts jüdische Männer, und spätestens seit Ende des Sommers auch Frauen, Kinder und Greise. Dabei machte das Besatzungsregime durchaus einen Unterschied zwischen den beiden Hälften des Landes: Während im Westen die Arbeitsfähigen zunächst am Leben gehalten wurden, galt die jüdische Präsenz im ehemals sowjetischen Teil als »gefährlich« und wurde bereits bis Ende des Jahres 1941 in brutalen Massenerschießungen fast vollständig beseitigt. Eine Ausnahme war zunächst die Stadt Minsk, in der bereits im Juli 1941 Zehntausende jüdische Einwohner*innen der Stadt in ein Ghetto gepfercht worden waren. Ab Herbst wurden Tausende jüdische Kinder, Frauen und Männer aus dem Deutschen Reich direkt dorthin deportiert. Am Ende teilten so gut wie alle Gefangenen des Ghettos das gleiche Schicksal: Sie wurden erschossen oder mittels »Gaswagen« erstickt. Viele von ihnen wurden bei Maly Trostenez, einem der größten Vernichtungsorte in der besetzten Sowjetunion überhaupt, ermordet. Ab Frühjahr 1942 wurden die Deportationszüge aus dem Reich direkt zu dieser Mordstätte am Stadtrand von Minsk umgeleitet. Außer jüdischen Deportierten aus Deutschland, Österreich und dem Protektorat Böhmen und Mähren ermordeten deutsche Einheiten Zehntausende einheimische jüdische und nichtjüdische Zivilist*innen, Widerstandskämpfer*innen und Partisan*innen, politische



Nowogródek, Juni 1936: Idel (Jack) Kagan (3. v. r.) mit seiner Schwester Nachama und Cousinen und Cousins. Nur drei von ihnen überlebten den Holocaust.

Gefangene und Angehörige anderer Opfergruppen an diesem Ort. Ein ähnlicher Ort war Bronnaja Gora, wo die Mehrzahl der jüdischen Bevölkerung von Brest ermordet wurde. Insgesamt wurden etwa eine halbe Million Menschen allein wegen ihrer jüdischen Herkunft auf dem Gebiet der heutigen Republik Belarus ermordet – von Brest bis Witebsk, von Grodno bis Mogilew. Belarus war aber auch das Gebiet, an dem es – geographisch durch die dichten Wälder um Navahrudak und Lida begünstigt – den europaweit intensivsten Widerstand von jüdischen Partisan*innen gab. Der Partisanenverband um die Bielski-Brüder rettete Hunderten von jüdischen Frauen, Männern und Kindern das Leben – eine in der Geschichte der Shoah einmalige Leistung.

Und doch blieb, insgesamt gesehen, die Geschichte der Bielski-Gruppe lediglich eine Episode des Partisanenkrieges. Auf dem Gebiet von Belarus wurde dieser so intensiv und erbarmungslos geführt wie sonst nirgends in Europa. Dabei wurden Hunderte Ortschaften einfach ausgelöscht. Die Verbrennung der Dörfer gehört somit zu den Haupttopoi, wenn es um die Erinnerung an die deutsche Besatzung in Belarus geht. Nach offiziellen Angaben wurden während des Zweiten Weltkrieges nicht weniger als 209 Städte und 9.200 Dörfer in Belarus zerstört. 628 Dörfer wurden samt ihrer Einwohner*innen niedergebrannt, 186 davon nicht mehr wiederaufgebaut.

Die »Vergeltungsaktionen« gegen Partisan*innen und die Bevölkerung wurden von den ersten Tagen der deutschen Besatzung an durchgeführt, in enger Kooperation zwischen der Polizei, der SS, dem SD, der Wehrmacht und lokalen Kollaborateuren. Bereits im Juli 1941 wurden Dörfer in und um den Wald von Bialowieza niedergebrannt. Es ging darum, etwaigen Partisanengruppen ihre Rückzugsmöglichkeiten zu nehmen, kommunistische Funktionäre auszuschalten sowie die Bevölkerung insgesamt einzuschüchtern oder zu vertreiben. Bei den Aktionen wurden nicht nur tatsächliche Wider-

Sichtbare Erinnerung an die ermordete jüdische Bevölkerung gibt es in Belarus – von wenigen Ausnahmen abgesehen – erst seit dem Ende der Sowjetunion.

standsmitglieder oder Widerstandsverdächtige, sondern auch – und vor allem – Zivilist*innen aller Bevölkerungsgruppen, auch der jüdischen, die sich in Wäldern versteckt gehalten hatten oder in den letzten noch erhaltenen Ghettos inhaftiert gewesen waren, massenhaft ermordet. Zigtausende wurden zur Zwangsarbeit verschleppt. Die Einwohner*innen einzelner Dörfer versteckten sich während der deutschen Aktionen in Wäldern und auf Inseln in Sümpfen, wo die Menschen Erdhütten bauten. Deswegen fanden die Täter bei ihren »Vergeltungsaktionen« nicht selten leere Dörfer vor, die dann meist auch niedergebrannt wurden.

Wie die von den »Vergeltungsaktionen« betroffenen Gebiete aussahen, beschreibt eindringlich der Kommissar der Partisanenbrigade »Semjon Korotkin«, A. B. Erdman, in seinem Lagebericht für den belarussischen Stab der Partisanenbewegung für April bis Mai 1944: »Die Deutschen haben die Dörfer Glinischtscha, Tuhotino, Rallja, Zaljadje, Babowischtschew samt der Bevölkerung verbrannt. Die ganze arbeitsfähige Bevölkerung haben die Deutschen nach Deutschland oder zum Bau neuer Verteidigungslinien verschleppt. Das ganze Vieh und Geflügel ist konfisziert. In den Dörfern, die noch nicht verbrannt sind, insbesondere denen, die dem Wald am nächsten sind, hört man nicht einmal Hähne krähen.«

Die Schreie der Menschen und die Stille am Ende prägten die Erinnerungen der Überlebenden nach dem Krieg, ebenso wie die traumatische Erinnerung an die ermordeten Familienangehörigen und an die Einwohner*innen der verbrannten Dörfer. Dem Thema der verbrannten Dörfer kam im Land eine besondere Aufmerksamkeit zu, und lange überschattete es die Erinnerung an den Holocaust. 25 Jahre nach dem Ende des Krieges wurde an der Stelle des zerstörten Dorfes Chatyn der zentrale Gedenkort des Landes in Erinnerung an die verbrannten Dörfer eingeweiht. Sichtbare Erinnerung an die ermordete jüdische Bevölkerung gibt es in Belarus – von wenigen Ausnahmen abgesehen – erst seit dem Ende der Sowjetunion.

Aliaksandr Dalhouski ist Historiker und arbeitet als Referent in der Geschichtswerkstatt Minsk. Er ist zuständig für das Zeitzeugenarchiv der Minsker Geschichtswerkstatt und für die Begleitung der deutschbelarussischen Wanderausstellung »Vernichtungsort Malyj Trostenez. Geschichte und Erinnerung« in Belarus. Zudem forscht er zur Geschichte von Belarus im Zweiten Weltkrieg und nach Tschernobyl sowie zur Umweltgeschichte.

Adam Kerpel-Fronius ist Historiker und wissenschaftlicher Mitarbeiter der Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas, wo er das Projekt »Gedenkstättenportal« (www.memorialmuseums.org) leitet und sich vor allem mit der Entwicklung europäischer Erinnerungskulturen beschäftigt. Er ist Herausgeber mehrerer Bücher in der Zeitzeugenreihe der Stiftung und Kurator der deutsch-belarussischen Wanderausstellung »Vernichtungsort Malyj Trostenez. Geschichte und Erinnerung«.

Der deutsche Angriffskrieg auf die Sowjetunion und die Diversifizierungsprozesse in der Erinnerungspolitik

Jakob Stürmann

Vor 80 Jahren, am 22. Juni 1941, begann der gnadenlose Angriffskrieg der Deutschen auf die Sowjetunion, der ungefähr 27 Millionen Sowjetbürger*innen das Leben kostete – ein ungeheures Menschheitsverbrechen, das bis heute in allen hiervon betroffenen Nachfolgestaaten nachwirkt. Die Form der Erinnerung hat sich im Lauf der Zeit verändert und ist diverser geworden: Erinnert wird nicht mehr fast ausschließlich an ein sowjetisches Heldentum, sondern auch an Opfergruppen aus der Zivilbevölkerung. Nationen, deren Vorfahren vor 80 Jahren in der Sowjetunion beheimatet waren und gemeinsam gegen den Nationalsozialismus kämpften, leben heute in unterschiedlichen Nationalstaaten, einige davon befinden sich gar in militärischen Auseinandersetzungen zueinander. Diese politischen Entwicklungen beeinflussen die erinnerungspolitische Ausrichtung der Nationalstaaten mit.



Trostenez, ein Vorort der belarussischen Hauptstadt Minsk, war während der deutschen Besatzung der größte nationalsozialistische Massenvernichtungsort in Belarus. Im angrenzenden Wald von Blagowschtschina wurden Zehntausende Jüdinnen und Juden getötet und in Gruben verscharrt. Zettel und Bilder an den Kiefern enthalten Informationen zu einigen wenigen der hier Ermordeten.

DIE SOWJETUNION ALS BEFREIERIN UND BESATZERIN

Die deutsche Verantwortung für die Gräueltaten des Angriffskrieges und seiner Folgen gilt heute einer Vielzahl von Ländern: besonders der Russländischen Föderation, Israel, Polen, der Ukraine, Belarus, Litauen, Lettland und Estland. In der Sowjetunion, der heutigen Russländischen Föderation und Belarus existiert(e) eine sprachliche Unterscheidung zwischen dem Zweiten Weltkrieg und dem Großen Vaterländischen Krieg. Erster begann am 1. September 1939 mit dem Überfall Deutschlands auf Polen, zweiter am 22. Juni 1941 mit dem deutschen Angriffskrieg auf die Sowjetunion. Der im russischsprachigen

Raum weit verbreitete Begriff des »Großen Vaterländischen Krieges« hat – so heroisch er klingen mag – eine Berechtigung. Er verweist auf die Millionen Todesopfer der Sowjetunion, darauf, dass die deutschen Besatzer*innen der sowjetischen Zivilbevölkerung unvorstellbares Leid zufügten und dass das Ziel des Angriffs von Beginn an in der Zerstörung des Staates lag.

Diese Begriffsunterscheidung führt in den genannten Ländern aber auch zu einer Fokussierung auf die Zeit ab Juni 1941 und verschleiert den Blick auf die Situation zwischen 1939 und 1941. Im August 1939 schlossen Deutschland und die Sowjetunion den sogenannten Hitler-Stalin-Pakt: ein Nichtangriffspakt der militärischen Großmächte, in dem diese in einem geheimen Zusatzprotokoll das Territorium zwischen ihren Ländern untereinander aufteilten. So erlebte die Zweite Polnische Republik zuerst einen deutschen Angriffskrieg aus dem Westen, wenige Wochen später folgte aus dem Osten die Besetzung des übrigen Staatsgebietes durch die Sowjetunion. Dieser Teil Polens wurde anschließend gewaltsam in die Sowjetunion eingegliedert, was eine vollständige wirtschaftliche, politische und gesellschaftliche Umwälzung zur Folge hatte. Sie ging einher mit staatlichem Terror sowie der Verhaftung und Vernichtung großer Teile der polnischen Elite aus Militär, Politik und Gesellschaft.

Mitnichten ist die sowjetische Okkupation Polens vergleichbar mit der barbarischen Vernichtungspolitik, die von der deutschen Wehrmacht, der SS und den Besatzungsbehörden im östlichen Teil Polens ausging. Sie zeigt jedoch die Schwierigkeit, vor der Polen erinnerungspolitisch steht. Im Verlaufe des Krieges befreite die Sowjetunion das östliche Europa vom nationalsozialistischen Deutschland und seiner mörderischen Rassenideologie. Zugleich drückten die Befreier*innen den Befreiten ihre Staatsdoktrin auf, sie verfolgten die nationalen Eliten. Die Befreier*innen waren zugleich Besatzer*innen und das gleich zwei Mal: vor und nach dem »Großen Vaterländischen Krieg«.

DEUTSCHE KRIEGSVERBRECHEN IN EINEM MULTIETHNISCHEN STAAT

Die Sowjetunion war ein multiethnischer Staat. Anders als in Westeuropa hatten sich im östlichen Europa zwar ebenfalls Nationalbewegungen gebildet, vielen von ihnen gelang aber nicht die (dauerhafte) Gründung von souveränen Nationalstaaten. Stattdessen wurden sie in die Staatsstruktur der Sowjetunion eingegliedert. Die sowjetische Staatsdoktrin sah vor, dass unterschiedliche Nationalitäten wie die ukrainische, georgische, russische, jüdische und die Völker des Kaukasus friedlich zusammenleben und gemeinsam eine neue Gesellschaft aufbauen sollten. Dabei bestand eine Unterscheidung zwischen der jeweiligen staatlichen und der nationalen Zugehörigkeit eines jeden Bürgers und einer jeden Bürgerin. Unter der Herrschaft Stalins wurden die Rechte der nationalen Minderheiten zwar stark beschnitten und durch staatlichen Terror ad absurdum geführt. Das Selbstverständnis einer multiethnischen Staatengemeinschaft überlebte dennoch und bestand auch in der Zeit während und nach dem Zweiten Weltkrieg fort.

Die verheerende nationalsozialistische Rassenlehre nahm diese innerstaatlichen Differenzen nur bedingt wahr. Nach ihr wurde die jüdische Bevölkerung als eine nicht lebenswerte »Rasse« betrachtet. Eine Differenzierung zwischen der slawischen Bevölkerung fand kaum statt. Nur kurzzeitig wurde versucht, innersowjetische Nationalbewegungen wie die ukrainische gegen die Sow-

jetmacht und die jüdische Bevölkerung auszuspielen. Mit Beginn des Krieges, als die deutsche Armee in wenigen Wochen bis kurz vor die bedeutenden Städte Leningrad, Moskau und Stalingrad vorrückte, begann hinter der Frontlinie das unmenschliche Leid: Die jüdische Bevölkerung wurde zu einem großen Teil sofort erschossen, was in der historischen Forschung als »Holocaust by bullets« bezeichnet wird. Beispielhaft für diese Verbrechen stehen Orte wie die Schlucht von Babyn Jar bei Kiew und das Vernichtungslager Maly Trostenez bei Minsk, in denen jeweils mehrere zehntausend Jüdinnen und Juden in kürzester Zeit ermordet und verscharrt wurden. Die überlebende jüdische Bevölkerung wurde gettoisiert und in Konzentrationslager verschleppt.

Die deutsche Besatzung unterjochte die slawische Bevölkerung bei Unterernährung und zwang sie zur Arbeit. Millionen Männer und Frauen wurden aus der Sowjetunion nach Deutschland verschleppt, wo sie Zwangsarbeit verrichten mussten. Der »Generalplan Ost« sah vor, dass nach einem Sieg deutsche Siedlungen in Osteuropa entstehen und die bisherige Bevölkerung vertrieben und ermordet werden sollte. Im Verlauf ihres Rückzuges und einer drohenden Niederlage wendete die deutsche Wehrmacht in den letzten Monaten der Besatzung eine Politik der »verbrannten Erde« an. Wahllos brannten die deutschen Soldaten Dörfer nieder und ermordeten Menschen.

Für heutige erinnerungspolitische Differenzen zwischen osteuropäischen Staaten hat auch der Ort des Geschehens eine große Bedeutung. Schaut man sich den Kriegsverlauf auf einer gegenwärtigen politischen Landkarte Europas an, fällt auf, dass Deutschland und ihre Verbündeten die Territorien von Moldawien, den baltischen Staaten, Belarus und der Ukraine besetzten. Ebenso herrschten sie im Westteil der heutigen Russländischen Föderation und in einem nördlichen Zipfel Georgiens. Unbestritten ist, dass die Russländische Föderation als Nachfolgestaat der Sowjetunion auch Nachfolgestaat des von den Nationalsozialist*innen angegriffenen Landes ist. Der Großteil des nationalsozialistischen Terrors spielte sich jedoch auf Territorien ab, die heute zu anderen Nationalstaaten gehören.

ERINNERUNGSPOLITISCHE DIFFERENZEN IN OSTEUROPA

Die gesamte durch die Nationalsozialist*innen unterjochte sowjetische Zivilbevölkerung litt unter der Besatzung, wiewohl es Unterschiede im Umgang mit der multiethnischen Bevölkerung gab. Diese Unterschiede wurden in der Sowjetunion negiert und Differenzierungen im nationalen Gedenken weitestgehend unterbunden. An Orten wie Babyn Jar durfte nicht explizit an die vielen zehntausend ermordeten lüdinnen und luden gedacht werden, sondern ausschließlich an dort ermordete »friedliche sowjetische Bürger«. Das Schicksal der nach Deutschland verschleppten Zwangsarbeiter*innen wurde in Gänze verschwiegen. Sie galten als Verräter*innen, die für den Feind gearbeitet hatten.

Die verschiedenen nationalen Wahrnehmungen des Zweiten Weltkriegs traten besonders nach dem Zusammenbruch der Sowietunion und des Warschauer Paktes zum Vorschein. Staaten wie die Ukraine, Polen und Belarus entwickel(te)n jeweils eine eigene erinnerungspolitische Ausrichtung. Beispielsweise bekam die Erinnerung an die Verschleppung zur Zwangsarbeit eine besondere Bedeutung in der Ukraine, da die Zwangsarbeiter*innen mehrheitlich dem ukrainischen Territorium entstammten. Belarus gedenkt besonders des Kampfes der Partisan*innen und der zahlreichen in ihrem Staatsgebiet durch die nationalsozialistischen Soldaten niedergebrannten Dörfer. Die jüdische Opferperspektive ist heute nur noch schwach in den osteuropäischen Staaten selbst zu vernehmen, obwohl sie ein notwendiger Teil der Erinnerung bleibt, da die meisten im Holocaust ermordeten Jüdinnen und Juden aus Ostmittel- und Osteuropa kamen; allein drei Millionen von ihnen waren polnische, mehr als eine Million sowjetische Staatsbürger*innen.

Ein sichtbarer Riss, der die osteuropäische Erinnerungslandschaft prägt, lässt sich beispielhaft am Gedenken an das Kriegsende aufzeigen. Die Nationen, die an ein an der Sowjetunion angelehntes heroisches Gedenken anknüpfen, feiern den 9. Mai als »Tag des Sieges«. Dagegen orientieren sich die Länder, in denen ebenfalls an die staatlichen Gräueltaten der Sowjetunion gedacht wird, mehr an westeuropäischen Erinnerungsdis-

kursen. Hierbei wird stärker der Opfer des Krieges gedacht und der Gedenktag zum Kriegsende ist der 8. Mai. Da die Sowjetunion 1945 ihre politische Hemisphäre über die Länder des Warschauer Paktes ausbreitete, wird dieser Tag in ostmittel- und osteuropäischen Ländern aber oftmals nicht wie in Deutschland als Tag der Befreiung wahrgenommen. Historisch betrachtet stimmen beide Gedenktage: Die deutsche Kapitulation erfolgte am späten Abend des 8. Mai in Berlin, aufgrund der Zeitverschiebung war in Moskau bereits der neue Tag angebrochen.

ASF-FREIWILLIGENDIENSTE IN BELARUS, RUSSLAND UND DER UKRAINE

Die Gräuel, die im Namen Deutschlands in Osteuropa verübt wurden, wirken auch in Deutschland nach. Millionen Soldaten der deutschen Wehrmacht waren an der Ostfront an den Gräueltaten beteiligt und Firmen wie Ministerien in die Verbrechen verstrickt. Es dauerte lange, bis sich die deutsche Gesellschaft hiermit auseinandersetzte. Der Jurist Lothar Kreyssig war einer der ersten, der in Deutschland dazu aufrief, für die nationalsozialistischen Verbrechen Sühne zu leisten. 1958 verlas er am Rande der evangelischen Synode in Berlin den Gründungsaufruf der Aktion Sühnezeichen mit folgender Bitte:

»Wir Deutschen haben den Zweiten Weltkrieg begonnen und schon damit mehr als andere unmessbares Leiden der Menschheit verschuldet [...]. Lasst uns mit Polen, Russland und Israel beginnen, denen wir wohl am meisten wehgetan haben. [...] Wir bitten die Regierungen Polens, der UdSSR und Israels, den Dienst – wie viele sich immer dazu bereitfinden möchten – nicht als eine irgendwie beträchtliche Hilfe oder Wiedergutmachung, aber als Bitte um Vergebung und Frieden anzunehmen und zu helfen, dass der Dienst zustande kommt.«

Seit mehr als 60 Jahren besteht der Grundgedanke der Freiwilligendienste der Aktion Sühnezeichen Friedensdienste (ASF) darin, die Auseinandersetzung mit den nationalsozialistischen Verbrechen wachzuhalten und die nachfolgenden Generationen im Handeln darüber zu informieren. Heute stehen Wissen, »Wir Deutschen haben den Zweiten Weltkrieg begonnen und schon damit mehr als andere unmessbares Leiden der Menschheit verschuldet [...]. Wir bitten die Regierungen Polens, der UdSSR und Israels, den Dienst – wie viele sich immer dazu bereitfinden möchten – nicht als eine irgendwie beträchtliche Hilfe oder Wiedergutmachung, aber als Bitte um Vergebung und Frieden anzunehmen und zu helfen, dass der Dienst zustande kommt.«

Lothar Kreyssig im Gründungsaufruf von Aktion Sühnezeichen

Verständigung und Begegnung im Zentrum der Freiwilligendienste. Junge Menschen gehen für ein Jahr in ein Land, das im Zweiten Weltkrieg gegen Deutschland kämpfte. Sie arbeiten dort in sozialen Projekten, in Gedenkstätten oder helfen Überlebenden des Zweiten Weltkrieges im Alltag. Durch persönliche Begegnungen werden die Freiwilligen sowohl mit Geschichte als auch gegenwärtigen gesellschaftlichen Entwicklungen des Landes konfrontiert. Sie beginnen, andere nationale Erinnerungsdiskurse zu verstehen und müssen sich zu diesen verhalten. Einige fangen an, über ihre eigene Familiengeschichte zu recherchieren. Viele Freiwillige lernen im Ausland Menschen kennen, mit denen sie noch Jahrzehnte später eng verbunden sind.

Kreyssigs Wunsch, Freiwillige in die Sowjetunion zu schicken, konnte aufgrund des Kalten Krieges lange nicht in der erbetenen Form umgesetzt werden. Erst in den vergangenen drei Jahrzehnten war es möglich, Freiwillige für längere Zeit in die Russländische Föderation, nach Belarus und in die Ukraine zu schicken. Umgekehrt kommen nun ebenfalls junge Menschen aus diesen Ländern für

einen Freiwilligendienst nach Deutschland. Der Krieg der Deutschen gegen die Sowjetunion begann vor 80 Jahren, doch die Freiwilligen merken vor Ort sehr schnell, dass dieser bis heute spürbare Auswirkungen hat: sowohl auf individuelle Lebensgeschichten, auf gesamtgesellschaftliche Entwicklungen, was besonders in Form von Erinnerungsorten und Gedenktagen sichtbar wird, als auch auf die Ebene der internationalen Diplomatie. Dies während eines Freiwilligendienstes in Form von Begegnungen zu erleben, hilft uns zu verstehen, dass die deutsche Gesellschaft noch immer eine historische Verantwortung gegenüber Osteuropa trägt. In den verschiedenen Ländern ist diese aber unterschiedlich nuanciert und steht in Teilen auch im Widerspruch zueinander.

Jakob Stürmann, ist wissenschaftlicher
Mitarbeiter am Leibniz-Institut für jüdische
Geschichte und Kultur – Simon Dubnow.
2020 schloss er seine Promotion im Fachbereich Geschichte ab. Von 2004 bis 2006
war er ASF-Freiwilliger in der Ukraine, seit 2016
ist er Mitglied im ASF-Vorstand und dort seit
2020 stellvertretender Vorsitzender.

»... vor allem das Schweigen, das Verschweigen und Verdrängen, die Fälschung der Wirklichkeit«



Die Schriftstellerin Natascha Wodin wuchs als Kind ehemaliger Zwangsarbeiter*innen auf. In ihren Büchern erzählt sie die Geschichte ihrer Eltern.

Ein Gespräch zwischen Natascha Wodin und Jutta Weduwen

Jutta Weduwen: Ich habe mit großem Interesse Ihre beiden Bücher über Ihre Eltern gelesen und war an vielen Stellen erschüttert, was Ihren Eltern und vor allem was Ihnen angetan wurde. 2013 stoßen Sie über eine Suchmaschine im Internet auf die Familiengeschichte Ihrer Mutter, die zu dem Zeitpunkt schon fast 60 Jahre nicht mehr lebte. Sie entdecken, dass es in Russland und der Ukraine Verwandte Ihrer Mutter gab, die Sie ein paar Jahre zuvor noch hätten treffen können.

Wie war das damals, als sich Ihnen plötzlich Ihre mütterliche Familiengeschichte erschloss? Wie geht es Ihnen heute damit?

Natascha Wodin: Dass ich nach so langer Zeit und völlig unerwartet die Familiengeschichte meiner Mutter im Internet fand, war fast so für mich, als hätte ich sie selbst gefunden. Zumindest einen Beweis dafür, dass sie tatsächlich gelebt hat und nicht ein Hirngespinst von mir war. Es war wohl das größte Wunder meines Lebens, eigentlich bis heute unfassbar. Trotz der vielen historischen Gräuel, mit denen ich mich nun beschäftigen musste, war es ein großes Glück für mich, das Buch über meine Mutter zu schreiben. Als Kind hatte ich sie nicht retten können, aber nun war mir, als könnte ich sie wenigstens bergen, indem ich über sie schrieb.

Bis heute freue ich mich darüber, dass ich mit dem Buch so viele Menschen erreichen konnte, dass es in viele Sprachen übersetzt wurde und wird, vor ein paar Tagen ist es in China erschienen. Meine Mutter könnte wohl nur schwer glauben, dass man jetzt dort über ihr Leben liest. Ich hoffe, einen wenigstens klitzekleinen Beitrag dazu geleistet zu haben, dass die insgesamt nur wenig bekannte Geschichte der Millionen Zwangsarbeiter ins kollektive Bewusstsein der Deutschen rückt.



Natascha Wodins Mutter.

Die zuvor privilegierte Familie Ihrer Mutter war von Hungersnot, Armut und stalinistischer Verfolgung betroffen. Ob Ihre Eltern 1944 aus Furcht vor der Vernichtung oder vor der drohenden stalinistischen Säuberung oder durch Verschleppung nach Deutschland kamen, ist unklar. In Leipzig wurden Ihre Eltern im Flick-Konzern in der Rüstungsindustrie als Ostarbeiter*innen ausgebeutet und mussten Rüstung herstellen, die gegen ihre Landsleute eingesetzt wurde. Vermutlich aus Sorge vor erneuter Verfolgung in der Sowjetunion blieben Ihre Eltern dann nach Ende des Krieges in Deutschland. Auf wen sind Sie wütend, über was sind Sie verzweifelt, wenn Sie sich Ihre Familiengeschichte vergegenwärtigen?

Was mich wütend und verzweifelt macht, ist vor allem das Schweigen, das Verschweigen und Verdrängen, die Fälschung der Wirklichkeit. Ich habe als Kind diese Fälschung immer gespürt, die ständige Lüge, das doppelte Schweigen, das meiner Eltern und das meiner deutschen Umwelt. Es ging eine dämonische Macht von diesem Schweigen aus, da war immer eine unsichtbare, namenlose Bedrohung, der ich mich ausgesetzt fühlte. Ich konnte mich nicht dagegen wehren, weil ich ja als Kind nicht wusste, worüber meine Eltern und die Deutschen schwiegen, ich wusste nur, dass es zwei verschiedene Dinge waren und in beiden Fällen etwas zutiefst Schreckliches. Am Ende dieses Schweigens stand der Selbstmord meiner Mutter, in Russland, wo bis heute nicht über die Vergangenheit gesprochen wird, führte das von Generation zu Generation weitergegebene Schweigen meiner Vorfahren in einen Muttermord. Ein Kind aus dem

Lager, in dem wir in Deutschland wohnten, wurde von deutschen Kindern verfolgt und in einen Fluss gestoßen, in dem es ertrank. Die Eltern hatten ebenfalls geschwiegen und nur ihren Hass gegen die Russen, die Siegermacht, an ihre Kinder weitergegeben.

Sehr traurig finde ich es auch, dass meine Mutter so völlig allein und aufgeschmissen war, dass sie keinerlei Hilfe bekam. Es erscheint mir symptomatisch, dass sie am Ende ihres Lebens ganz verstummt war.

Sie wurden Ende 1945 geboren, bei Kriegsende war Ihre Mutter im dritten Monat schwanger. Viele Zwangsarbeiterinnen wurden zu einer Abtreibung gezwungen oder die Kinder wurden ihnen weggenommen, viele starben. Sie schreiben, dass Ihr Leben wahrscheinlich auch davon abhing, dass die Schwangerschaft nicht vor der Befreiung des Lagers entdeckt wurde. Haben Sie verstanden, warum Sie in den ersten fünf Jahren Ihres Lebens in einem Lagerschuppen, dann in einem Camp für Displaced Persons aufwuchsen?

Nein, natürlich nicht. Irgendwann begann ich zwar zu begreifen, dass es außerhalb des Fabrikhofs, auf dem unser Lagerschuppen stand, noch eine andere Welt gab, ich hatte als Kind nachts Angst vor den Schritten draußen vor unserem Schuppen, vor den Taschenlampen, die uns ins Fenster leuchteten, aber ich verstand natürlich nicht, was vor sich ging. Das Walka-Lager, in dem wir später wohnten, war eine in sich geschlossene, hermetisch abgeriegelte Welt, in der ich die deutsche Umwelt gar nicht wahrnahm. Erst später, als man uns in eine Siedlung für ehemalige Displaced Persons brachte und ich in die deutsche Schule ging, wurde mir klar, dass es uns und die Deutschen gab, dass uns irgendeine negative Besonderheit auszeichnete, die in unserem Russischsein bestand. Aber das Verstehen kam erst sehr viel später, dass nicht die Russen mit dem Krieg begonnen und Deutschland überfallen hatten, sondern dass es umgekehrt war.

Ihre Mutter hat sich das Leben genommen, als Sie zehn Jahre alt waren. Danach kamen Sie in ein Heim. Ihr Alltag war von Armut, Verzweiflung, Traurigkeit, Sprachlosigkeit und Gewalt geprägt. Sie schreiben: »Immer, seit ich denken kann, war es ein Fluch für mich gewesen, das Kind meiner Eltern zu sein.« Wie konnten Sie Verständnis für die Situation Ihrer Eltern entwickeln, das sich ja auch in Ihren Büchern ausdrückt?

Es dauerte lange Zeit, bis ich zu begreifen begann, was meine Eltern erlebt hatten. Sie kannten beide wohl kaum etwas anderes als Gewalt. Sie waren beide völlig gebrochene, zerrüttete Menschen. Das zu verstehen war nicht schwer, nachdem ich Geschichtsbücher gelesen hatte.

Trotz der Gewalt und Kontrolle, die Sie von Ihrem Vater erfahren haben, trotz seiner Verschlossenheit, besuchten Sie ihn im Alter sehr treu und regelmäßig im Altenheim, obwohl von ihm kaum Reaktionen kamen. Wie haben Sie es geschafft, ein Buch über Ihren Vater zu schreiben?

Das zu schreiben war sehr viel schwieriger als das Buch über meine Mutter. Einmal deshalb, weil ich sehr viel weniger Material über meinen Vater hatte als über meine Mutter, und zum zweiten, weil ich



Natascha Wodin mit ihrem Vater.

mich ihm eigentlich nie wirklich nähern wollte. Ich hielt es nur für meine Pflicht, den Versuch zu machen, ihn zu verstehen. Aber ich glaube, es ist mir nicht wirklich gelungen. Obwohl es im Großen und Ganzen nicht schwer ist, einen Menschen wie ihn zu verstehen. Ich würde in diesem Fall die biblischen Worte umdrehen: Wer Gewalt erntet, der wird Gewalt säen.

Wie und wann haben Sie das Schreiben als Ausdrucksmittel für Ihr Leben entdeckt?

Da ich ein sehr einsames Kind war und auch keine Freundin hatte, der ich von mir erzählen konnte, habe ich schon sehr früh angefangen, Geschichten zu erfinden und aufzuschreiben, die schöner waren als meine eigene. Und ich merkte schon sehr bald, dass das, was ich in Worte fassen konnte, einen Teil seiner Bedrohung verlor. Man konnte die Gefahr mit Worten bannen. Das Chaos bekam eine Struktur, eine Form. Ich weiß nicht, wo ich heute wäre und ob überhaupt noch, wenn ich die Magie der Worte nicht entdeckt hätte.

In Deutschland gab und gibt es ein spätes und mangelndes Bewusstsein über das verheerende Schicksal der Zwangsarbeiter*innen. Sie sind in Ihrer Jugend vor allem mit Hass gegenüber Russ*innen aufgewachsen, der sich gegen alle Menschen und ihre Nachkommen richtete, die aus Ländern der ehemaligen Sowjetunion kamen. Wann haben Sie zum ersten Mal von »Zwangsarbeit« gehört?

Ich erinnere mich nicht genau. Letztlich habe ich es verstanden, als ich wieder mal die Arbeitskarten meiner Eltern in der Hand hielt, die ich schon oft vorher betrachtet hatte, ohne zu wissen, was ich sah. Aber erst im Lauf der Recherche für das Buch »Sie kam aus Mariupol« wurde mir das ganze Ausmaß der Zwangsarbeit klar. Einmal, schon vor langer Zeit, habe ich auch eine Ausstellung über den Holocaust gesehen, und eine kleine Nebenabteilung der Ausstellung war der Zwangsarbeit gewidmet. Da fragte ich mich zum ersten Mal, ob die Zwangsarbeit womöglich sogar im weitesten Sinn mit dem Holocaust verwandt war. Da wusste ich noch nicht, dass es zu Hitlers Kriegsprogramm gehört hatte, die Slawen drastisch zu dezimieren, um Lebensraum für die arische Herrenrasse zu schaffen, und nur die übrig zu lassen, die zur Germanisierung geeignet schienen oder den Deutschen als Domestiken dienen sollten.

Sie sprachen von einem doppelten Schweigen, mit dem Sie aufwuchsen. Das Schweigen Ihrer Eltern und das Schweigen der Deutschen im Nachkriegsdeutschland. Wie erleben Sie heute in Deutschland die Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit?

Im Gegensatz zu anderen Ländern, Russland zum Beispiel, finde ich die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit in Deutschland beispielhaft und bewundernswert. Das betrifft in erster Linie den Holocaust, die industrielle Vernichtung der Juden, die zweifellos das unfasslichste Verbrechen der Nazis war. Die Beschäftigung mit dem Vernichtungskrieg in der Sowjetunion hingegen scheint mir etwas zu kurz zu kommen, darüber höre ich wenig in den Medien. Obwohl in diesem Krieg immerhin annähernd 30 Millionen Menschen in der Sowjetunion umgekommen sind. Das Land wurde auf brutalste Weise verwüstet und brauchte sehr lange Zeit, um wieder halbwegs auf die Beine zu kommen. Darüber wird wenig gesprochen, die schlechte Versorgungslage in der Sowjetunion wurde lange Zeit ausschließlich dem kommunistischen System angelastet. Das alles ist meines Wissens noch bei weitem nicht erforscht und historisch eingeordnet. Siebzig Jahre nach diesem Vernichtungskrieg blickt Deutschland wieder mit einer Arroganz und Selbstgerechtigkeit nach Russland, die mich empört.

Deutschland sollte wenigstens hin und wieder ein wenig Demut erkennen lassen, wenigstens hin und wieder signalisieren, dass noch nicht alles vergessen ist, was die Nazis dort angerichtet haben. Man muss sich dessen bewusst sein, dass ein Vernichtungskrieg, wie er gegen die Sowjetunion geführt wurde, dem Land eine Geschichte aufgezwungen hat, die bis heute die Gegenwart mitprägt.

Wie erleben Sie die Auseinandersetzung mit der Verantwortung gegenüber Zwangsarbeiter*innen und ihren Nachkommen?

Ich habe im Lauf meiner häufigen Lesereisen viele kleine, meist private Initiativen kennengelernt, die sehr ehrenvolle Erinnerungsarbeit leisten. Nicht von oben verordnet, sondern aus eigener Betroffenheit. Sie forschen, erschaffen Gedenkorte, oft nach jahrelangen Kämpfen mit den Behörden. Trotzdem ist nach meinem Eindruck das Thema der Zwangsarbeit nach wie vor verschattet vom Holocaust, es hat noch keinen breiten Eingang in das kollektive Bewusstsein der Deutschen gefunden. Vielleicht habe ich etwas übersehen, aber die Nachfahren der Zwangsarbeiter sind mir als Thema überhaupt noch nicht begegnet.

Haben Sie das Gefühl, dass Ihre besondere Geschichte in Deutschland anerkannt wird, also nicht nur das Schicksal Ihrer Eltern, sondern auch Ihre Geschichte als Angehörige der zweiten Generation der Zwangsarbeiter*innen?

Das ist eine schwierige Frage. Mit dem Buch »Sie kam aus Mariupol« habe ich sehr viele Leser erreichen können, ich habe sehr viel Aufmerksamkeit für die Geschichte meiner Eltern und auch für meine eigene bekommen, sehr viel mehr Aufmerksamkeit und Empathie als ich je erwartet hatte. Aber davor hielt ich mich eher in einer Art Niemandsland auf. Nein, abgesehen von meinen privaten Freunden hat sich nie jemand für die Geschichte meiner Eltern interessiert und

auch nicht für die Folgen, die diese Geschichte für mich hatte. Ich habe lange Zeit ein Leben in völliger Isolation gelebt, gelähmt von einer Außenweltangst, die ich nur nach und nach mit meiner Vorgeschichte in Verbindung bringen konnte. Ich kenne auch ein paar andere Kinder von Zwangsarbeitern, die stark beschädigt sind von ihrer Vorgeschichte und diese Beschädigung wiederum an ihre Kinder weitergeben. Wenn Zwangsarbeiter noch so halbwegs als Opfer anerkannt werden, so gibt es meines Wissens so gut wie kein Bewusstsein für die Problematik ihrer Nachfahren.

Neben aller Tristesse und Gewalt verband Ihre Eltern die Schönheit ihrer Stimmen und ihres Gesangs. Sie sangen und summten allein oder gemeinsam mit Ihnen und Ihrer Schwester russische Lieder. Singen Sie heute noch?

Ja, ich singe wieder. Nachdem ich jahrzehntelang nicht gesungen habe. Als Kind habe ich nicht verstanden und auch darunter gelitten, dass in Deutschland nirgends gesungen wurde (es sei denn in der Schule, auf Veranstaltungen oder im Radio). Ich hatte das Singen schon fast vergessen, aber jetzt singe ich mit meinem Altersgefährten, der die russische Musik und auch die Volklieder und Romanzen sehr liebt und auswendig lernt. Für andere wäre es wahrscheinlich kein großes Vergnügen, uns und unseren verrosteten Stimmen zuzuhören, aber wir sind glücklich, wenn wir singen.

Was beschäftigt Sie aktuell? Woran schreiben Sie gerade?

Ich habe gerade einen Roman abgeschlossen, der »Nastjas Tränen« heißt und im August bei Rowohlt erscheinen wird (die Geschichte einer Ukrainerin im Deutschland der Nachwendezeit). Jetzt muss ich mich mit meinem Archiv beschäftigen. Beschriftetes Papier aus etwa 60 Jahren. Ich bräuchte eigentlich ein zweites Leben, um das alles zu sichten.

Natascha Wodin wurde 1945 als Kind sowjetischer Zwangsarbeiter*innen in Fürth/Bayern geboren. In den Büchern »Sie kam aus Mariupol«
und »Irgendwo in diesem Dunkel« setzt sie sich mit der Geschichte
ihrer Eltern auseinander. Sie ist unter anderem Trägerin des Preises der
Leipziger Buchmesse. Sie lebt als freie Schriftstellerin und Übersetzerin
in Berlin und Mecklenburg.

Jutta Weduwen ist seit 2012 ASF-Geschäftsführerin. Sie ist unter anderem Mitglied im Sprecher*innenrat der Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus (BAG K+R) und im Vorstand der Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF).

Das vollständige Interview können Sie auf unserer Webseite nachlesen:



Am 13. Oktober ab 18 Uhr liest Natascha Wodin im digitalen ASF-Salon aus ihrem Buch »Sie kam aus Mariupol«. Weitere Informationen unter www.asf-ev.de

»Ostarbeiter«

Im Erinnerungsschatten: Die Ausbeutung und Vernichtung von Zwangsarbeiter*innen aus der Sowjetunion

Ksenja Holzmann

Als der Krieg anfing, lebte Ljuba in der Ukraine, in der Region Wosnessensk. Kurz zuvor hatte sie die sechste Klasse beendet; da jede helfende Hand wichtig war, begann Ljuba nun gemeinsam mit ihren Eltern in der Kolchose (kollektiver Landwirtschaftsbetrieb) zu arbeiten.

Rund eineinhalb Monate nach dem Beginn des nationalsozialistischen Vernichtungskriegs gegen die Sowjetunion marschierten deutsche Soldaten am 7. August 1941 in Wosnessensk ein. Ihr Kampf um den »Lebensraum Ost« sah vor, dass die Menschen weiter in den Osten der Sowjetunion gedrängt oder vernichtet werden. Die Nationalsozialist*innen planten den Hungertod für 30 Millionen Menschen in den besetzten Ostgebieten.

Ljubas Vater trat in die Rote Armee ein. Ljuba, ihre Mutter und ihre vier Schwestern blieben bei Wosnessensk zurück. Die Nazis gründeten das Reichskommissariat Ukraine und das Reichskommissariat Ostland, wo sie ihre rassistische Besatzungspolitik mit Repressionen und Gewalt durchsetzten. Eine allgemeine Arbeitspflicht wurde eingeführt, zunächst mit einer Altersbeschränkung: Für Männer im Alter von 15 bis 65 Jahren und für Frauen zwischen 15 und 45 Jahren. Später wurde diese Beschränkung aufgehoben.

Die Abgaben von den Kolchosen an die Besatzungsmacht stiegen an. Die Lebensmittelrationen für die Bevölkerung wurden immer kleiner. Die fruchtbare Ukraine sollte zur »Kornkammer des Reiches« werden und die »arischen Herrenmenschen« ernähren. Die Menschen im Land gerieten in immer größere, wirtschaftliche Not und litten Hunger.

AMTLICHE BEKANNTMACHUNG!

Jugendliche der Jahrgänge 1922-25.

An dem ersten Transport der Arbeitsdienstpflichtigen in das deutsche Reich sollen auch die männlichen Jugendlichen beteiligt werden.

Es richten sich daher sämtliche männlichen und weiblichen Jugendlichen der obigen Jahrgänge, die nicht im Besitze eines vom Arbeitsamt ansgestellten Freistellungsausweises sind, ohne Rücksicht auf die z. Zt. noch von Ifinen ausgeübte Tätigkeit auf den nachstehenden Abreisetag ein.

ABREISETAG: Donnerstag, der 3. Juni 1943, 7.00 morgens.

SAMMELPUNKT: Vorplatz des Hauptbahnhofes Kiew.

Fur die Jugendlichen aus Darniza und Umgebung fährt um 6.30 Uhr ein Zubringerzug zum Hauptbahnhof Kiew.

Ich erwarte, daß alle in Betracht kommenden Jugendlichen ausnahmslos und punktlich zur Abreise erscheinen.

Kiew, den 31. Mai 1943 Der Stadtkommissar In Kiew

ОФІЦІЙНЕ ПОВІДОМЛЕННЯ У В А Г А

молодь років народження 1922-1925.

У першому транспорті трудозобов'язаних до Німецького Рейху повинні взяти участь також і хлопці.

Тому всі хлопці і дівчата вищенавелених років народження, що не мають виданого Біржею праці свідоцтва про звільнення, не званкаючи на роботу, яку вони зараз ще виконують, повинні приготуватися до наступного дня від таду.

ДЕНЬ ВІД'ЇЗДУ: четвер, 3 червня 1943 р., 7 год. ранку. МІСЦЕ ЗБОРУ: площа перед головним Київським вокзалом.

Для молоді в Дарниці та її околиць о 6 год. 30 хв. з Дарниці відходить спеціальний ної зд до головного Київського вокзалу.

Я чекаю, що вся зобов'язана до цього від'їзду молодь з'явиться для від'ї слу без винятків і точно,

Kuinchaus IIImaomas visup

Amtliche Bekanntmachung des Stadtkommissars Kiew.

Die »Ostarbeitererlasse« waren im Grunde Vogelfrei-Gesetze: Willkür und Misshandlungen waren an der Tagesordnung, auch Fälle der sogenannten »Vernichtung durch Arbeit« sind überliefert.

Zeitgleich propagierten die Nazis, dass Menschen aus der Sowjetunion sich freiwillig für den Arbeitseinsatz im Deutschen Reich melden sollten. Dort würden sie eine faire Arbeit und einen gerechten Lohn erhalten, solange sie für die Deutschen arbeiteten.

Bis Mitte Januar 1942 meldeten sich 55.000 Arbeiter*innen für den Arbeitseinsatz. Später kamen noch einige weitere zehntausend Ukrainer*innen dazu. Als die ersten Gerüchte und Briefe über die Arbeitssituation und die Lebensumstände die Heimat erreichten, war vielen klar, dass sie auf die Propaganda und die leeren Versprechungen der Nazis hereingefallen waren. Um die Kriegswirtschaft zu erhalten, setzten die Deutschen auf Ausbeutung und Zwangsarbeit. Längst verließen sie sich nicht nur auf Propaganda: Auch Zwangsrekrutierungen, Gewalt, Repressionen und willkürliche Razzien kamen massiv zum Einsatz. Ganz offen wurde von »Menschenjagd« oder »Sklavenjagd« gesprochen.

In dem Reichskommissariat Ukraine zogen die Nazis ab 1943 zusätzlich alle Menschen der Jahrgänge 1922 bis 1925 zu einem zweijährigen Pflichtarbeitsdienst im Deutschen Reich ein. Zahlreiche Plakate wurden im Auftrag des Kiewer Stadtkommissars in der ganzen Ukraine verteilt, darauf ließ er verlauten: »Ich erwarte, daß alle in Betracht kommenden Jugendlichen ausnahmslos und pünktlich zur Abreise erscheinen.«

Am 19. August 1943 wurde Ljuba ins Deutsche Reich gebracht, als eine von zahlreichen Jugendlichen aus der Sowjetunion, die zwischen 1942 und 1945 Zwangsarbeit leisteten. Ging die 17-Jährige mit der Hoffnung auf mehr? Aus Zwang? Oder um ihre Mutter und Schwestern finanziell zu unterstützen?

Auf dem Weg zu ihrem neuen Arbeitsund Lebensort gab es für die Zwangsarbeiter*innen aus der Sowjetunion drei ärztliche Untersuchungen, um die Gesundheit und körperliche Verfassung der neuen Arbeitskräfte zu prüfen. Ljuba schrieb in einer Postkarte an ihre Familie, die heute im Staatsarchiv der Oblast (Verwaltungsgebiet) Mykolajiw aufbewahrt wird: »Ich bin für gesund befunden worden. Darum wartet zu Hause nicht auf mich.«

»UNTERMENSCHEN«

In der rassistischen und menschenverachtenden Ideologie der Nazis galten die Menschen aus der Sowjetunion als »Untermenschen«, die nationalsozialistische Lebensraumpolitik sah ihre Umsiedlung beziehungsweise Vernichtung vor. Bedingt durch den Kriegsverlauf und den Arbeitsbedarf in der Rüstungsindustrie wurde zunehmend auf die Ausbeutung von sowjetischen Kriegsgefangenen und Zwangsarbeiter*innen zurückgegriffen. Mehrere Millionen starben in kürzester Zeit durch mangelhafte Ernährung, Misshandlungen, Strafen und willkürliche Gewalt.

»Ich bin am Leben und gesund«, schrieb Ljuba an ihre Familie. »Wir sind 15 Tage lang gefahren, und mir ging es sehr gut. Jetzt bin ich in Bremen, in einem Lager.« Zusammen mit ungefähr 700 anderen Frauen war sie im Lager Heidkamp untergebracht. Viele von ihnen kamen, so wie Ljuba, aus der Sowjetunion. Das Lager wurde eingerichtet und be-

trieben von der Organisation Todt (O. T.) – eine paramilitärische Bauorganisation und zuständig für viele kriegswichtige Bauprojekte. Es war das größte Zwangsarbeitslager in der Rüstungslandschaft in Bremen-Farge und Umgebung.

Im Sommer 1944, dem Höhepunkt des massiven Einsatzes von ausländischen Arbeitskräften im Deutschen Reich, wurden in der Rüstungsindustrie, der Kriegswirtschaft, in der Landwirtschaft und in deutschen Haushalten mehr als 13 Millionen Zwangsarbeiter*innen eingesetzt: zivile Zwangsarbeiter*innen, KZ-Häftlinge und Kriegsgefangene – darunter ungefähr 2,75 Millionen zivile Zwangsarbeiter*innen aus der Sowjetunion.

Wie die meisten Zwangsarbeiter*innen wusste auch Ljuba nicht, für welches Rüstungsprojekt sie arbeiten musste und welche Ziele die Nazis damit verfolgten. Die sogenannten »Ostarbeitererlasse« vom Februar 1942 bestimmten ihr Leben in einem Land, in dem sie nicht als Menschen wahrgenommen wurden. Die Regelungen für »Ostarbeiter« waren an anderen Erlassen für Zwangsarbeiter*innen orientiert und nochmal verschärft worden. So war es den sogenannten »Ostarbeitern« streng verboten, das Lager zu verlassen. Sie durften nur raus, um zu ihrem Arbeitsplatz zu gehen. Sie durften kein Geld, keine Wertgegenstände, keine Fahrkarte, kein Feuerzeug und kein Fahrrad erwerben oder besitzen. In den Lagern wurden Frauen getrennt von Männern untergebracht. Ihre Vorgesetzten durften sie züchtigen. Sie erhielten eine schlechtere Verpflegung und weniger Lohn als Deutsche. Jeglicher Kontakt zu Deutschen war verboten. Sex mit Deutschen

wurde sogar mit dem Tode bestraft. Wer diese Gesetze nicht einhielt, dem drohte die Einweisung in ein Konzentrations- oder Arbeitserziehungslager.

Aus der Interview-Sammlung des Projekts Zwangsarbeit 1939–1945 des Zwangsarbeit-Archivs (eine Kooperation der Stiftung »Erinnerung, Verantwortung und Zukunft« mit der Freien Universität Berlin und dem Deutschen Historischen Museum), die tausende Stunden Videound Audio-Interviews mit Zwangsarbeiter*-innen enthält, wird klar, dass die »Ostarbeitererlasse« im Grunde Vogelfrei-Gesetze gewesen sind: Willkür und Misshandlungen waren an der Tagesordnung, auch Fälle der sogenannten »Vernichtung durch Arbeit« sind überliefert.

»OST«

Zudem mussten Zwangsarbeiter*innen eine diskriminierende Kennzeichnung auf ihrer Brust tragen. Für die zivilen Zwangsarbeiter*innen aus der Sowjetunion war dies ein rechteckiger, blau-weißer Stoffstreifen, auf dem in Großbuchstaben »OST« stand. Unter keinen Umständen durften sie die Kennzeichnung ablegen. Auch Ljuba war eine solche »Ostarbeiterin« - ein nationalsozialistischer Begriff, der die Situation von fast drei Millionen zivilen Bürger*innen aus der Sowjetunion während des Zweiten Weltkriegs nur unzureichend umschreibt und harmlos wirkt. Dahinter steckte die unmenschliche, rassistische Behandlung und der Antislawismus der Nazis.

Von den Zwangsarbeiter*innen aus der Sowjetunion waren fast zwei Drittel Frauen. Der Generalbevollmächtigte für den Arbeitseinsatz Fritz Sauckel war ab März 1942 vor allem für die Organisation und Deportation aller ausländischen Arbeitskräfte für den



Zwangsarbeiterin im Lager Wernigerode um 1943.

NS-Staat verantwortlich. Er sagte: »Ich werde diese Russinnen zu Hunderten und Tausenden einsetzen. Sie werden für uns arbeiten. Sie halten zehn Stunden durch und machen jede Männerarbeit.«

Die Frauen mussten arbeiten bis zum Umfallen. Schwangerschaften waren nicht gewollt. Viele Frauen berichteten später von Zwangsabtreibungen oder auch davon, dass ihnen die Kinder nach der Geburt weggenommen worden waren. Viele Neugeborene kamen in die sogenannten »Ausländerkinder-Pflegestätten«. In diesen Einrichtungen starben mindestens 50.000 Kinder an den »geplanten Folgen organisierter Unterversorgung«. Kurz nach der Entbindung mussten die »Ostarbeiterinnen« sofort wieder arbeiten.

IM ERINNERUNGSSCHATTEN

Wie viele Zwangsarbeiter*innen aus der Sowjetunion in Deutschland ums Leben kamen – dazu gibt es keine belastbaren Zahlen. Ljuba hat überlebt. Im Sommer 1945 wollte sie in die Heimat zurück. Die Westalliierten übergaben die sowjetischen Bürger*innen aus ihren Besatzungszonen an den sowjetischen

Geheimdienst. Vermutlich wurde auch Ljuba daraufhin in ein sogenanntes Prüf- und Filtrationslager des NKWD (Innenministerium, in dessen Zuständigkeitsbereich auch die Geheimpolizei sowie die Straf- und Arbeitslager fielen) überstellt. In diesen Lagern mussten die ehemaligen Zwangsarbeiter*-innen lange, strenge Verhöre über sich ergehen lassen. Für alle registrierten sogenannten »Repatrianten« galt eine Schuldvermutung: Allen Zwangsarbeiter*innen wurde seitens der Sowjetunion Kollaboration und Spionage vorgeworfen.

Natürlich war es schwer, diese pauschalen Vorwürfe in den Verhören zu widerlegen. In den schlimmsten Fällen kamen die sogenannten »Repatrianten« erneut in ein Lager und zur Zwangsarbeit nach Sibirien. Auch für diese Opfergruppe gibt es keine belastbaren Zahlen. Bis zum Zerfall der Sowjetunion und sogar darüber hinaus wurden die ehemaligen Zwangsarbeiter*innen jedenfalls nicht als Opfer des NS-Regimes anerkannt. Sie wurden oft gedemütigt, ausgegrenzt, verfolgt und erhielten keine finanzielle Unterstützung. Deswegen schwiegen viele und sprachen niemals ein Wort über ihr Leid als Zwangsarbeiter*innen.

Allen Zwangsarbeiter*innen wurde seitens der Sowjetunion Kollaboration und Spionage vorgeworfen. In den schlimmsten Fällen kamen die sogenannten »Repatrianten« erneut in ein Lager und zur Zwangsarbeit nach Sibirien.

Auch in Deutschland waren »Ostarbeiter« sehr lange Zeit nicht als Opfer des NS-Regimes anerkannt. Sie gehörten zu den »vergessenen Opfern des Nationalsozialismus«. Noch 1997 erklärte Bundeskanzler Helmut Kohl individuelle Entschädigungszahlungen an Zwangsarbeiter*innen für ausgeschlossen. Erst nachdem die rot-grüne Regierung unter Gerhard Schröder den Weg für die Einrichtung der Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft (EVZ) ebnete, konnten am 30. Mai 2001 die Entschädigungszahlungen an Zwangsarbeiter*innen beginnen.

Über 30.000 Zwangsarbeitslager hat es in Deutschland gegeben. 76 Jahre nach Kriegsende sind einige davon Gedenkorte, die an sowjetische Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter*innen erinnern. Über die Opfergruppen wird in den vergangenen Jahren immer mehr geforscht, zahlreiche Publikationen werden veröffentlicht, auch zivilgesellschaftliche Initiativen beschäftigen sich zunehmend mit dem Thema. Nach wie vor ist das Thema »Zwangsarbeit« aber in den Medien und der politischen Öffentlichkeit unterrepräsentiert. Womöglich fehlt deshalb noch eine differenzierte Darstellung über die sowjetischen Zwangsarbeiter*innen. Eine zusätzliche Herausforderung für Historiker*innen ist, dass viele Zeitzeug*innen bereits verstorben sind. Natürlich versuchen sie einen Kontakt zu Nachfahren und Angehörigen aufzubauen oder zu intensivieren (wenn er bereits vorhanden ist). Es gibt jedenfalls zahlreiche Quellen, die noch nicht ausgewertet wurden und in Archiven lagern.

Ksenja Holzmann ist pädagogische Mitarbeiterin am Denkort Bunker Valentin. Sie beschäftigt sich vor allem mit der Vermittlungsarbeit zum Thema NS-Zwangsarbeit und Zweiter Weltkrieg sowie der wissenschaftlichen Recherche zu zivilen Zwangsarbeiter*innen.





Ihr ganzes Leben lang lebten Liudmyla und ihre Familie in einer Mazanka – einem traditionellen Haus, das aus Lehm gebaut wird. Es gab weder eine Toilette noch einen Fernseher oder ein Radio. Liudmyla hatte nur ein Bett und einen Tisch in ihrem Zimmer. Ohne richtigen Fußboden.

»Ich wurde während der Besatzung in einem Roma-Lager geboren. Deutsche Soldaten griffen unser Lager in der Nähe von Smila, Oblast (Verwaltungsgebiet) Tscherkassy, an. Sie fingen an zu schießen. Mein älterer Bruder nahm mich hoch und floh. Wir überlebten. Mein Bruder wurde Stallknecht. Ich arbeitete als Wahrsagerin im nahe gelegenen Einkaufszentrum Zolotonosha.«

Liudmylas Enkelkinder gehören zur ersten Generation in der Familie, die zur Schule geht. Urenkel wachsen heran. Wir sind voller Hoffnung.

Liudmyla Serdiuchenko 1943–2018, Stadt Zolotonosha, Verwaltungsgebiet Tscherkassy Genozid an den Rom*nja

Die Verfolgung sowjetischer Rom*nja 1941 bis 1944

Martin Holler

Der deutsche Überfall auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 war von Anfang an als Vernichtungskrieg angelegt, der sich in den ersten Kriegsmonaten noch weiter radikalisierte. Den vorrückenden Wehrmachtverbänden folgten vier mobile Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des Geheimdienstes der SS (SD), deren Aufgabe darin bestand, »feindliche« und »unerwünschte Elemente« auszuschalten. Hierzu wurden in den grundlegenden Befehlen des Reichssicherheitshauptamtes vor allem Kommunisten, politische Funktionäre und männliche Juden gezählt, während Rom*nja (Sint*ezze-Familien gab es im Untersuchungszeitraum nur wenige) noch keine Erwähnung fanden. Im Falle der jüdischen Bevölkerung weiteten sich die Vernichtungsmaßnahmen bereits im Spätsommer 1941 zu einem systematischen Völkermord aus, indem auch Frauen und Kinder einbezogen wurden, was die Auslöschung ganzer Gemeinden zur Folge hatte. 1942 folgte eine zweite und finale Vernichtungswelle.

Der Kampf gegen »den Juden« als »Weltfeind« und Träger des »Judäobolschewismus« war ein integraler Bestandteil des Vernichtungskrieges gegen die Sowjetunion. Im Falle der Rom*nja fehlte diese politisch-ideologische Ebene, weswegen sie auch in der Propaganda vor Ort so gut wie keine Erwähnung fanden. Die Verfolgung der Rom*nja wurde in den militärisch verwalteten Gebieten vielmehr als Sicherheitsmaßnahme legitimiert, wobei antiziganistische Zerrbilder von »umherziehenden Zigeunern« als Spion*innen und Partisan*innenunterstützer*innen sowie »Krankheitsüberträger« und »Arbeitsverweigerer« zum Tragen kamen.

Rom*nja waren neben der jüdischen Bevölkerung die einzige Minderheit, die unter ein diskriminierendes Sonderrecht gestellt wurde. Zwischen Oktober und November 1941 erließen die Befehlshaber der Heeresgruppen Nord und Mitte gleichlautende Regelungen über die Behandlung der Rom*nja: »Zigeuner«, die bereits zwei Jahre an ihrem Aufenthaltsort wohnten und als »politisch und kriminell unverdächtig« anzusehen seien, sollten lediglich überwacht werden, während »herumziehende Zigeuner«, die pauschal der Spionage und Partisanenunterstützung verdächtigt wurden, der Sicherheitspolizei [zur Erschießung] zuzuführen seien. Einzelne Kommandeure gingen in ihrem Zuständigkeitsbereich noch weiter. So befahl der Wehrmachtkommandant in Weißrussland, General Gustav Freiherr von Bechtolsheim, am 10. Oktober 1941: »Zigeuner sind beim Aufgreifen sofort an Ort und Stelle zu erschießen.« Es gibt allerdings bis Ende 1941 keine Belege dafür, dass Wehrmachtverbände derart radikale Weisungen tatsächlich umsetzten.

FRÜHE MASSENMORDE DER EINSATZGRUPPE D

Die Sicherheitspolizei führte im gleichen Zeitraum einzelne Rom*nja-Erschießungen durch, die jedoch noch keinen systematischen Charakter trugen. Die einzige Ausnahme bildete die von Otto Ohlendorf befehligte Einsatzgruppe D, die an der Schwarzmeerküste bereits im Herbst 1941 damit begann, Rom*nja massenhaft und unterschiedslos zu ermorden. So auch auf der Krim, wo die Mehr-

zahl der Rom*nja muslimischen Glaubens und tatarisch assimiliert war. Die systematische Vernichtung der jüdischen Bevölkerung und der Rom*nja verlief hier nahezu zeitgleich und ähnelte sich auch in den angewandten Methoden, wie etwa dem Aufruf, sich zur vermeintlichen »Umsiedlung« einzufinden. In Simferopol folgten über 800 Rom*nja dem Aufruf. Sie wurden mit Lastwagen aus der Stadt gefahren und in vorbereiteten Gruben erschossen. Muslimische Organisationen protestierten vergeblich gegen die Ermordung ihrer Glaubensgenoss*innen. Als Ohlendorf im April 1942 nach Berlin meldete, »Juden« und »Zigeuner« seien auf der Krim »nicht mehr vorhanden«, lag er jedoch falsch. Dank der Solidarität tatarischer Stadt- und Dorfverwalter, die zahlreiche Rom*nja als Tatar*innen registrierten, überlebte fast ein Drittel der Rom*nja-Bevölkerung auf der Halbinsel. Die Überlebenden gerieten nach der Befreiung allerdings in die stalinistischen Deportationen der krimtatarischen Bevölkerung nach Sibirien und Zentralasien.

DIE AUSWEITUNG ZUM VÖLKER-MORD IM JAHRE 1942

In den übrigen militärisch verwalteten Gebieten setzte die systematische Vernichtung der sowjetischen Rom*nja Anfang 1942 ein und erreichte im Frühjahr und Sommer ihren Höhepunkt. Unter dem Deckmantel der Partisan*innenbekämpfung verübten dabei auch Wehrmachtseinheiten Massenmorde an ganzen Rom*nja-Familien. Der Völkermord an den Rom*nja fiel in die zweite Welle der

Розпорядження

ВІДНОСНО МІСЦЯ МЕШКАННЯ ЦИГАН.

На території довіреної мені області я, на підставі наданої мені влади, НАКАЗУЮ:

8 1.

Циганам будуть предназначені для поселення і мешкання точно зазначені місця, які вони без дозволу влади покидати не мають права.

§ 2.

Для переселення циган у відведені їм місця мешкання, їм потрібно той же час після оголошення їм цього мого розпорядження з'явитись для обліну в найближчу поліційну установу.

§ 3.

Невиконання цього розпорядження буде суворо наратись;

Начальник Поліції Безпеки в м. Чернігові.

Чернігів, 10 червня 1942 р.

Распоряжение

ОТНОСИТЕЛЬНО МЕСТОЖИТЕЛЬСТВА ЦЫГАН.

В пределах вверенной мне области я, на основании предоставленной мне власти, приказываю:

8 1

Цыганам будут предназначены для поселения и жительства определенные места, которые они без разрешения властей покинуть не имеют права.

§ 2.

Для переселения цыган в отведенные им места жительства они должны тотчас-же по об'явлении: им настоящего моего распоряжения явиться для учета в блимайшие поляцейские учреждения.

§ 3.

Неисполнение cero распоряжения будет строго нараться.

Начальник Полиции Безопасности в г. Чернигове.

Чернигов, 10 июня 1942 г.

Червігів, друказня Міської Управи, т. 300.

Das Plakat auf Russisch und Ukrainisch diente der Täuschung der Opfer und bereitete die Vernichtung der Rom*nja-Bevölkerung der Stadt und Umgebung vor, die wenig später einsetzte. (Übersetzung des Textes: »Anordnung betreffend Wohnsitz von Zigeunern: Innerhalb des mir anvertrauten Landkreises und aufgrund der mir übertragenen Befugnisse ordne ich hiermit an: 1. Zigeunern werden bestimmte Siedlungs- und Wohnorte zugewiesen, die sie ohne behördliche Genehmigung nicht verlassen dürfen. 2. Für die Umsiedlung von Zigeunern an die ihnen zugewiesenen Wohnorte müssen sie sich unverzüglich nach Bekanntgabe meiner vorliegenden Anordnung persönlich bei den nächstgelegenen Polizeidienststellen melden 3. Die Nichteinhaltung dieser Anordnung wird schwer bestraft. Kommandeur der Sicherheitspolizei in der Stadt Tschernihiw. Tschernihiw, 10. Juni 1942«)

Vernichtung der jüdischen Bevölkerung. Im Gebiet Brjansk, südwestlich von Moskau, verübte die Einsatzgruppe B ab Februar 1942 mehrere Massenmorde, bei denen die jüdische Bevölkerung und Rom*nja zusammen erschossen und begraben wurden. Dass die angeordnete Verschonung ortsfest lebender Rom*nja in der Praxis längst hinfällig war, zeigt sich am deutlichsten im Gebiet Smolensk, wo es mehrere »nationale Zigeunerkolchosen« gab, die in den 1930er Jahren im Zuge der sowjetischen Nationalitätenpolitik gegründet worden waren. Die Kolchosmitglieder setzten sich meist nicht nur aus Rom*nja zusammen, sondern auch aus russischen und weißrussischen Familien. So auch im Dorf Aleksandrovka bei Smolensk, das Teil der Kolchose »Stalin-Verfassung« war, nahe der heutigen Grenze zu Belarus. Hier selektierte eine SS-Einheit im April 1942 die Rom*nja von den übrigen Bewohner*innen und erschoss sie in unmittelbarer Nähe. Kleinkinder und Säuglinge wurden lebendig begraben. 176 Männer, Frauen und Kinder wurden auf diese Weise ermordet. Ähnliches ereignete sich auch in benachbarten Kolchosen und Rom*nja-Siedlungen. Die Außerordentliche Staatskommission der Sowjetunion, welche die NS-Verbrechen nach der Befreiung untersuchte, bilanzierte für den Raum Smolensk: »Besondere rassische Gräueltaten wurden [von den Deutschen] an der jüdischen und zigeunerischen Bevölkerung verübt. Juden und Zigeuner wurden vollständig und überall vernichtet.«

Bis heute werden in der deutschen Gesellschaft die Verfolgung und Vernichtung von Rom*nja durch den NS-Vernichtungskrieg zu wenig wahrgenommen.

Martin Holler ist Historiker und Slavist. Seine Forschungsschwerpunkte liegen auf der Geschichte des Stalinismus und Nationalsozialismus. Er ist Autor zahlreicher Beiträge zur NS-Verfolgung der Rom*nja in Osteuropa.

In Russland gibt es kaum Spielraum für individuelles Gedenken

Der Sieg der Sowjetunion über den Faschismus wird als identitätsprägend und zentraler Stützpfeiler für den gesellschaftlichen Zusammenhalt inszeniert.

Ute Weinmann

Held*innen hat die russische Geschichte zuhauf hervorgebracht. Meist sind sie männlich und treten nicht nur in Gestalt von Skulpturen und Denkmälern auf, sondern gelegentlich sogar auf Bahnsteige zierenden Plakaten. Das Wirken mancher von ihnen liegt Jahrhunderte zurück, eines der generationenübergreifend prägendsten Ereignisse ist und bleibt jedoch der Zweite Weltkrieg. Weil aber auch hier die Siegerrolle im Fokus staatlicher Erinnerungspolitik steht und der Sieg der Sowjetunion über den Faschismus als identitätsprägend und zentraler Stützpfeiler für den gesellschaftlichen Zusammenhalt inszeniert wird, bleibt die Opferperspektive ein Randphänomen.

Generell existiert im öffentlichen Raum wenig Spielraum für individuelles Gedenken. Wer die offizielle Geschichtsinterpretation anzweifelt oder eine differenziertere Wahrnehmung zur Schau stellt – und sei es nur durch einen Repost, das heißt, durch das Teilen und erneute Veröffentlichen von Inhalten in sozialen Netzwerken zu weiteren Verbreitung – outet sich durch mangelnde Loyalität und gerät zunehmend unter Generalverdacht. Denn wer die Staatsführung für ihr Handeln in der Vergangenheit angreift, richtet seine Kritik gewollt oder ungewollt gegen das Wertesystem der heutigen Regierung. Diese Tendenz zeichnet sich schon länger ab, hat sich in den vergangenen Monaten jedoch deutlich verschärft und beschleunigt. Jede Form des Protestes ist suspekt, weshalb der Staat nicht nur den Handlungsradius nichtstaatlicher Organisationen einschränkt, sondern als Kontrollinstanz auch über historische Dispute wacht.

So wurde Anfang Mai eine Gesetzesinitiative im Parlament zur Diskussion gestellt, die bereits einen Monat später die Abstimmung in dritter Lesung passierte. Das neue Gesetz verbietet die öffentliche – also auch im Internet – Anzweiflung der maßgeblichen Rolle des sowjetischen Volkes bei der Zerschlagung des NS-Regimes und der humanitären Mission der Sowjetunion bei der Befreiung Europas. Sinn und Zweck dieser neuen Regelung besteht nach offizieller Lesart darin, das Andenken an die Verteidiger*innen des Vaterlandes zu bewahren und die historische Wahrheit zu schützen.

Bleibt man der eingangs beschriebenen Logik der Siegerperspektive verhaftet, erscheint es nur konsequent, dass der Staat privaten Erinnerungsinitiativen große Aufmerksamkeit schenkt und sie in den offiziellen Veranstaltungskalender integriert. Staatliche Vereinnahmung funktioniert allerdings nur dann, wenn keine eklatanten Widersprüche zur vorherrschenden Geschichtsauslegung zutage treten. Dies trifft nicht allein auf die 2012 entstandene Basisinitiative Unsterbliches Regiment zu, bei der die nachfolgenden Generationen am 9. Mai mit Portraits ihrer im »Großen Vaterländischen Krieg« kämpfenden Angehörigen auf die Straße gehen. Selbst hinsichtlich der Erinnerung an den Gulag – dem stalinistischen System aus Strafund Arbeitslagern, in dem Millionen Menschen Zwangsarbeit leisten mussten – wenn beispielsweise Ende Oktober Namen von Opfern der stalinschen Repressionen verlesen werden, übernehmen inzwischen lokale Behörden stellenweise die Regie.



Am 9. Mai 2020 demonstriert während der Corona-Beschränkungen ein Anhänger der Aktionsform »Unsterbliches Regiment« mit dem Porträt eines Angehörigen, der im »Großen Vaterländischen Krieg« gekämpft hatte.

Dem Gedenken an jüdische Opfer während der deutschen Besatzung sind indes Grenzen gesetzt. In den vergangenen Jahren wurden vielerorts auf Treiben engagierter Menschen, wie des passionierten Lokalhistorikers Anatolij Karnauch aus dem Gebiet Stawropol, Gedenksteine aufgestellt. Tatsächlich hat sich der Staat in den vergangenen Jahren dem Thema Holocaust (der Begriff Shoah ist in Russland nicht gebräuchlich) gestellt, nun aber hält ein altes Geschichts-

narrativ wieder Einzug: das Narrativ von Verbrechen gegen friedliche Sowjetbürger*innen, das für die spezifische Ermordung der jüdischen Bevölkerung oder auch Rom*nja keinen Platz mehr bietet.

Ute Weinmann hat Politikwissenschaften studiert und ist seit 1999 Landesbeauftragte von ASF in Moskau.

»Ich erinnere mich daran, dass die Deutschen mich abholten und in ein Lager nach Lwiw brachten. Dann weiter in ein deutsches Lager, wo die Leute sortiert wurden. Ein Dolmetscher fragte: ›Was kannst du?‹ ›Nun‹, sagte ich, ›ich melke Kühe ...‹

Also habe ich die Kühe gemolken und auf dem Feld gearbeitet. Ich weiß nicht mehr, an welchem Ort ich war. Die Siedlung lag irgendwo zwischen einem Dorf und einer Stadt. Der Bauer gab die Milch an eine staatliche Stelle ab. Fünf von uns waren aus dem Ausland: aus Frankreich, Italien und wir, die ukrainischen Mädchen. Wir wurden nicht verletzt, nein. Ich habe nichts zu meckern.

Warten Sie einen Moment, ich mache mich zurecht und ziehe meinen Schal an.«

Olena Ivani

geboren 1924, Dorf Wolosianka, Verwaltungsgebiet Lwiw Zwangsarbeiterin in der deutschen Landwirtschaft





Zurik oder es gibt eine Menge Zorres

Jiddisches Erbe in der Ukraine

Tanja Maljartschuk

ch führe seit Kurzem ein Wörterbuch der Toten. Die Toten sprechen mit mir durch meine Eltern, was meine Eltern nicht sonderlich begeistert. Sie ärgern sich sogar und versuchen, ihrer spirituellen Rolle zu entkommen. Am liebsten würden sie sagen: »Wir erinnern uns an nichts, es war nichts«, und es stimmt natürlich, aber nur zum Teil. Sie selbst möchten sich an gar nichts erinnern – schließlich waren sie nicht auf der Welt, als das geschah, woran man sich erinnern könnte –, aber ihre Sprache verfügt über ein eigenes Gedächtnis. Ihre Sprache erinnert sich an alles. Geister schleichen durch die Tore der Wörter aus der Vergangenheit hierher, und ich fange diese Wörter alle ab und liste sie auf. Keine Ahnung, wozu.

»Was für ein Zores mit dem Fledermausvirus«, sagt meine Mutter im März 2020, und ich frage, was sie mit ›Zores‹ meint. Irritiert stottert die Mutter, sie wisse es nicht genau. »Kennst du das Wort etwa selbst nicht?!« Ein andermal erzählt sie, dass ihr Vater immer nach Hause gefunden habe, egal, wie betrunken, weil seine Pferde außergewöhnlich kluge Tiere gewesen seien. Der Mann habe sich einfach auf seine Kutsche gelegt, den Pferden »Zurik!« befohlen, und die Pferde hätten die Kutsche ohne Führung brav nach Hause gezogen. »Zurik! Zurik!«, wiederholt Mutter voller Freude und auch ein bisschen wehmütig, weil ihr Vater schon lange tot ist.

Ich frage, was dieses mysteriöse, sich in keinem ukrainischen Wörterbuch befindende Wort bedeuten solle. Sie sagt, so hätte man in ihrem Dorf halt geredet.

Erst nachdem ich begonnen hatte, die deutsche Sprache zu lernen, vor zehn Jahren ungefähr, begann ich auch langsam, etwas zu ahnen. Jedes Mal, wenn ich ein deutsches Wort wiedererkannt habe, weil meine Eltern es in einer abgewandelten Form immer schon be-

nutzten, machte ich mich darüber lustig, sie würden wohl Deutsch sprechen mit der Überzeugung, es sei Ukrainisch. »Du bist der Letztyj«, würden sie sagen, um jemanden zu beleidigen, was offensichtlich dem deutschen Wort ›Letzte‹ ähnelt. Eine exzentrische Frau bezeichnen sie immer als ›mischigena‹. Dieses Adjektiv enträtselte ich schnell, vielleicht weil ich selbst ein bisschen ›meschugge‹ bin. Und kommt ›zurik‹ etwa nicht von ›zurück‹? Mama, Papa, wer brachte euch dieses Vokabular nur bei?

Das ostgalizische Dorf, aus dem sie stammen und aus dem sie Ende der 1970er Jahre Hals über Kopf in die Stadt geflohen sind, schien mir immer besonders trist zu sein. Es lag volle drei Stunden Zugfahrt sowohl von Iwano-Frankiwsk als auch von Tscherniwzi (in der K.-u.-k.-Monarchie: Stanislau und Czernowitz) entfernt. Im Nirgendwo. Und nichts war hier interessant, weder die langweiligen Hügelchen noch die veralteten Bücher in der modrigen Bücherei. Das einzige Lebensmittelgeschäft befand sich in einem hässlichen Betongebäude, einem Mausoleum ähnlich. Es gab noch eine Apotheke, eine Poststelle, ein Krankenhaus, eine Schule. Auf den Bänken entlang der kurvigen Hauptstraße hielten schwätzende Großväterchen die allgemeine Ordnung aufrecht. Sie erzählten Witze über Gorbatschow und beschimpften Kinder, die, an der Kirche vorbeigehend, vergessen hatten, sich zu bekreuzigen.

Ich verbrachte viel Zeit auf diesen Bänken, weil meine Eltern mich jeden Sommer herzlos bei ihren Eltern deponierten. Danach fuhren sie mit dem neuen Auto in die Stadt zurück. In ihre geschichtslose, proletarische Zukunft, die allerdings von Kolchosenarbeit und Plumpsklo befreit war. Und ich, die Fünfjährige, zum Naturgenuss und Milchtrinken verurteilt, lief dem Auto weinend hinterher. Sie flohen aus dieser Welt und ließen mich als Tribut zurück.



Die hölzerne Synagoge in Gwoździec um 1940.

ch sah mich um und konnte nichts sehen, keine Spur. Ein rot bemalter Traktor vor dem Eingang einer sowjetischen landwirtschaftlichen Einrichtung zog meine volle Aufmerksamkeit auf sich. Im sogenannten Zentrum des Dorfes ragte das Denkmal eines unbekannten Soldaten empor, ein paar Trauerweiden flatterten über dem ewigen Feuer. Der Zweite Weltkrieg, hier ausschließlich »der Große Vaterländische« genannt, stellte für alles einen Ausgangspunkt dar. Davor gab es kein Leben und keine Geschichte. Ein heruntergekommenes katholisches Kloster pflegte niemand, niemand beweinte ein paar geplünderte Gräber am Rand des Friedhofs. Im Dorf lebte zu dieser Zeit kein einziger Pole oder sonst ein Fremder.

Noch wusste ich nicht, dass man auf diesem verwüsteten Stück Erde die Landschaften nicht mit Augen betrachten sollte, sondern mit den Ohren. Obwohl keiner etwas sagt, sollte man hier zuhören, um die Wahrheit zu erkennen.

Stellen Sie sich einen Kreis mit dem Dorf meiner Eltern in der Mitte vor. Ein paar geschichtlich bekanntere Ortschaften formen die äußere Linie: Kolomyja, Horodenka, Sabolotiw, Obertyn. Einst waren diese kleinen Städte fast zur Hälfte jüdisch, die Ukrainer und Polen bildeten die Minderheit. Es gibt Bücher darüber. Aus Horodenka stammt eine Legende des chassidischen Rabbiners Nachman. Um sich von den unreinen Gedanken zu befreien, saß Nach-

man von Horodenka auch im Winter in einer Mikwe mit eiskaltem Wasser. Egal, wie schlimm die Lage gerade war, pflegte er zu sagen: »Zum Besseren!« Er lebte im 18. Jahrhundert. Und im 20. Jahrhundert errichteten die Nazis in Kolomyja eines der größten Ghettos der Region. Zwanzigtausend Juden wurden hier untergebracht und Monate später wurden alle erschossen oder in das Todeslager Bełżec deportiert. Auf den Feldern rund um Obertyn konnte man noch lange nach dem Krieg Grabsteine des zerstörten jüdischen Friedhofs finden. Doch es suchte keiner.

Und in Sabolotiw fand wöchentlich ein allerorts berühmter Markt statt. Meine Großeltern fuhren regelmäßig hin, um ihre Weizenvorräte aufzustocken, und kauften einmal im Jahr auch zwei Ferkel, die sie dann großzügig fütterten und zu Ostern in schmackhafte Würste verzauberten. Ich war immer bei der Schlachtung dabei, ich hatte keinerlei Angst vor dem Blechzuber voller Eingeweide und Blut. Danach versuchte ich einen Teich in unserem Gemüsegarten anzulegen, weil ich mich dazu entschied, Fische zu züchten, und als mein Großvater die Ausgrabung entdeckte, drohte er mir mit einer Mistgabel und rief aufgebracht, dass ich kein liebes Kind sei, sondern ein Bachurk. Dies war eine gängige Bezeichnung für einen aufsässigen Jungen.

Erst vor einem Jahr begegnete ich dem Wort wieder, als ich das Jüdische Museum in Wien besuchte. Auf einem Infoschild zur jüdischen traditionellen Ausbildungskultur erfuhr ich, dass der einfache Schüler im Hebräischen Bachurk heißt. Ich brach im Museum zusammen und weinte lange, was niemanden um mich herum wunderte, als gehörte es hier zur Routine. Dann lieh ich mir ein Jiddisches Wörterbuch in der Stadtbücherei aus und las es Wort für Wort, Wort für Wort, wie eine geheime Offenbarung. Zoresk kommt also von der Zorek, was Unglückk bedeutet. Und Zymesk kommt von Zimeßk,

>Süßgemüsegericht«. Und so weiter und so fort. Erstaunlicherweise fand ich jede Menge ukrainischer Wörter darin, die, so meine ich, in keiner anderen slawischen Sprache vorkommen, zum Beispiel >Zuzik« (>Welpe«) oder >Zwit« (>Baumblüte«).

Es war so, als hätten die vergessenen Toten mir durch die Jahrzehnte zugewunken, dem zum Naturgenuss und Milchtrinken verurteilten Mädchen ein Zeichen gegeben, dass es sie doch gibt, und zwar in unmittelbarer Nähe. Als ihre Welt vollkommen vernichtet wurde, konnte sich nur ihre Sprache retten. Sie hat sich in der Sprache der Übergebliebenen versteckt.

Nach einer kurzen Recherche stellte sich heraus, dass zwei Drittel aller Bewohner im Dorf meiner Eltern Juden waren. Ein richtiges Schtetl, mehr als Kolomyja, mehr als Obertyn. Sechshundert jüdische Häuser wurden verbrannt, das ganze Zentrum, darunter auch eine hölzerne Synagoge aus dem 17. Jahrhundert. Auf einem erhaltenen Foto kann man ihr wunderschön bemaltes Gewölbe sehen.

Ich zeige das Foto meinen Eltern und sie schweigen fassungslos. An der Stelle, wo die Synagoge gestanden hat, sind sie auf dem Weg zur Schule ungezählte Male vorbeigegangen. »Was willst du von uns?«, fragen sie schließlich. Was ich will, weiß ich selbst noch nicht.

»Ihr sollt sprechen«, sage ich. Sprecht, ich schreibe es auf.

Tanja Maljartschuk wurde 1983 in der West-Ukraine geboren und lebt seit 2011 als Schriftstellerin in Österreich, 2018 erhielt sie den Ingeborg-Bachmann-Preis. Ihre jüngste Veröffentlichung in deutscher Sprache ist der Roman »Blauwal der Erinnerung«, erschienen bei Kiepenheuer & Witsch, 2019.

Jüdische Zuwanderung aus dem postsowjetischen Raum: Ende gut, alles gut?

Hans Misselwitz

Der 1990 beschlossenen Öffnung unseres Landes für jüdische Zuwander*innen verdanken wir heute lebendiges jüdisches Leben in Deutschland. Als dieser Tage im Beisein von Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble »30 Jahre jüdische Zuwanderung« gefeiert wurden, unterlief dem gastgebenden Antisemitismusbeauftragen in der Einladung ein kleiner Fehler. Die Zuwanderung begann 1990, also vor 31 Jahren. Ein Flüchtigkeitsfehler? Jedenfalls wird so der historische Anlass vergessen, bestenfalls zur Vorgeschichte.

Nach der offiziellen Lesart fängt die jüdische Zuwanderung 1991 an. Ein Beispiel dafür findet man in dem Aufsatz »Flucht und Asyl seit 1990« von Klaus Bade und Jochen Oltner: »Die Aufnahme russischer Juden als Kontingentflüchtlinge [...] begann in der Zeit der Agonie der DDR [...]. In dieser postrevolutionären Zwischenzeit [...] erklärten sich 1990 die von der antizionistischen SED-Doktrin abgerückten Fraktionen der DDR-Volkskammer in einer gemeinsamen Erklärung bereit, »verfolgten Juden in der DDR Asyl zu gewähren«, was der DDR-Ministerrat im Juli 1990 bestätigte.«

Streng genommen stimmt daran eigentlich fast alles nicht: Die DDR hat 1990 nicht »russische Juden« aufgenommen. Es waren sowjetische, also auch ukrainische, belarussische und andere. Von »Kontingentflüchtlingen« war erst 1991 im vereinten Deutschland die Rede. Die Einordnung der Entscheidung von 1990 ist auch bemerkenswert. Wer sagt, sie sei in einer »Zeit der Agonie der DDR« erfolgt, also ein letzter Akt des untergehenden Staates, will sagen: Das hatte keine Zukunft. Wer 1990 als eine Zeit erlebt hat, in der etwas Neues begann, sieht es anders. Für die frei gewählten Abgeordneten der Volkskammer war es im Hinblick auf die deutsche Einheit an der Zeit, eine Erklärung über die »Verantwortung der Deutschen in der DDR für ihre Geschichte und ihre Zukunft« abzugeben. Sie richtete sich zuerst an die jüdische Bevölkerung in aller Welt. Sie bekannte sich zur Mitverantwortung für den Holocaust. Und sie gab eine konkrete Antwort auf den damals wiederauflebenden Antisemitismus: die unbeschränkte Aufnahme für »verfolgte Juden«.

Dieser vermeintlich letzte Akt der »postrevolutionären Zwischenzeit« wurde vom DDR-Ministerrat nicht »bestätigt«, sondern umgesetzt. Von April bis Oktober 1990 meldeten sich circa 8.500 jüdische Einwander*innen in der DDR. Die von der DDR praktizierte Regelung wurde von der Bundesregierung aber nicht anerkannt. Sie forderte deren Rücknahme, auch unter Hinweis auf Einsprüche Israels, das sich als Heimstatt für alle jüdischen Menschen versteht. Im Einigungsvertrag wurde trotz Forderungen aus der Volkskammer keine Anschlussregelung getroffen. Da die Bundesrepublik damals kein Einwanderungsrecht kannte – außer für Deutschstämmige – gab es bis April 1991 keine gesicherte Rechtslage. Um Abschiebungen zu vermeiden, wurden vierteljährlich die Bleibefristen verlängert. Mit dem Einsatz von Heinz Galinski, dem damaligen Vorsitzenden des Zentralrats der Juden, gelang es, eine Rechtsgrundlage zu konstruieren. Die hieß »Kontingentflüchtlinge«. Das sind Flüchtlinge, die in festgelegter Anzahl (Kontingent) einwandern dürfen. 1985 wurde sie für 30.000 vietnamesische Bootsflüchtlinge in der Bundesrepublik erfunden.

Wir freuen uns jetzt über mindestens 200.000 jüdische Zuwander*innen. Ende gut. Alles gut? Von dem Sinn des Versprechens, das die Volkskammer 1990 gab, ist wenig übrig. Die aus historischer Verantwortung gegebene Zusage, jüdischen Menschen künftig in Deutschland Schutz zu gewähren, wenn sie ihn bei uns suchen, fällt einem bei dem Wort »Kontingentflüchtlinge« nicht ein. Das klingt immer auch nach Obergrenze.

Dr. Hans-Jürgen Misselwitz, Theologe und Biologe, war 1990 Mitglied der Volkskammer und Parlamentarischer Staatssekretär im Außenministerium der DDR. Von 1991 bis 1999 leitete er die Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung und war anschließend bis 2015 im SPD-Parteivorstand, unter anderem als Sekretär der Grundwertekommission der SPD, der er bis heute angehört.

Vom Helden zum Feind

Der Lebensweg des jiddischsprachigen Schriftstellers Itsik Fefer

Jakob Stürmann

איך בין אַ ייִד בין אַ ייִד

איך בין אַ ייִד, וואָס האָט געטרונקען פֿון סטאַלינישן כום פֿון גליק, ווער ס'וויל, אז מאָסקווע זאָל פֿאַרזינקען, די ערד פֿאַרקערעווען צוריק, דעם זאָג איך: לא! דעם שרייַי איך: נידער! כ'גייִ מיט די מיִזרח־פֿעלקער מיט, די סלאַוון זײַנען מײַנע ברידער,-

[...]

כ'בין ניט אַלײן! עס װאַקסט מײַן גבֿירה,
די שלאַכט איז הײַנט מײַן ערלעך ברױט,
איך לױב דעם פֿלאַם, איך הײב דעם שטױעם,
װאָס טראָגט די ברױנע פֿײַנט אַ טױט,
מײַן קראַפֿט איז מער ניט הינטערשטעליק,
עס שרײַט פֿון דר'ערד אַדױס און בריט
דאָס בלוט פּאַפּערניקס און גאָרעליקס:
איך בין אַ ייִד!

און אויף צעפּיקוניש די שׁונאים, וואָס גרייִטן קבֿרים שוין פֿאַר מיר, וועל איך אונטער די רויטע פֿאָנען נאָך האָבן נחת אָן אַ שיעור. כ'וועל מײַנע װײַנגערטנער פֿאַרפֿלאַנצן און פֿון מײַן גורל זײַן דער שמיד, כ'וועל נאָך אָױף היטלערס קבֿר טאַנצן! איך בין אַ ייִד! Ich bin ein Jude, der getrunken Aus Stalins edlem Kelch von Glück. Wer Moskau tot wünscht und versunken Wer unsre Welt will drehn zurück, Dem sag ich: Halt! Den schrei ich nieder. Ich folg den Ostvölkern im Schritt. Die Slawen sind ja meine Brüder – Ich bin a jid!

[...]

Die Kräfte wachsen uns zusammen,
Die Schlacht ist heut mein tägliches Brot.
Ich preis den Sturm! Ich lob die Flammen!
Der braunen Pest wünsch ich den Tod!
Ich wag mein Leben. Dumpf und kehlig
Schreit aus dem Erdreich unterm Tritt
Das Blut von Papernik, Gorelik:
Ich bin a jid!

Ich will die Feindesschar verstreuen, Die mir schon grub ein Gräberfeld. Mich unter roten Fahnen freuen Des Lebens einer neuen Welt, Will meine Weingärten bepflanzen Und selbst sein meines Glückes Schmied. Ich werd auf Hitlers Grab noch tanzen! Ich bin a jid!

Quelle: Arno Lustiger – Rotbuch: Stalin und die Juden. Die tragische Geschichte des Jüdischen Antifaschistischen Komitees und der sowjetischen Juden. Aufbau Taschenbuch Verlag 2002, S. 396f.

1944 veröffentlichte der sowjetische Schriftsteller Itsik Fefer das jiddischsprachige Gedicht »Ich bin a jid«. In 14 Strophen beschreibt er darin sein eigenes Selbstverständnis, ein Jude und zugleich ein Sowjetbürger zu sein. Ein Bekenntnis, das für die damalige Zeit durchaus bemerkenswert war, denn öffentlich so ausdrucksvoll zur eigenen Jüdischkeit zu stehen, war in der Sowjetunion lange Zeit nicht möglich. Erst im Schatten des Holocausts wurde dies für kurze Zeit von der Staatsführung geduldet. Fefer war beim Verfassen des Gedichts sicher nicht bewusst, dass dieses Bekenntnis wenige Jahre nach Kriegsende zur Grundlage staatlicher Verfolgung werden sollte.

Der Schriftsteller und überzeugte Kommunist Fefer war 1900 im sogenannten jüdischen Ansiedlungsrayon im Westen des Zarenreiches geboren. Schon in seiner Jugend begann er in einer Druckerei zu arbeiten und schloss sich dort der im Land erstarkten jüdischen Arbeiter*innenbewegung an. Nach kurzer Zeit wechselte er zu den Bolschewiki und kämpfte als Rotarmist im russischen Bürgerkrieg. Zu dieser Zeit begann auch seine Karriere als jiddischsprachiger Schriftsteller. Fefer wurde in den 1920er Jahren zu einem angesehenen sowjetischen Schriftsteller. Für den »neuen sowjetischen Menschen« im Stil des sozialistischen Realismus schreibend, verstand er dabei seinen Stift als eine scharfe Waffe und er schreckte nicht davor zurück, in seinen Werken echte und vermeintliche Feinde der Sowjetunion anzugreifen.



Itsik Fefer (I.) und Schauspieler Solomon Michoels treffen im Juli 1943 während einer USA-Reise Albert Finstein

Der deutsche Überfall auf die Sowjetunion veränderte Fefers Leben grundlegend. Er besuchte die Front, verfasste zahlreiche Artikel über das Kriegsgeschehen und wurde wenige Monate später Präsidiumsmitglied des Jüdischen Antifaschistischen Komitees (JAK). Zwar war es Fefer unmöglich, das ganze Ausmaß des Holocaust während des Krieges zu überblicken, als Mitglied des JAK erreichten ihn aber frühzeitig Berichte über Vernichtungsaktionen an der jüdischen Bevölkerung. Als die Rote Armee ab 1943 nach und nach Gebiete zurückgewann, wurde das Ausmaß des Terrors durch die deutschen Besatzer*innen immer sichtbarer.

Das Gedicht »Ich bin a jid« zeigt beispielhaft, dass die Erfahrungen über Krieg und Holocaust zu einer Rückbesinnung auf die eigene jüdische Herkunft sowie zu einer noch engeren Bindung zur Sowjetunion führten. In den Gedichtstrophen wird sowohl die politische Führung der Sowjetunion als auch die Rote Armee gewürdigt. Letztere sah nicht nur Fefer als wichtigste Front gegen den Nationalsozialismus. Er hebt im Gedicht anhand des Soldaten Lasar Papernik und des Offiziers Solomon Gorelik hervor, dass Juden ein selbstverständlicher Teil dieser Armee gewesen sind. Diese explizite Herausstellung und Heroisierung jüdischer Kriegsbeteiligung widersprach dem Verständnis einer kollektiven sowjetischen Zugehörigkeit, sie wurde zu Kriegszeiten aber von staatlicher Seite geduldet und in Teilen sogar unterstützt. Gegen den deutschen Feind mussten alle Kräfte gebündelt werden, was auch dazu führte, bisher nicht gewährte Freiheiten zuzulassen.

Nach dem Krieg hofften die sowjetischen Jüdinnen und Juden, die den Holocaust überlebt hatten, auf den Fortbestand eines jüdischen Komitees im Land. Dass die Gründung des JAK für die Mehrheit im Politbüro und besonders für Stalin aber nur ein Mittel zum Zweck gewesen war, wurde relativ schnell ersichtlich. Im beginnenden Kalten Krieg wurde der Feind neu bestimmt und das Komitee verlor seine Relevanz. 1948 wurde es aufgelöst und die von ihm herausgegebene jiddischsprachige Zeitung verboten. Anschließend wurden mehr als ein Dutzend hochrangige Mitglieder verhaftet. Die Kontaktaufnahme zu jüdischen Organisationen im Ausland und die Artikulation des eigenen

jüdisch-sowjetischen Selbstverständnisses wurde den Angeklagten nun in einem Geheimprozess vorgeworfen und zu einem gefährlichen »Kosmopolitismus« und »jüdischen Nationalismus« uminterpretiert. Selbst ein überzeugter Kommunist wie Fefer, der sogar als Spitzel für den Geheimdienst gearbeitet hatte, konnte sich dieser Anklage und seiner späteren Ermordung nicht entziehen.

Fefers Gedicht von 1944 ist ein Beispiel der bis in die 1940er Jahre bestehenden vielfältigen jiddischsprachigen sowjetischen Literatur. In ihm sind die spezifischen Kriegserfahrungen und Empfindungen des Schriftstellers in bemerkenswert schlichter Weise wiedergegeben. Mehrere von Fefers Verwandten wurden, wie er sich ausdrückt, von der »braunen Pest« ermordet, einige von ihnen lagen auf dem »Gräberfeld« von Babyn Jar. Beim Verfassen des Gedichts war das Kriegsende absehbar und er schien sich darauf zu freuen, in naher Zukunft »unter roten Fahnen« den Sieg über Deutschland zu feiern, »Weingärten zu pflanzen« und selbst zu »[s]eines Glückes Schmied« zu werden. Für Fefer war die Sowjetunion der Garant seines Überlebens im Zweiten Weltkrieg und dennoch sollten seine Träume nicht in Erfüllung gehen. Erst sehr spät begriff Fefer, dass in »Stalins edlem Kelch von Glück« nach Kriegsende einem jiddischsprachigen Schriftsteller sinnbildlich Gift verabreicht wurde. In nur wenigen Jahren hatte sich die Sowjetunion von einer Retterin zu einer Mörderin gewandelt. Zusammen mit mehr als einem Dutzend weiterer jiddischsprachiger Sowjetbürger*innen wurde Fefer zum Tode verurteilt. Das Urteil wurde am 12. August 1952 vollstreckt. Da unter den Ermordeten mit Perets Markish, Dovid Hofshteyn, Leyb Kvitko und Dovid Bergelson vier weitere berühmte jiddischsprachige Schriftsteller waren, wird an dieses spätstalinistische antisemitische Verbrechen als »Nacht der ermordeten Dichter« gedacht.

Jakob Stürmann ist wissenschaftlicher
Mitarbeiter am Leibniz-Institut für jüdische
Geschichte und Kultur – Simon Dubnow.
2020 schloss er seine Promotion im Fachbereich Geschichte ab. Von 2004 bis 2006 war
er ASF-Freiwilliger in der Ukraine, seit 2016 ist
er Mitglied im ASF-Vorstand und dort
seit 2020 stellvertretender Vorsitzender.

»Ich renne in die Küche: heilige Mutter Christi, unser Haus ist voller Menschen! Zehn Juden fielen auf die Knie und küssten die Füße meines Vaters: ›Helft uns, sonst erschießen sie uns morgen!‹ Zu diesem Zeitpunkt hatten wir schon sechs Juden versteckt. Meine Oma rang die Hände, meine Mutter weinte: ›Onyfrych, um Himmels willen, was machst du da? Du hast doch selbst zwei Kinder.‹ Papa stand auf, dachte eine Weile nach und sagte dann: ›Sind das etwa keine Menschen? Bleibt hier.‹«

Neuneinhalb Monate lang versteckte Saliks Familie 16 Juden in ihrem Haus. Ganz in der Nähe wurden Zwangsarbeiter nach Deutschland deportiert. Alle Juden überlebten.

»Ich bin erstaunt über meinen Vater. Ich bewundere ihn und ich bin stolz auf ihn.«

Iryna Maksymova (Salik)
1932–2020, Ternopil

Gerechte unter den Völkern

Anfang 2020 wurden 2.634 Ukrainer als »Gerechte unter den Völkern« geehrt.



Mehr als eine Entschuldigung, weniger als eine Entschädigung

Die späte Auseinandersetzung mit Zwangsarbeiter*innen in Deutschland

Der ehemalige ASF-Freiwillige Simon Muschick im Gespräch mit Ralf Possekel von der Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft

Lange bevor es in Deutschland eine breitere Auseinandersetzung mit Zwangsarbeiter*innen gab, setzte sich ASF für diese Opfergruppe ein. Schon seit den 1960er Jahren bemühte ASF sich um eine Sichtbarmachung und Entschädigung dieser oft vergessenen Verfolgten. Freiwillige begleiten vor allem in Mittel- und Osteuropa seit Jahrzehnten ehemalige Zwangsarbeiter*innen.

Simon Muschick: Ich habe meinen Freiwilligendienst in der Ukraine gemacht und ehemalige Zwangsarbeiter*innen begleitet. Die Frage der Anerkennung der Schicksale und des Leidens dieser Menschen und der Entschädigung beschäftigt mich bis heute.

Wie kam es zu den Entschädigungszahlungen für Zwangsarbeiter*innen und andere Opfer des NS-Regimes?

Dr. Ralf Possekel: In Deutschland wurde Zwangsarbeit lange nicht als Unrecht begriffen und anerkannt. Erst Ende der 1970er Jahre entstanden hierzu relevante Studien und langsam ein Bewusstsein. Zunächst drängten die Betroffenen in Mittel- und Osteuropa auf Entschädigungen. Nach dem Fall des Eisernen Vorhangs wurden in den 1990er Jahren unter der Kohl-Regierung in Belarus, Polen, Russland und der Ukraine sogenannte Versöhnungsstiftungen gegründet, die unterfinanziert und schlecht kontrolliert waren – offensichtlich sollte das Thema mit wenig Geld beendet werden ...

... was bekanntlich nicht der Fall war, warum?

Der entscheidende Faktor waren die jüdischen Überlebenden und ihre Organisationen, allen voran die Jewish Claims Conference.

Ihre wirkungsvollen Sammelklagen und der potenzielle Imageschaden für deutsche Konzerne setzten letztlich die Zahlungen in Gang. Die Bundesregierung sah sich anfangs eher in einer Vermittlerrolle als mitverantwortlich für die Opfer. Als dann aber 1998 verhandelt wurde, war schnell klar: Es gibt nicht nur jüdische Opfer, sondern eine große Zahl weiterer Betroffener in Osteuropa. Politisch wiederum lag ein gutes Verhältnis zu den östlichen Nachbarn gerade im Vorfeld der EU-Erweiterung auch im Interesse Berlins. Hinzu kam ein Bewusstsein, dass Deutschland gesamtgesellschaftlich Verantwortung für das NS-Regime trägt. Zwangsarbeit gab es auch beim Bäcker um die Ecke, auf vielen Bauernhöfen, in den Kirchen und in Staatsunternehmen wie der Reichsbahn.

Es brauchte also eine politische Antwort. Man suchte daher in internationalen Verhandlungen eine nichtjuristische Lösung. So kam es zu einer substanziellen Kompensation, wir nennen es eine materielle Geste. Sie ist mehr als nur eine Entschuldigung, aber weniger als eine volle Entschädigung.

Was bedeutete dieser Mittelweg für die Betroffenen?

Das war zwiespältig. Sie standen vor dem Dilemma, Einmalzahlungen anzunehmen und damit auf alle weiteren Ansprüche zu verzichten oder eben nicht – mit aller Unsicherheit über den weiteren Ausgang. Seinerzeit hatten die Beträge aus einer osteuropäischen Perspektive ein gewisses Gewicht, auch wenn man das heute anders beurteilen mag. So entschieden sich die meisten doch dafür. Und auf der anderen Seite bekamen die

deutschen Unternehmen am Ende ihre Rechtsicherheit, die Sammelklagen wurden fallen gelassen.

Das kam aber nur jenen zugute, die als Zivilarbeiter*innen nach Deutschland oder in die verbündeten oder besetzten Gebiete verschleppt wurden? Sehr viele Kriegsgefangene gerade der Roten Armee mussten ja auch Zwangsarbeit leisten und starben dabei. Oder jene Zwangsarbeiter*innen, die genauso litten, aber nicht verschleppt wurden ...

Das ist der neuralgische Punkt. Das Ergebnis des Stiftungsgesetzes war sicherlich nicht Gerechtigkeit im umfassenden Sinne, sondern ein politischer Kompromiss: Wie viel Geld kann aufgebracht werden und wie viele Menschen sind auf der anderen Seite anspruchsberechtigt? Dabei war darauf zu achten, dass die Anspruchsberechtigten am Ende nicht eine beleidigend niedrige Summe bekommen, deswegen durfte ihr Kreis nicht zu groß werden.

Warum wurde nicht mehr Geld in die Hand genommen, um mehr Betroffene zu berücksichtigen?

Gerade auch aus der heutigen Perspektive kann man darüber diskutieren, ob zehn Milliarden DM viel oder wenig sind. Zumal nur die eine Hälfte von den Unternehmen kam und die andere vom Fiskus. Aber in der damaligen Dynamik war zunächst nur von ein, zwei, dann fünf die Rede, am Ende standen die zehn Milliarden. Es gab zwar Berechnungen, dass man eigentlich 100 oder 500 in die Hand nehmen müsste, aber alle am Verhandlungstisch erkannten eine gefühlte Grenze an.

Und wie kam man dann zu den konkreten Kategorien?

Dahinter stand die Überlegung, dass Zwangsarbeit in einem fremden, gegnerischen Land gravierender ist, als nur temporäre Einsätze im Heimatland. Oder auch die Annahme, dass die Zwangsarbeit in der Industrie härter war als in der Landwirtschaft.

Doch das sind nur allgemeine Annahmen im politischen Aushandlungsprozess – bei einer so schwierigen Frage nach der Schwere des persönlichen Schicksals. Die realen Einzelfälle können davon komplett abweichen.

Und noch ein Faktor drängte zu einer raschen Einigung ...

... alle waren sich bewusst, es braucht erst eine schnelle Einigung und dann einfache Antragsverfahren. Ende der 1990er Jahre waren die Menschen schon hochbetagt. Statt einer langwierigen Einzelfallprüfung sollte schnell ausgezahlt werden. Außerdem gab es da noch einen anderen Aspekt: »Kriegsgefangenschaft begründet keinen Leistungsanspruch« stand explizit im Stiftungsgesetz.

Wie kam es zu dieser Formel, obwohl doch alle wussten, dass die sowjetischen Kriegsgefangenen extrem schlecht behandelt wurden?

Aus rein politischen Gründen. Man wollte verhindern, dass frühere deutsche Kriegsgefangene ihrerseits Ansprüche anmelden gegenüber den sowjetischen Nachfolgestaaten.

Zu spät hat man das mit einem Sonderprogramm korrigiert, als nur noch ganz wenige Betroffene lebten.

Nach der Einigung am Verhandlungstisch kam die praktische Umsetzung ...

... und die Stiftung EVZ wurde gegründet. Auch sie stand im Zwiespalt zwischen unermesslichem, durch keine Summe wiedergutzumachendem Leid oder einer rein verbalen, letztlich hohlen Entschuldigung. Daraus entstand die Idee, nicht alles auszuzahlen, sondern 700 Millionen DM in einen Zukunftsfonds für Erinnerungs- und Sozialprojekte zu stecken. Das war hochumstritten, weil dieses Geld auch noch an die Überlebenden hätte verteilt werden können.



Simon Muschick mit einer Klientin während seines Freiwilligendienstes in Kyjiw.

Wieso kam es dann doch zur langfristigen Betätigung der Stiftung?

Gerade die Unternehmen, aber auch die Politik sind dafür eingetreten. Wie kann das »Nie wieder« in immer wieder neuen Formen zeitgemäß vermittelt werden? Wie wirken wir präventiv gegen Diskriminierung und Hass, zum Beispiel auch in der aktuellen Situation von Pandemie und autoritären Tendenzen? Und: Auch nach den Einmalzahlungen bleiben viele Überlebende auf Solidarität und Unterstützung angewiesen. Soziale Projekte, wie die Begleitung durch ASF-Freiwillige, reagieren darauf.

Ich konnte in meinem Freiwilligendienst erleben, wie schwer die Leiden der Verfolgung bis heute wiegen und unter welch schwierigen sozialen Bedingungen die Menschen leben.

Ja, viele leben nach wie vor in großer Not. Weil heute fast alle hochbetagt sind, sind soziale Isolierung und Einsamkeit noch akuter geworden. Wir werden uns für die Überlebenden engagieren, solange es sie gibt: mit Treffpunkten und Freiwilligen-Besuchen und neuen Ansätzen für die Hochbetagten.

Vielen Dank für das Gespräch!

Dr. Ralf Possekel ist seit 2000 in der Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft (EVZ) tätig. Als Historiker war er zunächst an den Zahlungen für ehemalige Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter beteiligt und arbeitete 2002 bis 2017 für die Projektförderung. Er ist Leiter des Bereichs »Förderung und Aktivitäten«.

Simon Muschick war 2015/16 Freiwilliger in Kyjiw, Ukraine. Er unterstützte Überlebende des Nationalsozialismus durch Hausbesuche und leitete ein Sommerlager zur Unterstützung von ehemaligen Zwangsarbeiter*innen. Nach seinem Freiwilligendienst studierte Simon interdisziplinäre Russlandstudien.

Der Stukenbrocker Appell – eine entschädigungspolitische Initiative von ASF

Uta Gerlant

Stukenbrock steht für die Misshandlung und Ermordung Zehntausender sowjetischer Kriegsgefangener. Das Lager in Ostwestfalen war im Mai 1941, also noch vor dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941, vorbereitet worden. Das Gelände wurde eingezäunt und mit Grundwasserpumpen versehen, das war alles. Entsprechend dem Vorhaben der Nationalsozialisten, sowjetische Bürger und Bürgerinnen nur insoweit überleben zu lassen, als sie als Arbeitskräfte benötigt würden, mussten die Gefangenen hungern und in Erdhöhlen hausen. Flecktyphus, Ruhr und Tuberkulose grassierten. Insgesamt starben in Stukenbrock 65.000 von 300.000 sowjetischen Kriegsgefangenen. Hinzu kommen Juden und Politkommissare sowie Funktionäre, die extra ausgesondert und im KZ Buchenwald ermordet wurden. Das Lager bauten die Gefangenen selbst, später wurden sie auch außerhalb des Lagers zur Arbeit eingesetzt, weil Arbeitskräfte in der Kriegswirtschaft fehlten.

An diesem Ort richtete Aktion Sühnezeichen Friedensdienste im April 1994 gemeinsam mit anderen Organisationen eine Tagung zum Thema »Sowjetische Kriegsgefangene und Kriegsgefangenenlager im Deutschen Reich 1941–1945« aus. Einige von uns Teilnehmerinnen und Teilnehmern hatten über die russische Menschenrechtsorganisation Memorial, zu der ASF seit Beginn der 1990er Jahre Freiwillige entsandte, Kontakt zu russischen Opferverbänden geknüpft, und auch andere NGOs und Gedenkstätten standen mit Betroffenen in Kontakt. Deren Vertreterinnen und Vertreter fragten uns, ob bekannt sei, was mit der einen Milliarde DM, die sich die deutsche Regierung an Nachfolgestaaten der Sowjetunion zu zahlen bereit er-

klärt hatte, geschehen sei. Wir recherchierten, fanden aber keine Antwort. Auch bei der Tagung in Stukenbrock wusste niemand Näheres. So kam es zu der Initiative, die von den 50 Tagungsteilnehmerinnen und -teilnehmern und danach von vielen anderen unterstützt und von ASF getragen wurde: dem Stukenbrocker Appell.

Bereits seit Anfang 1991 war über deutsche Zahlungen an NS-Opfer in der Sowjetunion verhandelt worden. Erst mit einer gemeinsamen Erklärung von Bundeskanzler Helmut Kohl und dem Präsidenten der Russischen Föderation Boris Jelzin vom 16. Dezember 1992 – die Sowjetunion existierte nicht mehr – wurde eine humanitäre Geste für NS-Opfer in Osteuropa beschlossen. Am 30. März 1993 tauschten die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland, der Russischen Föderation, der Ukraine und von Belarus diplomatische Noten aus, in denen Details vereinbart wurden. Doch ein Jahr später wussten die Betroffenen immer noch nicht, wohin sie sich wenden sollten und nach welchen Kriterien die Gelder verteilt würden.

Ziel des Stukenbrocker Appells war es, Antworten auf die Fragen der Betroffenen zu finden und darauf hinzuwirken, dass die Zahlungen zügig, unbürokratisch und transparent umgesetzt würden. Durch den Appell erhielten wir tatsächlich von der Bundesregierung, von Bundestagsabgeordneten und aus den GUS-Botschaften die gewünschten Informationen über die Gründung von Stiftungen in Moskau, Kiew und Minsk, welche die Gelder verteilen sollten, sowie sukzessive auch über die Vergabemodalitäten.



Sowjetische Kriegsgefangene auf dem Lagergelände Stukenbrock 1941.

In den Jahren nach Initiierung des Stukenbrocker Appells wurden Lothar Eberhardt und ich, die den Appell koordiniert hatten, wiederholt zu Treffen mit den Stiftungsvertreterinnen und -vertretern eingeladen. Dies erstreckte sich bis zu den Verhandlungen um die Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft (EVZ). Bei deren Gründung im Jahr 2000 prägten die Erfahrungen aus den ersten Auszahlungen, bei denen Gelder verloren gegangen waren, die geänderten Auszahlungsmodalitäten inklusive der Einrichtung von Prüfteams, um entsprechende Verluste bei den neuen Auszahlungen zu verhindern. Diese wurden wiederum unter anderem über die drei osteuropäischen Stiftungen in Moskau, Kiew und Minsk abgewickelt.

Im Stukenbrocker Appell hatten wir auch die Einbeziehung der ehemaligen sowjetischen Kriegsgefangenen gefordert, aber diese blieben selbst von den Zahlungen nach dem EVZ-Stiftungsgesetz ausgeschlossen. Erst 2015, als nur noch wenige von ihnen am Leben waren, beschloss der Bundestag, auch den ehemaligen sowjetischen Kriegsgefangenen eine finanzielle Einmalzahlung anzubieten.

Worin liegt die Bedeutung des Stukenbrocker Appells? Henning Borggräfe schrieb in seinem 2014 erschienenen Buch, mit dem Stukenbrocker Appell habe sich der »Entschädigungsaktivismus« in Deutschland reorganisiert. Und noch etwas ist bemerkenswert: Während der damalige brandenburgische Ministerpräsident Manfred Stolpe den Appell lediglich für die Bewusstseinsbildung in Deutschland bedeutsam hielt, die Angelegenheit selbst aber als reine Regierungssache sah, äußerte sich der damalige CDU/CSU-Fraktionsgeschäftsführer im Deutschen Bundestag Wolfgang Schäuble genau entgegengesetzt: Unser Engagement sei weniger für die deutsche Öffentlichkeit, sondern viel mehr für die osteuropäischen Betroffenen und die dortige Öffentlichkeit wichtig und unterstütze die deutsche Regierung in ihren begrenzten Möglichkeiten. In diesem Sinne begrüßten auch Bundeskanzleramt und Auswärtiges Amt unsere Initiative. Im Zuge des Stukenbrocker Appells kooperierten Staat und Zivilgesellschaft miteinander, indem sie sich gegenseitig informierten und diese Informationen, die bis dahin unbekannt waren, verbreiteten.

Uta Gerlant ist freie Historikerin und Mitglied des Kuratoriums von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste. 1991 war sie Freiwillige bei Memorial in St. Petersburg. Sie arbeitete 15 Jahre in der Stiftung EVZ, unter anderem für die Auszahlungen in der Ukraine und Polen. Von 2016 bis 2020 leitete sie die Stiftung Gedenkstätte Lindenstraße in Potsdam.



»Als der Krieg begann, war ich in der Militärschule in Jelgava in Litauen. 1941 wurde ich gefangen genommen. Aber ich hatte Glück: Man schickte mich nicht in ein Konzentrationslager. Ich wurde zur Arbeit in eine Maschinenfabrik in Dessau geschickt. Deshalb habe ich überlebt. Nach der Befreiung am Ende des Krieges blieb ich noch drei Jahre beim Militär. Danach kehrte ich in meine Heimat zurück.

Im Nachbardorf traf ich einen Verwandten. Er nahm mich mit.

Wir fuhren durch das Dorf. Nachbarn grüßten mich. Ich näherte mich unserem Haus. Meine Mutter arbeitete gerade im Garten. Als sie mich entdeckte, begann sie zu rennen. Sie rannte nicht auf die Straße. Sie rannte quer durch den Garten. Sie stolperte, fiel hin, stand wieder auf und rannte und rannte. Diese Bilder sind mir immer noch im Gedächtnis.«

Oleksandr Drapel geboren 1921, Kiew Kriegsgefangener während des Zweiten Weltkriegs

»Die Geschichte eines Kriegsgefangenen hat mich besonders bewegt« - ein ASF-Freiwilligendienst in der Gedenkstätte Buchenwald

Ekaterina Pototskaia

Ich bin am 23. November 1980 geboren worden und komme aus Russland, St. Petersburg. Aus dieser Stadt stammt meine ganze Familie, auch meine Großmutter Filonowa Tatiana Dmitriewna (1918–1985).

Seit 15. März leiste ich meinen Freiwilligendienst in der Gedenkstätte Buchenwald. Ich habe noch wenig Erfahrung, aber der Ort ist für mich sehr interessant.

Einmal bekam ich eine Aufgabe, die mich noch lange beschäftigt hat. Ich arbeitete mit russischen Dokumenten. Es waren Protokolle von Befragungen einiger russischer Menschen, die während des Zweiten Weltkriegs in deutscher Gefangenschaft waren. Nach dem Ende des Krieges sind sie in die Sowjetunion zurückgekehrt, aber in der Heimat wurden sie für Verräter gehalten und fanden sich in den sowjetischen Filtrationslagern wieder. Das ist ein sehr trauriges Kapitel in der Geschichte Russlands. Viele unschuldige Menschen sind in diesen Lagern gestorben oder wurden erschossen.

Die Geschichte von M. L. hat mich besonders bewegt. Ich habe gelesen, dass er im Sommer 1942 an der Wolchower Front im Süden von Leningrad, so hieß St. Petersburg während des Zweiten Welt-

krieges, kämpfte. In dieser Schlacht wurde die Rote Armee beim Dorf Mjasnoi Bor eingeschlossen. Auf dem Rückzug wurde M. L. schwer am Kopf und an der rechten Hand verletzt. Danach wurde er von den deutschen Truppen gefangen genommen und bis zum Ende des Krieges befand er sich in Gefangenschaft, unter anderem vom Sommer 1944 bis Frühling 1945 im KZ Buchenwald.

Die Aussagen des Kriegsgefangenen erinnerten mich an meine Familie. Der Kampf beim Dorf Mjasnoi Bor war eine der Schlachten für die Befreiung Leningrads von der Blockade. Im Laufe von drei Jahren, von 1941 bis 1943, gab es in der Stadt keine Lebensmittel, keine Heizung, keine Wasser- und Stromversorgung. Meine Großmutter befand sich während des ganzen Krieges in Leningrad und ich kann mir nicht vorstellen, wie sie das alles überleben konnte.

Leider starb meine Großmutter als ich erst vier Jahre alt war, und ich habe ihre Lebensgeschichte nicht direkt von ihr gehört. Aber meine Mutter erzählte mir, dass meine Großmutter am Anfang des Krieges, als sie 23 Jahre alt war, bei den Bauarbeiten der Luga-Verteidigungslinie im Süden von Leningrad mitarbeitete, um die Blockade von Leningrad zu verhindern oder zu verzögern. Das war harte Arbeit. Jeden Tag ging sie zu Fuß einige Kilometer zum Arbeitsort und musste den Boden mit einer Schaufel ausheben, um Gräben zu machen. Die Erde war nass und schwer, Großmutter war sehr erschöpft. Ihre Gesundheit wurde damals stark strapaziert und am Lebensende war sie sehr krank. Mir war es verboten, Großmutter zu besuchen, um sie nicht zu sehr anzustrengen.

Der Krieg ist vorbei, aber seine Spuren sind noch da. Das Dorf Mjasnoj Bor nennt man seit der Kriegszeit das »Tal des Todes«. Nach verschiedenen Quellen sind dort insgesamt einige hunderttausend deutsche und russische Soldaten gestorben. Bis heute werden dort die Überreste der Soldaten, ihre persönlichen Sachen und Geschosse gefunden. Die Geschosse können detonieren, wenn jemand dort entlang geht oder ein Lagerfeuer macht.

Der Zweite Weltkrieg ist mit meiner Heimatstadt und mit meiner Familie verbunden, deswegen gehen mir diese Ereignisse sehr nah. Aber der Krieg ist lange her und immer mehr Menschen empfinden das Leid der Überlebenden nicht nach. Der Krieg ist auf den Seiten der Bücher, aber nicht in den Herzen. Ich bin froh, dass das Verhörprotokoll von M. L. mich an Leningrad und an meine Großmutter erinnerte. Ich finde, es ist wichtig, dass viele junge Menschen dank Aktion Sühnezeichen Friedensdienste die Möglichkeit haben, die Geschichte des Krieges besser kennenzulernen. Wir müssen diese Erinnerungen bewahren, um eine Wiederholung des Krieges zu verhindern.

Ekaterina Pototskaia macht ihren Freiwilligendienst in der KZ-Gedenkstätte Buchenwald. Zuvor arbeitete sie als Krankengymnastin an einer Sonderschule. In ihrer Freizeit war sie Reiseleiterin in St. Petersburg ein Hobby, das später ihr Beruf werden soll.



Filonowa Tatiana Dmitriewna während der Blockade.

»Trying to finally put together a weave of my family history became the initial intention for doing my volunteering at Neuengamme Concentration Camp **Memorial**«

Solomiia Romanenko

The most important thing to understand about the history of Ukraine in the Second World War is that as of September 1939, Ukraine was not politically homogeneous. After the Ukrainian War of Independence (1917–1921), Ukrainian people were politically dispersed, ranging from communists, nationalists to social democrats and Zionists. The result of this is that most families were »broken up« by the various political affiliations of their members.

My family was no exception. In 1939, a part of my family lived in Poland and Western and Central Ukraine. My great-grandfather, Mykhailo Yukhymovich Romanenko, who lived in the Vinnytsia region and was married to my great-grandmother, who was a Jew, began his military career in 1939 in the Battles of Khalkhin Gol, a local conflict between the USSR and militarized Japan. Then, after the Wehrmacht occupied Soviet Ukraine, my grandfather was drafted into the army and was captured around 1943 and sent to one of the forced labor camps. When Soviet troops began to liberate areas close to the camp, he managed to escape and rejoin the ranks of the Soviet army. As a result, he was one of the soldiers who entered Berlin in 1945 and helped to liberate Europe from the horrific Nazi crimes.

On the other hand, the story of my family that lived in the Western Ukraine is very different. Most of them joined the nationalist movement for Ukraine's independence and liberation from Soviet and later on German occupation. My grandfather's cousin was sent to Siberia, where he died in the Gulag concentration camp sometime around 1944. His father, accused of treason by the Stalinist totalitarian regime, was forced to flee to occupied Europe and then to Canada. The NKVD (interior ministry of the Soviet Union) searched for him until his death in the 1980s, and my family was under surveillance and was being constantly interrogated by the communist security machine.

A very similar situation happened to part of my family, who lived in Poland, in Sanok County. In 1944, my pregnant great-grandmother and great-grandfather were forcibly relocated to the territory of the Ukrainian SSR in what is now the Volyn region. Later, my great-grandfather, who was a member of the Ukrainian Insurgent Army at the time, was forced to flee to Europe, where he was killed by the NKVD.

Unfortunately, my family was not very careful to save their history. They were scared of ethnic persecution by the Soviet authorities and accusations of treason. Therefore, a lot has been lost and a lot I have to collect myself from the small bits of memories left by my parents, their siblings and my grandparents. Trying to finally put together a weave of my family history became the initial intention for doing my volunteering at Neuengamme Concentration Camp Memorial. Now I can finally find out what concentration camp my great-grandfather was in, where my other great-grandfather was killed, and understand more about why everything happened the way it did and how to keep the horrors of WWII and totalitarian regimes from happening again.

Solomiia Romanenko studierte Politikwissenschaft und arbeitete ehrenamtlich für verschiedene Nichtregierungsorganisationen. In diesem Jahr wird sie ihren Freiwilligendienst in der KZ-Gedenkstätte Neuengamme beginnen.

Die deutsche Übersetzung des Berichts können Sie auf unserer Webseite nachlesen:



»Meine Familie war vom Zweiten Weltkrieg stark betroffen« – ASF-Freiwilligendienst in der Gedenkstätte Sachsenhausen

Alexandra Krivlenko

Ich komme aus Belarus. Schon seit über drei Jahren wohne ich in Berlin und arbeite in der Gedenkstätte und im Museum Sachsenhausen, wo ich Führungen auf Deutsch und Russisch mache. Das war schon lange mein Traum. Viele wundern sich, wenn sie von mir hören, dass ich in einer KZ-Gedenkstätte arbeiten wollte. Als ich 2015 zu einem ASF-Sommerlager nach Oranienburg kam, haben mich sowohl das ganze Projekt, besonders aber die Führung durch die Gedenkstätte Sachsenhausen so stark bewegt, dass ich mich entschied, selbst mein Wissen über die Geschichte des Nationalsozialismus an einem authentischen Ort mit anderen Menschen teilen zu wollen. Deshalb habe ich mich 2016 für einen Freiwilligendienst bei Aktion Sühnezeichen Friedensdienste in einer KZ-Gedenkstätte beworben. Meinen Freiwilligeneinsatz in der Gedenkstätte Sachsenhausen konnte ich als freie Mitarbeiterin fortsetzen, wofür ich Aktion Sühnezeichen Friedensdienste und der Gedenkstätte sehr dankbar bin.

Meine Familie war vom Zweiten Weltkrieg stark betroffen. Im Sommer 1941 erschossen deutsche Soldaten meinen Uropa mütterlicherseits, der als Partisan kämpfte. Meine Uroma väterlicherseits wurde im eigenen Bett von den Nazis erschossen. Zwei Kinder der Schwester meiner Oma väterlicherseits wurden auch erschossen.

Meine Oma väterlicherseits, Maria Nikolaewna Krivlenko, die dieses Jahr oo geworden ist, war zwei Jahre lang Zwangsarbeiterin in einem Satellitenstaat Nazi-Deutschlands – in der damaligen Tschechoslowakei. Im Sommer 1943 wurde sie im Alter von zwölf Jahren mit ihrer Mutter und fünf Geschwistern zu zwei deutschen Bauernfamilien zur Zwangsarbeit transportiert. Sie mussten dort jeden Tag von früh morgens bis spät abends circa zehn Stunden auf dem Feld arbeiten, ausgehungert und erschöpft. Wenn ich meine Oma besuchte, erzählte sie mir oft ihre Geschichte. Als Kind konnte ich nicht begreifen, wie meine Oma imstande war, über den grausamen Teil ihres Lebens so ruhig und manchmal sogar mit einem Lächeln im Gesicht zu berichten. Geweint hat sie nur, wenn sie zum Schluss ihrer Geschichte kam – zum Tod ihres zehnjährigen Bruders, der am Tag ihrer Befreiung von einem LKW überfahren wurde. Erst jetzt verstehe ich, wie stark und lebensfroh meine Oma ist. Trotz aller erlebten Schmerzen, Leiden und Verluste hat meine Oma nie aufgegeben, an Menschen zu





Maria Nikolaewna Krivlenko mit 14 Jahren bei Kriegsende 1945 und mit 86 Jahren, 2017.

glauben. Was mich immer gewundert hat, ist, dass sie mir nicht nur über Verbrechen der Nazis erzählte, sondern auch über ihre guten Taten. In ihren Erzählungen erinnerte sie sich oft an eine Geschichte. Das war während des Transports in die Tschechoslowakei, als eine auf eine Mine getretene Frau die deutschen Soldaten bat, sie zu töten. Sie haben es nicht gemacht. »Ein junger Soldat hat ihr seine Wasserflasche gegeben«, sagte mir meine Oma und sah so auch die gute Tat.

Meine Oma hat mir beigebracht, nie von einem Menschen auf einen anderen zu schließen und niemanden zu hassen, egal was die Person dir angetan hat. Man soll auch Unverzeihbares verzeihen können. Von meiner Oma habe ich gelernt, immer und für jeden Tag dankbar zu sein und in negativen Dingen immer auch etwas Positives zu finden. In unseren Herzen soll nur die Liebe sein, da darf es keinen Platz für etwas Anderes geben.

Alexandra Krivlenko studierte in Minsk Germanistik und arbeitete in einer deutschen Rechtskanzlei. Sie machte ihren Freiwilligendienst 2017/18 in der Gedenkstätte Sachsenhausen.

Mein Jahr mit Aktion Sühnezeichen hat mich für immer verändert

Margo Wieseler hat bei einem Zusammentreffen von US-Außenminister Antony Blinken und Bundesaußenminister Heiko Maas Ende Juni am Denkmal für die ermordeten Juden Europas eine sehr persönliche Rede über die Geschichte ihrer Familie und ihren Freiwilligendienst mit ASF gehalten.

Initiativen, um die Stimmen der Überlebenden zu bewahren, sind essenziell, um meine und zukünftige Generationen zum Erinnern zu bewegen. Denn leider fällt das Vergessen leichter als das Gedenken.

Leider fühlt sich nämlich auch im Geschichtsunterricht der Holocaust oft sehr weit entfernt an, obwohl die meisten deutschen Schüler*innen persönliche Verbindungen zur Tätergeneration haben. Auch ich habe erst vor kurzem angefangen, mich mit meiner eigenen Familiengeschichte auseinanderzusetzen. Dies habe ich in Vorbereitung für meinen Freiwilligendienst mit Aktion Sühnezeichen Friedensdienste (ASF), einem deutschen Verein, der sich für Verständigung zwischen Opfern der Nazi-Verfolgung und jungen Deutschen heute einsetzt, getan. Mit Hilfe von ASF bekam ich die einzigartige Möglichkeit, mich ein Jahr im Illinois Holocaust Museum & Education Center in Chicago zu engagieren. Das Illinois Holocaust Museum ist das drittgrößte Holocaust-Museum der Welt und zeichnet sich durch viele innovative Möglichkeiten zur Erinnerung aus.

Ein großer Teil meiner Motivation für meinen Friedensdienst ging auf meine Familiengeschichte zurück. Mein Urgroßvater war für die NSDAP Mitglied des Reichstags. Ich schäme mich für diesen Teil meiner Familie und ich hatte Bedenken darüber, diese Geschichte den Überlebenden im Museum zu erzählen. Sie hätten schließlich jeden Grund gehabt, ablehnend oder sogar feindselig zu reagieren. Aber zu meiner Erleichterung war ihre Reaktion geprägt von Verständnis, Liebe und sogar Neugier.

Diese Fähigkeit, zwischen mir und meinen Verwandten zu unterscheiden, hat mich tief beeindruckt. Besonders begeistert hat mich Fritzie Fritzshall, eine Auschwitz-Überlebende und Präsidentin des Museums. Als ein Mitfreiwilliger und ich sie zum Abendessen einladen wollten, sagte sie ohne zu zögern zu – und das Essen sollte natürlich deutsch sein.

Zu diesem Treffen kam es leider nie. Wir mussten die USA aufgrund der Pandemie überstürzt verlassen, und Fritzie ist am letzten Wochenende leider gestorben und hinterlässt ein Loch, dass sich nie füllen lässt. Ihre beeindruckende Fähigkeit, anstelle von klassischem Schwarz-weiß-Denken die vielen Grautöne zu erkennen, sollte uns allen ein Beispiel sein.



Meine Generation ist in der glücklichen Position, die Geschichten der Überlebenden noch direkt von ihnen hören zu können. Sie erinnern uns daran, dass die schrecklichen Taten des Holocausts weder lange her noch weit entfernt sind. Mit jedem Tag wird es wichtiger, dass wir diese Geschichten bewahren und weiter erzählen - denn sonst werden wir anfangen, zu vergessen.

Mein Jahr mit Aktion Sühnezeichen hat mich für immer verändert. Ich verstehe die Bedeutsamkeit, Antisemitismus zu verurteilen und mich für eine freie, faire Gesellschaft einzusetzen, besser als zuvor und bin sehr dankbar dafür, was ich lernen durfte. Wenn junge Menschen wie ich wollen, dass »Nie wieder«/»Never Again« tatsächlich Realität wird, dürfen wir nie aufhören, diese Brücken zwischen den schmerzhaftesten Stunden der Vergangenheit, unserem Leben heute und der Zukunft zu bauen.

Margo Wieseler war von 2019/20 Freiwillige im Illinois Holocaust Museum & Education Center in Skokie. Sie studiert in Berlin Politikwissenschaften und engagiert sich in der ASF-Regionalgruppe Berlin-Brandenburg zu erinnerungspolitischen Themen.

»Mein Freiwilligendienst in Kiew setzt mich in eine Beziehung zur Geschichte, die ich vorher nicht hatte«

Charlotte Schwarz

Die Feier zum 9. Mai wird mir im Gedächtnis bleiben. An diesem Tag fuhren wir mit Babuschka Tamara zu einem Park am Ufer des Dnepr. Dort gedachten wir gemeinsam mit Angehörigen von Veteran*innen zunächst der gefallenen Rotarmist*innen, anschließend picknickten wir. Es wurde lange gegessen und immer wieder wurden Toasts auf den Sieg über Nazideutschland gesprochen, auf den natürlich auch wir gerne ein Gläschen Wodka tranken. Vor allem aber waberte eine bedrückende Schwermut durch den Raum. Es war die Gewissheit der Versammelten, dass eine neue Zeit begonnen hatte, und zwar eine, in der die über Jahre als selbstverständlich wahrgenommenen Erinnerungen und Erzählungen, Werte und Erfolge ungültig geworden waren. Wir waren zusammen mit Menschen, die den Zerfall der Sowjetunion mit überwiegender Mehrheit negativ bewerten würden, denn für sie ist mehr zerfallen als nur ein Land. Und doch war die Feier zum 9. Mai eine unglaubliche Erfahrung. Wir als Deutsche wurden freudig erwartet und – statt mit Vorbehalten – mit regem Interesse aufgenommen. Es war auch ein Tag der Verständigung und des Austauschs.

Aus den Begegnungen mit den Babuschki werde ich nach diesem Jahr sehr viel Gutes mitnehmen: von spannenden Geschichtshappen über Suppenrezepte und volkstümliche Heilmittelchen bis hin zu den in 90 Jahren Leben zusammengetragenen Ansichten über Gott und die Welt. Sei es bei Tatjana in Perejaslav, wo sich die Arbeit im Gemüsegarten offensichtlich von der staubigen Hektik der Großstadt unterscheidet, sei es in den Wohnungen in Kiew; überall ist das Zeitund damit auch das Lebensgefühl ein anderes. Ich habe mich schon mal zwei Stunden nur mit dem Knacken von Walnüssen beschäftigt, denn bei Galina gibt es nur einen Hammer und ein Messer für diese Aufgabe. Das Kochen »kostet« häufig so viel Zeit, wie ich in meinem eigenen Leben nicht für alle drei Mahlzeiten des Tages aufwende. Der Gang zur Bank, bei dem ich Tamara manchmal begleite, erscheint mir, vor allem im Schnee, viel weiter als seine eigentliche Distanz, denn wir laufen den Weg langsam und halten oft an. Für mich ist es schön, an einigen Tagen in dieser zweiten Geschwindigkeit leben zu können. In jedem Fall schmeckt eine Suppe, an der man zwei Stunden gearbeitet hat, besser als eine, an der man 20 Minuten gearbeitet hat. Häufig vergehen mir Sorgen über Kleinigkeiten während der Besuche, denn irgendwie hilft mir der Austausch mit den Babuschki zu erkennen, was für mich persönlich wirklich von Bedeutung ist und was unwichtig.

Häufig habe ich als Reaktion auf Berichte aus Kiew Sätze folgender Art zu hören bekommen: »Wow, echt megabewundernswert. Aber sag mal, wird dir das nicht langweilig mit den alten Menschen?« Ich hätte diesen Leuten gerne geantwortet: »Ich hoffe, dass du mehr Interessantes zu bieten hast als die Tatsache, dass du jung bist.«

Häufig sind es kleine Dinge, an denen die großen Kämpfe und Gräben in der Ukraine deutlich werden. Von einem Tag auf den anderen findet der Taxifahrer die gewünschte Adresse nicht mehr, da Straßen und Plätze unbenannt werden. Statt Sowjetheroen und kommunistischer Offiziere sollen nun ukrainische Volkshelden das Stadtbild prägen und mit ihren Namen veredeln. Diese Umbenennungen stehen im Zeichen der aktuellen Politik, den russischen Einfluss einzudämmen und das nationale Ukrainische zu stärken.

Der immer noch andauernde Krieg in der Ostukraine und der Krim-Konflikt sind für mich auf den ersten Blick kaum präsent in Kiew. Klar gibt es mehr Soldat*innen auf den Straßen als in Deutschland und manchmal wird die U-Bahn wegen Bombenverdachts für einige Stunden gesperrt, doch eigentlich ist der furchtbare Krieg, der einen Teil dieses Landes beherrscht, kaum spürbar. Aber man findet ihn, wenn man will: an Denkmälern für die gefallenen Soldat*innen,

in Fotoausstellungen und vor allem in den Begegnungen. Im Laufe des Jahres habe ich einige Menschen kennengelernt, die aus den Gebieten des Donbass geflüchtet sind und heute in Kiew leben. In meinem Projekt erhalten manche dieser Binnengeflüchteten medizinische und psychologische Unterstützung und die Geschichten der Menschen sind schockierend bis schlicht unfassbar. Es geht um den Verlust von Familienmitgliedern, Folter und Freiheitsberaubung. Ich habe dort auch mit einem Paar gesprochen, das nach der Annexion durch Russland die Krim fluchtartig verlassen hat – mit nur einem gepackten Koffer.

Doch nicht nur die jüngsten Ereignisse beschäftigen das Land. Leid und Unfrieden gehen viel weiter zurück. Durch meine Arbeit bin ich direkt mit den großen Verbrechen des letzten Jahrhunderts konfrontiert, sowohl mit denen des Nationalsozialismus als auch des Stalinismus. Babuschka Tamara wurde als Jugendliche zur Zwangsarbeit nach Thüringen verschleppt. Babuschka Galina hat ihre Kindheit in verschiedenen entlegenen Dörfern Sibiriens verbracht, da ihr Vater im Zuge der stalinistischen Verfolgung die Ukraine verlassen musste. Wenn wir uns sehen, sprechen wir meistens über andere Dinge, doch wenn die Themen ihrer Kindheit und Jugend aufkommen, spüre ich, was für ein Geschenk es ist, dass ich diese Menschen ganz persönlich kennenlernen darf. Es setzt mich in eine Beziehung zur Geschichte, die ich vorher nicht hatte. Vor allem in diesem Jahr empfinde ich es als etwas ganz Besonderes, Zeitzeug*innen begleiten zu dürfen und im privaten Rahmen Erinnerungen zu hören, die ihr ganzes Leben prägten. Mit Tamara und Galina habe ich zudem Interviews zu ihren Lebensgeschichten aufgezeichnet, weil es mir wichtig ist, dass ich ihre Erzählungen auch nach Ende meines Jahres nicht vergesse. Es waren emotionale Gespräche und sie haben das Vertrauen zwischen mir und den Frauen gestärkt. Was ich zu akzeptieren lernen musste, ist die Tatsache, dass persönliche Geschichten keine klassischen Geschichtsbuch-Lehrerzählungen sind. Man verstrickt sich gerne in Klischees, wenn man nur das Oberflächliche betrachtet. In den Geschichten der Frauen gibt es aber Widersprüche und Graustufen, nette Deutsche und nette Kommunist*innen und glückliche Erinnerungen, die Licht in eine dunkle Zeit brachten. Für mich hat diese Ambivalenz eine Tiefe, die mich sehr berührt.



Charlotte Schwarz mit einer Babushka.

Bis zum Zerfall der Sowjetunion wurden die Verbrechen des Stalinismus verschwiegen und die Opfer mit ihrem Leid allein gelassen. Mit großen Teilen der nationalsozialistischen Verbrechen wurde ähnlich verfahren: Die explizite Verfolgung und Vernichtung der jüdischen Bevölkerung fand keinen Platz in der sowjetischen Heldenerzählung vom »Großen Vaterländischen Krieg«. Die nach Deutschland verschleppten Zwangsarbeiter*innen wurden bei ihrer Rückkehr als Kollaborateur*innen geächtet und nicht selten nach Sibirien deportiert. In jedem Fall hat sich eine Kultur entwickelt, in der das eigene Schicksal lieber verschwiegen und das Vergessen dem Erinnern vorgezogen wurde. Obwohl seit der Unabhängigkeit versucht wird, eine neue und offene Erinnerungskultur zu schaffen, ist gerade bei älteren Leuten das sowjetische Verdrängen immer noch stark präsent. Wie sehr die Menschen individuell, aber auch die Gesellschaft insgesamt darunter leiden, spüre ich in meinem Leben in der Ukraine.

Charlotte Schwarz hat 2020/21 ihren Freiwilligendienst im Rehabilitationszentrum für Opfer von Totalitarismus und Krieg in Kiew gemacht. Zurück in Berlin möchte sie ein Praktikum im jüdischen Altersheim Charlottenburg und anderen sozialen Einrichtungen absolvieren, um mehr Erfahrungen in den Bereichen der Sozialen Arbeit zu machen.

»Wir wurden nach Deutschland verschleppt. Niemand wollte dort eine Mutter mit drei Kindern beschäftigen.

Wir wurden getrennt. Mein Bruder wurde von der Frau, die ihn aufgenommen hatte, immer wieder verprügelt. Meine Schwester musste schwer arbeiten.

Wir begegneten unterschiedlichen Menschen: freundlichen und gemeinen.

Heute verstehe ich besser, wie schwer es für meine Mutter war, dafür zu sorgen, dass wir alle am Leben blieben und nach Hause zurückkehren konnten.«

Volodymyra Shnaidruk

geboren 1942, Stadt Brody, Oblast Lviv Mit ihrer Mutter als Zwangsarbeiterin nach Deutschland verschleppt



»Denn ihr seid selbst Fremde gewesen« (5. Mose 10, 19)

Hans-Ulrich Probst

In den spärlich eingerichteten Wohnungen in den Randvierteln von Minsk saß ich. Wöchentlich besuchte ich an einem Nachmittag Anna, an einem anderen Galina. Die beiden kannten sich nicht, auch wenn sie viel verband. Zwei ältere Damen, deren Leben von der Geschichte der abgründigen Gewalt des 20. Jahrhunderts gezeichnet waren. Beide waren fortgespült worden, gezwungen zur Arbeit im weit entfernten Deutschland. Beide hatten Teile ihrer Familie während des Krieges verloren. Die Fetzen der noch im Gedächtnis verbliebenen deutschen Sprache zeugten von Befehlstönen. Bis heute hinterließen diese Fetzen ihre Narben. Und auch die ausgebliebenen Kompensationen, die ausgebliebene Anerkennung als Opfer des Nationalsozialismus waren Teil dieser Narben. Offene Wunden. Zwischen uns stand nun Woche für Woche die Tasse schwarzer Tee, aufgegossen aus einem herben Sud. Ich durfte Offenheit und Gastfreundschaft erfahren, obwohl ich für die beiden Damen doch eben auch in einer Verbindung mit denen stand, die für ihr Leid verantwortlich waren.

Die gezwungene Arbeit in der Ferne ist ein zentrales Thema der biblischen Botschaft. Die Begründung zentraler Sozialgebote des Ersten Testaments wird mit Verweis auf die eigene Geschichte begründet. Die Erfahrung, dass die Kinder Israels in Ägypten Frondienst leisten mussten, ist der Ausgangspunkt für den guten Umgang mit sozial Unterdrückten oder Migrant*innen: »Denn ihr seid selbst Fremde gewesen.« Auch in der christlichen Sozialethik wird auf diesen Satz verwiesen, um für bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen für Menschen auf der Flucht, für Pfleger*innen aus Osteuropa, für die modernen Lohnsklaven auf Schlachthöfen einzutreten. Doch trägt eigentlich der Verweis auf den Satz: »Denn ihr seid selbst Fremde gewesen«? Ich stelle mir die Frage, ob wir Christ*innen im deutschsprachigen Raum auf einen Erfahrungsschatz der Kinder Israels so zurückgreifen können, oder ob wir nicht doch zumindest in eine gewisse kritische Distanz dazu gehen sollten. Wer ist denn

durch diesen Satz adressiert? Begeben wir uns Identifikation suchend in die Rolle der frondienstleistenden Israelit*innen? Die Erfahrung von Anna und Galina war für mich auch stets nur vermittelte. Ich glaube, es wäre anmaßend, wenn ich ihre Erfahrung als die meinige beschrieben hätte. Wie also mit dieser Erfahrung, und weitergedacht mit dem biblischen Text, umgehen?

Mir geht ein Prinzip aus der rabbinischen Exegese durch den Kopf: Kal v'chomer nennt sich das Konzept, nach dem vom Kleinen auf das Große beziehungsweise vom Leichten auf das Schwere geschlossen wird. Angewandt auf die Erfahrungen von Zwangsarbeit und Frondienst in Ägypten würde das für mich bedeuten: Wenn in Texten derer, die Zwang und Sklavenarbeit erfahren haben, auf diese Erfahrungen zurückgegriffen wird, um eine sozialethische Position für Entrechtete und Migrant*innen zu ergreifen – um wie viel mehr sollten dann Gemeinschaften, die für diese Erfahrungen Schuld und Verantwortung tragen, eine ebensolche Haltung einnehmen.

Ja, es ist die gängige Gewohnheit, gemeinsam mit den Israelit*innen durch das geteilte Rote Meer zu schreiten. Die Befreiung stiftet Identifikation mit den Bnej Israel. Doch kann ich mich einfach in
dieser Erfahrung verorten? Anna und Galina haben mir deutlich gemacht, dass ich nicht einfach auf ihre Seite der Geschichte springen
kann. Es ist zumindest ambivalent. Ich muss es aushalten und bin
dazu herausgefordert, eine Doppelperspektive einzunehmen. Empathie mit den Opfern ist das eine. Ein anderes ist es, die Täter*innengeschichte nicht in Vergessenheit geraten zu lassen.

Hans-Ulrich Probst studierte Theologe und Judaistik, unter anderem auch in Jerusalem und war von 2008 bis 2009 als Freiwilliger von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste in Minsk. Seit 2020 ist er Beauftragter der Evangelischen Landeskirche in Württemberg für die Themen Populismus und Extremismus.

60 Jahre ASF in Großbritannien

1961 gingen die ersten Freiwilligen mit Aktion Sühnezeichen nach Großbritannien. Am 4. Juli 2021 feierte Aktion Sühnezeichen das 60. Jubiläum der Arbeit im Vereinigten Königreich mit einem digitalen Festakt. Very Reverend John Withcombe, Dean der Kathedrale, sagte in seiner Rede: »Die Beziehung mit ASF ist ein enorm wichtiger Teil der Geschichte der Kathedrale von Coventry seit der Eröffnung dieses neuen Gebäudes ... (ASF) hat uns geholfen, Beziehungen zu jungen Menschen wiederherzustellen, während wir die Beziehungen zwischen Deutschland und Großbritannien wieder aufbauten.«

Möglich wurde der Beginn der Arbeit von Aktion Sühnezeichen in Großbritannien durch eine Einladung des Very Reverend H.C.N. Williams an Lothar Kreyssig, Freiwillige nach Coventry zu entsenden. Im Oktober 1961 begannen 16 Freiwillige aus Deutschland in den Ruinen der zerstörten Kathedrale ein internationales Begegnungsund Besucherzentrum zu errichten.

Die Bereitschaft, nur wenige Jahre nach dem Kriegsende Freiwillige aus Deutschland zu empfangen, sie aufzunehmen und gemeinsam mit ihnen an der Errichtung eines internationalen Begegnungsund Besucherzentrums in den mahnenden Ruinen der durch deutsche Bomben zerstörten Kathedrale zu arbeiten, war von einer bemerkenswerten Offenheit und Großherzigkeit geprägt. In den Jahren darauf wuchs das Programm geografisch, aber auch hinsichtlich der Tätigkeitsfelder und Projektbereiche.

Seit 2001 nehmen nicht nur Freiwillige aus Deutschland, sondern auch Freiwillige aus Polen an dem Programm teil. Das trilaterale Programm richtet den Fokus in der Auseinandersetzung mit Gedenken, Erinnerungskultur, dem Holocaust und dem Fortwirken der Vergangenheit in der Gegenwart nicht allein auf Großbritannien, sondern reflektiert im interkulturellen und internationalen Austausch auch die unterschiedlichen Perspektiven in Deutschland und Polen. Neben Projekten in der historischen Bildung und politischen Begegnungs- und Versöhnungsarbeit engagieren sich zurzeit zwölf ASF-Freiwillige für Obdachlose, unterstützen Geflüchtete sowie Rom*nja und Sint*ezze, assistieren und begleiten Menschen mit Lernbeeinträchtigungen und begegnen Holocaust-Überlebenden der ersten und zweiten Generation.

TERMINE

19. SEPTEMBER | 17 UHR

Jahresempfang in Erfurt

Landeskirchenamt der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland (Collegium maius), Michaelisstraße 39, Großer Saal

22. SEPTEMBER | 18 UHR

Digitaler ASF-Salon: Zeitzeuginnengespräch mit Henriette Kretz

Anmeldung unter www.asf-ev.de

28. SEPTEMBER | 19 UHR

Lesung und Gespräch

Der Arbeitsbereich Geschichte(n) in der Migrationsgesellschaft organisiert eine Lesung mit der Autorin Simone Trieder »Sinti in der DDR«. Buchhandlung in den Franckeschen Stiftungen, Franckeplatz 5, 06110 Halle

9. OKTOBER | 18 UHR

Einführungsgottesdienst für den ASF-Vorstand

Heilig-Kreuz-Kirche in Berlin

10. OKTOBER | 9 UHR

Mitgliederversammlung in Berlin

St. Matthäus-Kirche, Matthäikirchplatz

13. OKTOBER | 18 UHR

Digitaler ASF-Salon: Lesung mit Natascha Wodin »Sie kam aus Mariupol«

Anmeldung unter www.asf-ev.de

22./23. OKTOBER

Jubiläum 60 Jahre ASF in Frankreich

(als Präsenzveranstaltung, wenn die Pandemie-Situation es zulässt)

3.-25. NOVEMBER

Ausstellung und Veranstaltungsreihe

der ASF-Regionalgruppe Bremen in Zusammenarbeit mit der Gemeinde Unser Lieben Frauen »Vergiss deinen Namen nicht - Die Kinder von Auschwitz«

9. NOVEMBER | 19 UHR

Gottesdienst im Gedenken an die Pogrome von 1938

Französische Friedrichstadtkirche Gendarmenmarkt in Berlin. Es laden ein: Aktion Sühnezeichen Friedensdienste, Evangelische Akademie zu Berlin und Evangelische Kirchengemeinde in der Friedrichstadt

28./29. NOVEMBER

Jubiläum 60 Jahre ASF in Israel

(als Präsenzveranstaltung, wenn die Pandemie-Situation es zulässt)

2.-5. DEZEMBER

Studienreise nach Frankreich

»France, terre d'immigration – von der jüdischen Einwanderung der 1920er Jahre bis zur maghrebinischen Diaspora im heutigen Frankreich«

Wir trauern um

Verena von Hammerstein (1922–2021)

Am 25. Juni 2021 starb Verena von Hammerstein im Alter von 99 Jahren in Berlin. Traurig nehmen wir Abschied von einer wichtigen Weggefährtin von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste. Die Schweizer Theologin engagierte sich auf vielfältige Weise für den christlich-jüdischen Dialog, für ein theologisches Verständnis der Arbeit gegen rassistische Diskriminierung, für globale Gerechtigkeit und internationale Verständigung. Die Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Geschichte begleitete ihr Engagement über Jahrzehnte hinweg.

Verena von Hammerstein wurde 1922 in der Schweiz geboren. Ihre biografischen Erlebnisse mit jüdischen Freundinnen und der Unterstützung jüdischer Emigrant*innen im Krieg in der Schweiz sind in dem 2019 erschienenen Buch »Verena von Hammerstein und ihre jüdischen Freundinnen« verarbeitet. Sie kam nach Stationen in Genf und Paris nach West-Deutschland und heiratete 1952 Franz von Hammerstein, der die Arbeit von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste ab 1958 über Jahrzehnte prägte.

Von 1954 bis 1957 lebte Verena von Hammerstein in den USA, sie kam dort mit einem tief verwurzelten Rassismus, sozialen Ungerechtigkeiten, aber auch einer Gemeinwesen-Orientierung sowie neuen Debatten und Perspektiven in Berührung, die sie präg-

Verena von Hammerstein war eine kluge Theologin, eine starke und großzügige Persönlichkeit, eine wache politische Beobachterin. Ihre internationalen Erfahrungen, ihre interreligiösen Begegnungen, ihre Belesenheit und ihre politischen, kirchlichen sowie gesellschaftlichen Impulse machten sie zu



einer spannenden Gesprächspartnerin. Ich bin dankbar, dass ich Verena von Hammerstein kennenlernen durfte.

Jutta Weduwen

Gertrud Gumlich (1930-2021)

Am 21. Juli 2021 ist Gertrud Gumlich im Alter von 91 Jahren verstorben. Sie hat die Arbeit von Aktion Sühnezeichen über einen langen Zeitraum engagiert begleitet und mitgestaltet. Und sie hat Vereinsgeschichte geschrieben. Die ASF-Mitglieder wählten sie 1984 als erste Frau zur Vorsitzenden des Vereins. Auch als stellvertretende Vorsitzende (1986–1988) sowie als Mitglied des Kuratoriums (2000-2005) brachte sie viele Jahre ihren Sachverstand und Rat ein.

Besonders am Herzen lagen ihr die Überlebenden der NS-Verbrechen in osteuropäischen Ländern. Als Ärztin nutzte sie im geteilten Europa berufliche Verbindungen und vermittelte Pakete mit Medikamentenspenden nach Polen und in die Sowjetunion. Nach dem Fall des »eisernen Vorhangs« machte sie sich stark für die Fortsetzung der ASF-Begegnungsprogramme im östlichen Europa.

Gertrud Gumlich war eine der Ersten bei ASF, die eine direkte und intensive Begegnung mit Aktion Sühnezeichen (ASZ) in der DDR pflegten. Auf den ASZ-Jahrestreffen im Berliner Stephanus-Stift war sie ein gern gesehener Gast. Im Zuge des Vereinigungsprozesses von Sühnezeichen in Ost und West wurde sie 1995 in die »Vertrauenskommission« von ASF berufen und begleitete die Nachforschungen zur Geschichte der beiden Vereine und den Umgang mit ihren Stasi-Verbindungen.

Die Traueranzeige der Familie resümiert: »Ein Leben beseelt von Versöhnung und Frieden«. Zeitlebens hat Gertrud Gumlich in ihren



beruflichen, kirchlichen und sozialpolitischen Netzwerken für Menschenrechte und internationale Verständigung gewirkt. Wir sind sehr dankbar dafür, dass sie die Energie und Ausdauer gefunden hat, auch Aktion Sühnezeichen Friedensdienste eine treue Wegbegleiterin zu sein.

Bernhard Krane

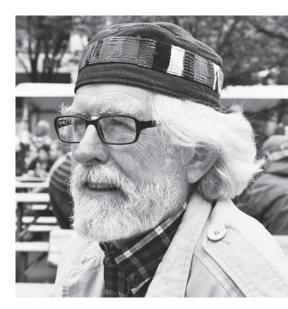
Ulrich Kreßin (1938–2021)

Am Karfreitag, den 2. April 2021, verstarb Ulrich Kreßin im Alter von 83 Jahren nach kurzer Krankheit. Traurig nehmen wir Abschied von einem langjährigen Weggefährten und Mitgestalter von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste.

Bereits in den 1960er Jahren hatte Ulrich als Sozial- und Religionspädagoge in Westberlin Kontakt zu Aktion Sühnezeichen und engagierte sich in der Gedenkarbeit. Von 1970 bis 1980 und von 2000 bis 2004 war Ulrich im Vorstand von ASF aktiv und gestaltete in diesen Jahren die strategische Weiterentwicklung von ASF mit. Er blieb zugleich ein Mensch der Praxis und schloss sich ab 2003 mit großer Begeisterung der Sommerlagerarbeit an. Bis 2012 leistete er jährlich ein bis zwei Einsätze zur Pflege und Erhaltung jüdischer Friedhöfe in Tschechien und in der Ukraine. Viele Menschen, denen er in diesen Sommerlagern begegnete, schlossen ihn ins Herz und es entstanden Freundschaften, denen er bis zuletzt verbunden blieb. Über sein Engagement mit ASF hinaus, wurden von Ulrich verschiedene Gedenkinitiativen ins Leben gerufen und begleitet, zum Beispiel das Ökumenische Gedenkzentrum Plötzensee.

Ulrich war ein Menschenfreund, voller Aufmerksamkeit, Mitgefühl und Wärme. Er war den Themen und Anliegen von ASF tief verbunden und hat unsere Arbeit mit seinen Ideen und mit großem Engagement bereichert. Dafür sind wir zutiefst dankbar.

Thomas Heldt



Rudolf Maurer (1933–2021)

Sensibel und kantig – so können wir die Persönlichkeit von Rudolf Maurer beschreiben. Diese (scheinbaren) Gegensätze gehören im Schwabenland zusammen - sie bedingen einander. So auch bei Rudolf Maurer. Vielleicht haben sie auch mit seinen ersten beruflichen Schritten zu tun (als Zimmermann, dann als Diakon) - aber sicher mit seinem pietistischen Elternhaus, in dem er nicht nur Frömmigkeit erlebte, sondern auch das notwendige Nachfragen und das aufmerksame Zuhören (besonders im Blick auf die schreckliche Geschichte des so genannten Dritten Reiches mit seinen menschenverachtenden Verfolgungen) erlernte. Mit großer Souveränität und Selbstständigkeit ging er (immer zusammen mit seiner Frau Margret) seinen Weg: In der Jugendarbeit im Kirchenbezirk Neuenbürg; dann 1961 beim Kirchentag in Berlin, wo er erstmals Aktion Sühnezeichen (deren Gründung durch Präses Lothar Kreyssig erst drei Jahre zurück lag) und der



damals neu entstandenen Gruppe Juden und Christen begegnete und sich von beiden »anstecken« ließ; in seiner Mitarbeit beim Aufbau der Synagoge in Villeurbanne/Lyon im Rahmen von ASF; bei verschiedenen deutschfranzösischen Jugendbegegnungen; bei der Übernahme der verantwortungsvollen Arbeit des Länderbeauftragten in Israel von 1971 bis 1974 (1973 brach der Jom-Kippur-Krieg aus!).

In einem Brief aus Jerusalem schrieb damals die Freundin Ruth Jutkowski: »Ihr hattet den starken Glauben, dass es möglich ist, ganz normale und menschliche Verhältnisse aufzubauen zwischen Israelis jüdischen Glaubens und Deutschen christlichen Glaubens. Während des Jom-Kippur-Kriegs seid ihr geblieben und habt gezeigt, dass Sühnezeichen nicht nur für Israel, sondern mit den Menschen in Israel ist. Du willst immer weiter lernen. Du hast die Gabe, Kritik so zu formulieren, dass das Gegenüber sie akzeptieren kann.« Stets war Rudolf Maurer ein Verfechter des Existenzrechts des Staates Israel und gleichzeitig in kritischer Solidarität ein »Grenzgänger« an den Brennpunkten unserer jüngeren Geschichte.

Nun ist Rudolf Maurer, der Streiter und fromme Christenmensch, am 15. Juni 2021 im Alter von nahezu 88 Jahren verstorben. Ein großer Kreis von Freundinnen und Freunden trauert um ihn.

Christian Buchholz

Pate für eine Freiwillige: »Ich freue mich auf den Austausch«

Felix Breitling hat eine Patenschaft für eine Freiwillige in Frankreich übernommen. Er möchte gern etwas von dem weitergeben, was ihn in seinem eigenen Freiwilligendienst geprägt hat.

Ute Brenner: Du hast von Herbst 1997 bis Anfang 1999 einen ASF-Freiwilligendienst in Lille (Frankreich) geleistet. Was hast du dort gemacht?

Felix Breitling: Ich war als Freiwilliger für die Organisation l'abej SOLIDARITÉ in La Résidence Martin Luther King in Lille tätig, das ist eine Wohnanlage für obdachlose Männer. Gemeinsam mit einem Mitfreiwilligen habe ich die Bewohner im Alltag begleitet und den Tag mit ihnen gestaltet. Meistens ging es einfach darum, da zu sein und zuzuhören. Wir haben auch oft zusammen eingekauft und gekocht, Spiele gespielt oder Bewohner zu Ärzt*innen begleitet. Manchmal sind wir am Wochenende gemeinsam ans Meer gefahren. Auch das Feiern von Geburtstagen und Festtagen wie Weihnachten war in der Gemeinschaft sehr wichtig.

Was hat dich im Freiwilligendienst mit ASF besonders geprägt?

Einen großen Einfluss auf mich hatten die existentiellen Themen, mit denen ich im Projekt zu tun hatte: die Schicksalsschläge in den Biografien von Menschen, Wohnungslosigkeit, der Tod. Tatsächlich sind während meines Dienstes einige Bewohner gestorben – das Leben auf der Straße hatte Spuren hinterlassen. Die Arbeit in Lille hat mich bis heute für diese Themen sensibilisiert. Genauso wichtig für mich waren die Menschen, denen ich ohne den Freiwilligendienst nie begegnet wäre, vor allem Mitfreiwillige, Zeitzeug*innen und Projektmitarbeiter*innen.

Was war für dich das Besondere an einem Freiwilligendienst mit ASF?

Das Besondere an einem Freiwilligendienst mit ASF ist einerseits die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit, mit dem Nationalsozialismus, aber auch der Blick in die Gegenwart: Wo ist unsere Gesellschaft heute anfällig für ähnliche Entwicklungen und Strukturen? Wo werden heute Menschen diskriminiert? Erinnerungsarbeit war immer ein wichtiges Thema während des Freiwilligendienstes, etwa bei der Vorbereitung und bei Freiwilligentreffen. Für mich ist das ein Anliegen bis heute, und die Sensibilität, die ich aus dem Freiwilligendienst mitgenommen habe, spielt auch in meiner Arbeit als Theologe eine wichtige Rolle.

Du hast dich entschlossen, eine Patenschaft für eine Freiwillige der nächsten Generation zu übernehmen. Wie kam es zu diesem Entschluss?

Als Freiwilliger fand ich den Kontakt zu meinen Paten und Patinnen sehr wichtig: Ich konnte aus dem Freiwilligendienst berichten und mich mit ihnen austauschen. Oft erhielt ich auch Briefe und Anfragen zurück. Einer meiner Paten war der Grünen-Politiker Daniel Cohn-Bendit. Ich würde gerne etwas weitergeben und habe deshalb eine Patenschaft für eine zukünftige Freiwillige in Frankreich übernommen. Sie wird in der Gedenkstätte Maison d'Izieu tätig sein. Ich fühle mich Frankreich sehr verbunden und habe durch den Freiwilligendienst eine andere Perspektive auf das Land bekommen. Ich möchte deshalb erfahren, wie es einer Freiwilligen heute in einem Projekt in Frankreich geht.

Was wünschst Du dir als Pate?

Ich freue mich auf den Austausch mit der Freiwilligen, auch wenn ich weiß, wie beschäftigt die Freiwilligen während des Dienstes sind. Das Ankommen im neuen Land und im Projekt ist sehr aufregend und anstrengend, gerade für junge Menschen, die direkt von der Schule kommen – zumindest habe ich das noch von mir so in Erinnerung. Vielleicht ergibt sich auch ein Besuch in Izieu während unseres nächsten Frankreichurlaubs. Das wäre eine schöne Gelegenheit für ein Kennenlernen.

Warum findest Du es wichtig, die ASF-Freiwilligendienste mit einer Patenschaft zu unterstützen?

Jede*r Freiwillige übernimmt im jeweiligen Land mit dem Freiwilligendienst eine sehr verantwortungsvolle Aufgabe und hinterlässt dort durch die Arbeit wichtige Spuren. Die aktive Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus macht den Freiwilligendienst bei ASF aus und unterscheidet ihn von anderen Programmen. Die Freiwilligen kommen in ihren Projekten mit vielen Menschen in Kontakt und tragen so seit vielen Jahren und auch in Zukunft zu Versöhnung und Frieden bei. Ich freue mich, dass ab diesem Jahr auch ASF-Freiwillige nach Griechenland entsendet werden.

Felix Breitling war von 1997 bis 1999 als Freiwilliger in Frankreich. Er hat Theologie studiert und ist Pfarrer in der evangelischlutherischen Kirchengemeinde Sophie Scholl in München.

Ute Brenner, Historikerin und Redakteurin, ist Referentin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste.

Sie wollen eine Patenschaft für eine*n Freiwillige*n übernehmen? Alle Informationen finden Sie auf unserer Webseite unter www.asf-ev.de/de/unterstuetzeuns/freiwilligen-patenschaft/

Geschichte erleben, arbeiten und lernen in ASF-Sommerlagern

Seit vielen Jahren engagieren sich Teilnehmende der Sommerlager an Orten und bei Menschen, die vom Vernichtungskrieg in der Sowjetunion betroffen waren.

BEGEGNUNGEN MIT ÜBER-LEBENDEN DER LENINGRADER HUNGERBLOCKADE

Wir wurden, ausgestattet mit Besen und Eimer, in Dreiergruppen auf verschiedene Adressen verteilt. Zu den häufigsten Aufgaben gehörten das Putzen der Fenster und Böden, manchmal waren auch Gartenarbeiten zu erledigen. Bei Abschluss der Arbeit gab es meist Tee und Süßigkeiten und die Möglichkeit, sich mit den älteren Menschen zu unterhalten. Die Unterhaltungen waren so unterschiedlich wie die Menschen, die wir besuchten. Einige waren noch sehr klein, als sie durch Glück die Blockade überlebten, andere jetzt Ende 90 können sich noch gut an diese Zeit erinnern.

Ein Gesprächspartner erzählte uns, wie er mit seiner kleinen Schwester über die winzige Brotration wachte, während der Vater auf der Arbeit war, und auch wie er eines Tages ausgeraubt wurde, nachdem er gerade selbst Brot holen gegangen war.

Von einer 98-jährigen Dame, die ihr ganzes Leben in ein und demselben Stadtteil verbracht hatte, erfuhren wir, dass langes Arbeiten das Geheimnis für ein langes Leben sei! Sie hatte unter anderem im Krieg in einer Munitionsfabrik, als LKW-Fahrerin, im Krematorium, später im Kindergarten und im Fischgeschäft gearbeitet.

Der Austausch mit den Überlebenden der Blockade und auch mit anderen Menschen in Russland hat uns eindrücklich vor Augen geführt, dass Geschichte immer auch einer gegenwärtigen Betrachtung und Interpretation bedarf. Geschichte ist nicht nur eine Abfolge von großen Ereignissen, sondern kommt vor allem durch die Besonderheiten des jeweiligen Schicksals jedes einzelnen Menschen zum Vorschein. Nachhaltige Versöhnungs-

arbeit ist ein unaufhörlicher Prozess der Auseinandersetzung und des Aufeinandertreffens beider Seiten.

Kristina Graf/Alexander Kauschanski

Sommerlager Rakhya und Sankt Petersburg (Russland), 2017

DIE VERFOLGUNG DER JÜDINNEN UND JUDEN VON PEREJASLAW

Alla Ivanovna berichtete uns vom Krieg und der Okkupationszeit in Perejaslaw-Khmelnitzki. Sie meinte, dass das harte Leben und die Jahre unter der Sowjetherrschaft viele der furchtbaren NS-Erfahrungen unausgesprochen zurückgelassen hätten und so seien Erzählungen von Krieg und Vertreibung in Vergessenheit geraten. Umso mehr freue sie sich über Menschen, die kommen, um nach dem »Früher« zu fragen. Sie kannte die Geschichte ihres Ortes sehr gut. So berichtete sie zum Beispiel von SS-Oberst Ardt, der einem ins Gesicht schlug, wenn man nicht grüßte oder von dem Priester, der auf den Boden fiel, die Hände zum Himmel warf und um Gnade betete und dabei direkt erschossen wurde. Lakonisch meinte sie: »Es gibt keine spezielle Geschichte über Juden in Perejaslaw. Den Juden ging es hier wie überall. Es gab es einen Tag, da wurden alle 600 zusammengetrieben und erschossen.« Heute nennt man den »Sonderkommandoeinsatz« der Nazis das »Babyn Jar Perejaslaw«. Die meisten der in Perejaslaw lebenden Menschen jüdischen Glaubens wurden während der Okkupationszeit von September 1941 bis Oktober 1943 ermordet oder deportiert. Nur wenige kehrten nach der Okkupation in ihre Heimat zurück.

Charlotte Gneuß/Angele Elias

Sommerlager Perejaslaw-Khmelnitzky (Ukraine), 2017

GEDENKEN AN DEN HOLOCAUST IN LITAUEN

Im Rahmen des ASF-Sommerlagers in Vištytis sind wir am Samstag zur Gedenkstätte Paneriai gefahren. In Paneriai fanden während des zweiten Weltkriegs Massenerschießungen statt. Die Zahl der Opfer wird in neueren Untersuchungen auf 50.000 bis 70.000 geschätzt. Paneriai liegt circa 30 Kilometer außerhalb der Hauptstadt Litauens, Vilnius. Der erste Eindruck dieses besonderen Ortes lässt sich nur schwer mit den Schrecken der dort verübten Verbrechen in Einklang bringen. Sowohl der umliegende Wald als auch das weitläufige Mahnmal wirken sehr idyllisch und friedlich.

Wir besuchten das kleine Museum, das innerhalb der Gedenkstätte eingerichtet wurde. Interessant war dabei, wie sich das Gedenken an diesen Ort über die Zeit gewandelt hat. So wurden mit der Zeit immer mehr Opfergruppen in das Gedenken mit einbezogen, zum Beispiel beschloss man eine neue Gedenkstätte für die ermordeten Sint*ezze und Rom*nja.

Die Beweggründe der Täter*innen bleiben uns trotz des wissenschaftlich sehr guten Vortrags unverständlich, auch die Zahl der hier Getöteten ist sehr schwer zu begreifen. Enorm wichtig war, dass wir uns am Abend über unsere Erlebnisse und Gedanken ausgetauscht haben. Durch die Besichtigung der Gedenkstätte und die Reflexion war es möglich, sich noch mal bewusst zu machen, warum unsere tägliche Arbeit auf dem jüdischen Friedhof in Vištytis notwendig ist.

Frederik Riss

Sommerlager Vištytis (Litauen), 2019

Ich möchte Gutes tun!





Ich werde Mitglied!

□ Ich möchte Aktion Sühnezeichen Friedensdienste (ASF) meine Stimme geben und Mitglied werden (Mitgliedsbeitrag: 70 Euro, ermäßigt: 35 Euro).



Aktionscode Zi21B02

Bitte senden Sie mir einen Mitgliedsantrag zu:	Zi21
Name:	
Adresse:	
Den Mitgliedsantrag gibt es auch auf www.asf-ev.de/de/engagiere-dich/mitglied-werden/	
Ich überweise selbst!	
Spendenkonto Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e. V. BIC: BFSWDE33BER IBAN: DE68 1002 0500 0003 1137 00 Bank für Sozialwirtschaft Berlin	
Ich spende!	
□ Bitte ziehen Sie ab dem	
Dazu ermächtige ich ASF, die oben genannte Spende von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von ASF auf mein Konto gezogene Lastschrift einzulösen.	
Name:	
Vorname:	
IBAN:	
E-Mail: (auch für Einladungen und weitere Informationen)	
$ASF\ Gl\"{a}ubiger-Identifikations nummer\ DE 33ZZZZ 00000347023\ \ Die\ Mandatsreferenz nummer\ teilen\ wir\ mit\ dem\ Dankesschreiben\ mit.$	
Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.	
Ort, Datum und Unterschrift der/des Kontoinhaber*in	••••

Bitte senden an: Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e. V., Auguststraße 80, 10117 Berlin. Oder faxen an: 030 28 395 135 oder per E-Mail an spende@asf-ev.de

Hinweis zum Datenschutz: Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e.V. verwendet personenbezogene Informationen nur zur Erfüllung ihrer Aufgaben innerhalb der Organisation. Wir geben Personendaten nur an Dritte weiter, sofern dies für ihre Aufgaben erforderlich, gesetzlich vorgeschrieben oder erlaubt ist oder eine Einwilligung vorliegt. Rechtsgrundlage für diese Datenverarbeitungen sind die Abwicklung der Spende gem. Art. 6 Abs. 1 lit. b) DSGVO sowie unser berechtigtes Interesse gem. Art. 6 Abs. 1 lit. f) DSGVO, unsere Spender*innen über die Verwendung der Spende und unsere Arbeit zu informieren. Weitere Informationen zum Datenschutz finden Sie unter: www.asf-ev.de/de/datenschutz/

Patenschaften gesucht!

Im September starten wieder 180 junge Freiwillige ihren einjährigen ASF-Friedensdienst in sozialen und bildungspolitischen Projekten in insgesamt 14 Ländern. Mit einer persönlichen Patenschaft für eine*n Freiwillige*n unterstützen Sie das Engagement von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste für eine friedliche und solidarische Welt.

SO KÖNNEN SIE PATIN ODER PATE WERDEN:

- → auf unserer Webseite www.asf-ev.de/freiwilligen-patenschaft
- → **telefonisch** unter 030 28 395 117

GEMEINSAM MACHEN WIR DIE WELT FRIEDLICHER. JEDEN TAG.



»Mein eigener Freiwilligendienst mit ASF ist mir unvergessen: Anfang der 1980er Jahre in Philadelphia, USA, in einem multikulturellen Frauenprojekt ... Die Erfahrungen, die ich dort machen durfte, haben mein Leben nachhaltig beeinflusst, besonders auch beruflich in der Arbeit mit Migrant*innen und Geflüchteten.

Ich freue mich schon auf die nächsten Berichte meiner Freiwilligen und werde auch jetzt wieder eine*n Freiwillige*n als Patin unterstützen.«

ALIX KATHARINA REHLINGER Fachbereichsleiterin Soziales & Integration, Diakoniewerk Simeon

SPENDENKONTO AKTION SÜHNEZEICHEN FRIEDENSDIENSTE: IBAN DE68 1002 0500 0003 1137 00



Das Spenden-Siegel des Deutschen Zentralinstituts für soziale Fragen (DZI) bescheinigt den verantwortungsbewussten Umgang mit den anvertrauten Mitteln. Als Zeichen für Vertrauen trägt Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e. V. seit 2001 das DZI Spenden-Siegel.

lame	A-Überweisung/Zahlschein Juni Ju		eg/Quittung für die Auftraggeber*in IBAN Kontoinhaber*in nger*in
	Spenden-/Mitgliedsnummer oder Name der/des Spender*in: Z i 2 1 B 0 2	Augus IBAN Bank f Aktion Förder nach d besche Berlin, Jahre : von de Es wirc satzun Ihre Si schicke autome dieser als Zuv	Sühnezeichen Friedensdienste e.V. tstartaße 80/10117 Berlin DE68 1002 0500 0003 1137 00 ür Sozialwirtschaft Berlin Sühnezeichen Friedensdienste ist wegen ung mildtätiger und gemeinnütziger Zwecke em letzten uns zugegangenen Freistellungs- oid des Finanzamtes für Körperschaften I von StNr. 27/659/51675 vom 28.08.2020 für die 2017 bis 2019 gemäß § 5 Abs. 1 Nr. 9 KStG r Körperschaftssteuer befreit. d bestätigt, dass die Zuwendung nur für gsgemäße Zwecke verwendet wird. Spendenbetrag: Euro, Cent pendenbescheinigung en wir Ihnen jeweils zu Beginn des Folgejahres atisch zu. Für Beträge bis zu 200 Euro genügt quittierte Beleg zusammen mit Ihrem Kontoauszug vendungsbestätigung. Name Auftraggeber*in/Quittungsstempel
	Datum Unterschrift(en)		

